

LIESE, EDUARD

# Ueber öffentliche Versorgung der arbeitenden Volksklasse in Tagen der Krankheit und Noth

Ein Mittel zur Beseitigung des Proletariats und als Beitrag zur Staats-  
und Medicinal-Reform

Ritter  
1848

Ueber

# Öffentliche Versorgung

der

arbeitenden Volksklasse

in

Tagen der Krankheit und Noth.

Ein Mittel

zur Beseitigung des Proletariats und als Beitrag zur Staats-  
und Medicinal-Reform

von

Dr. Eduard Liese,  
praktischem Arzte zu Arnsberg.

---

Arnsberg, 1848.

Verlag von A. E. Ritter.

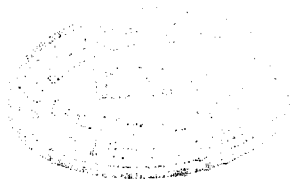
wg 055/1960/1180

Heilsame, gut berechnete und eingeleitete Reformen, die zu allen Seiten zu den heiligsten Pflichten der Regenten gehörten, gehören besonders in unsern Tagen zur Tagesordnung.

Fr. Ancillon über Staatswissenschaft XXVI.

Med Wb

157



## V o r w o r t.

---

Bei meinen in der letzten Zeit häufiger vorkommenden einsamen Wanderungen zu auswärtigen, meist völlig unbemittelten Kranken, waren es hauptsächlich die wichtigen politischen Ereignisse der jüngsten Tage und deren bereits eingetretene Folgen, welche mich beschäftigten. Namentlich waren es auch die in den niederen, unbemittelten Volksklassen, in dem sogenannten Proletariate, hervorgetretenen Demonstrationen und Aeusserungen, welche schon in der Gegenwart einen so drohenden Anstrich nahmen und in der Zukunft, und in ihren Folgen noch größere Gefahren nach sich zu führen schienen, welche mich zum Nachdenken über die Ursachen und die mögliche Beseitigung solcher drohenden Zustände antrieben.

Ich hielt es stets für Pflicht eines jeden Staatsbürgers, Alles anzuwenden, was dem Staate zur Wohlfahrt dienen kann, und etwa ihm bekannte oder anscheinend zweckmäßige Institutionen, welche das Wohl des Staates, oder auch nur einer Klasse von Staatsbürgern fördern könnten, in Vorschlag zu bringen und den Männern zur Prüfung vorzulegen, welchen die obere Leitung des Staatshaushalts anvertraut ist. Dies zur Entschuldigung und Rechtfertigung der Veröffentlichung dieser Blätter.

Ueber die Tendenz derselben habe ich nur zu sagen, daß es die Absicht des Verfassers ist, neu aufzubauen, mit dem Streben das bestehende Gute zu erhalten. Denn um segensbringend für die Zukunft zu wirken, ist es nicht allein nothwendig, nur vorwärts, sondern auch zugleich rückwärts zu schauen und die Ueberlieferungen der Vergangenheit gehörig zu würdigen und zu benutzen. Nicht durch das gewaltsame Niederreißen der vorhandenen Verhältnisse und Ordnung, sondern durch das Anknüpfen neuer Fäden an das Bestehende wird sicher eine heilbringende Zukunft geboren.

Arnsherg im Mai 1848.

---

## I.

**Bedürfniß der öffentlichen Versorgung der Arbeiter in  
den Tagen der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit.  
Verpflichtung des Staates und der reichlich Begüterten  
im Staate, zur Abhülfe dieses Bedürfnisses  
mitzuwirken.**

Pflichten und Rechte bedingen sich; denn sie setzen sich wechselseitig voraus. Pflichten ohne Rechte, oder Rechte ohne Pflichten widersprechen der Vernunft und Freiheit. Jeder vernünftige freie Mensch hat seine Rechte und Pflichten. Die Pflicht des Einen bedingt das Recht des Andern. Nur in diesen Grenzen bewegt sich die Freiheit.

Die Sicherstellung dieser Freiheit, der Rechte und Pflichten unter allen Staatsbürgern, ist Zweck des Staats. Auf sie nur sollen sich dessen Einrichtungen und Gesetze beziehen und diese sind nur dann zweckmäßig, wenn sie die Interessen, die Pflichten und Rechte aller Stände und Klassen, aller Staatsbürger möglichst ausgleichen, die Pflichten und Rechte keines Standes verletzen. Der Staat ruhet also auf Wechselseitigkeit; ein Jeder bringt dem Staate Opfer, aber auch Jeder erhält von Andern Opfer und so wird Keiner aufgeopfert. Durch dieses Empfangen und Geben werden die Rechte Aller geschützt. In dieser wechselseitigen Bedingung ruhet die bürgerliche Freiheit.

Diese im Rechte begründeten, in der Staatswissenschaft anerkannten Sätze bilden den Maassstab bei Beurtheilung der Staatseinrichtungen und Gesetze; bei Beurtheilung der Pflichten und Rechte einzelner Klassen von Staatsbürgern; bei Beurtheilung der einzelnen Stände und Klassen gegeneinander.

Zu einer gehörigen Ausgleichung dieser Rechte und Pflichten der verschiedenen Klassen des Staats, der freien Bewegung, so wie der Opfer eines jeden Standes, müssen alle Interessen gegeneinander abgewogen, und damit sie erkannt und gewürdigt werden, ist es nothwendig, sie auszusprechen und zu berathen. —

Die Anwendung dieses Maßstabes war es, vermöge dessen ich mitunter ein Mißverhältniß unter der Stellung der verschiedenen Klassen und Stände im Staate zu erkennen glaubte, und diese Erkenntniß forderte mich auf, diejenigen Lebenslagen einer Volksklasse zu schildern und hervorzuheben, in welchen dieses Mißverhältniß am klarsten hervorleuchtet und zuerst Abhülfe erfordert.

Ich bitte meine Leser, diesen Maßstab in den nachfolgenden Betrachtungen selbst zur Hand zu nehmen und anzuwenden, indem ich kein Freund von einer Methode bin, welche dem in den meisten Fällen unangenehmen und unpassenden Verfahren gleicht, welches man sprichwörtlich und im gewöhnlichen Leben mit den Worten: „Jemanden auf etwas riechen lassen“ oder gar „Jemanden mit der Nase auf etwas stoßen“, zu bezeichnen pflegt. — Also diese Methode wird nicht exercirt werden.

Wenden wir diesen Maßstab zuerst bei der arbeitenden Volksklasse und namentlich einem großen Theile derselben, den sogenannten „Proletariern“ an, besonders aber in Bezug auf diejenigen Lagen ihres Lebens, wo ihre Existenz ohne Hülfe des Staats und die Opfer der übrigen Stände vernichtet zu werden droht.

Als Arzt hatte ich sowohl gegenwärtig, wie auch besonders früher, während meines zehnjährigen Aufenthalts in einer fabrikreichen Gegend, Gelegenheit genug, die mannichfache Entstehungsweise, die verschiedenen Ursachen des Proletariats kennen zu lernen, so wie auch den Grund dessen großer Ausbreitung einzusehen.

Es würde uns zu weit führen, und zum größten Theil nur Wiederholung bekannter Materien sein, wenn wir auf die verschiedenen Veranlassungen und Quellen des Proletariats näher eingehen wollten. Eine Quelle aber, welche nach meiner individuellen Ansicht die tiefste und wichtigste von allen ist, wollte ich besonders hervorheben; diese Quelle so manchen und vielfachen menschlichen Elends heißt Krankheit. Ich wollte hauptsächlich deshalb auf ihre tiefe Bedeutung, in Bezug auf Pauperismus und Proletariat

aufmerksam machen, weil ich glaube, daß es dem Staate möglich ist, durch zweckmäßig gewählte Einrichtungen diese Quelle, als solche, zu stopfen und ihre nachtheiligen Folgen in dieser Beziehung zu beseitigen; mit dieser Grundursache aber manche andere aufzuheben und so der weiteren Verbreitung des Proletariats Schranken zu setzen.

Die Proletarier gehören zu jener großen Anzahl von Staatsbürgern, welche, so lange sie Gesundheit, guten Willen und Arbeitslust haben, ihren Lebensunterhalt meist reichlich erwerben können, welche aber durch die Dazwischentunft einer Krankheit, nicht nur vorübergehend für einige Zeit zur Arbeit unfähig werden, sondern auch an Allem, was zur Wiederherstellung der Gesundheit erforderlich, oder doch dienlich wäre, Mangel leiden. Hiervon ist die Folge, daß ein großer Theil der erkrankten Arbeiter, welchen die nothwendigen Hülfsmittel zur Wiedererlangung der Gesundheit fehlen, ihre eigene und ihrer Angehörigen Subsistenz gefährden und aufs Spiel setzen. Denn entweder verlieren sie auf diese Weise 1) dauernd ihre Gesundheit und büßen einen Theil ihrer Arbeitskräfte ein, oder 2) sie verlieren zum Nachtheil und Ruin ihrer Familie das Leben, oder endlich 3) — und dieses ist der günstigere Fall — sie erlangen durch die Hülfe der Natur und anderweitige Beihülfe ihre Gesundheit wieder, werden aber hierdurch in ihren äußern Verhältnissen zerrüttet, gerathen in Schulden, welche sie nicht allein drücken und beschweren, sondern ihnen ihre Lage und Verhältnisse in solchem Grade verleiden, daß sie mit sich und ihrer Umgebung zerfallen und förmlich unzufrieden werden. Der auf solche Art entmuthigte Arbeiter sucht alsdann seine inneren Qualen durch jenes flüssige Feuer, den Schnaps, zu tilgen; nach Aussen aber greift er, wenn auch nicht zum Schwert, doch in Verbindung mit Gleichgesinnten zu Gewalt- und Zwangsmaßregeln gegen seine Vorgesetzten, seien es Brodherren oder Obrigkeiten, zu Zwangsmaßregeln, welche den Fabrikbesitzer, den Meister, oder anderweitigen Arbeitgeber veranlassen werden, sein Geschäft einzustellen, wenn er nicht selbst Gefahr laufen will, dem Proletariat anheimzufallen. Ich will nicht weiter die noch möglichen Folgen solcher Krankheiten unter den Handarbeitern herzählen.

Ich will übrigens keinesweges behaupten, daß in jedem Falle,



namentlich bei schnell vorübergehenden Krankheiten, deren Folgen von solcher Bedeutung und von solchem Nachtheile sind, wie in den genannten drei Fällen; daß sie es aber in sehr vielen Fällen sind, davon wird sich mancher Beobachter mit mir überzeugen haben und noch täglich überzeugen können. Ich will mich dieserhalb nur auf das Zeugniß meiner Collegen, der Aerzte, berufen, sie mögen aussagen, in welchen Stadien der Krankheit ihre Hülfe von solchen Personen meist in Anspruch genommen wird; ob sie nicht oft zu einer Lungen-, Brustfell- oder einer anderweitigen Entzündung hinzugerufen werden, wenn bereits die Ausgänge derselben in Folgekrankheiten eingetreten, oder gar so weit fortgeschritten waren, daß eine Heilung nicht mehr erreicht werden konnte; man frage sie, ob sie nicht zu vielen fieberhaften Krankheiten erst dann hinzugerufen werden, wenn bereits die Genesung hemmende, das Leben gefährdende Complicationen, durch Selbstbehandlung, schlecht gewählte Mittel, durch nachtheiliges Verhalten und die Dauer der Krankheit selbst, eingetreten sind. Wie oft muß sich und Andern der Arzt achselzuckend jenes verhängnißvolle „es ist zu spät“ sagen. — Es soll kein Menschenleben, das rettungsfähig ist, und sein Recht durch Verbrechen nicht verloren hat, untergehen, es soll nicht, sei es durch eigene Vernachlässigung oder fremde Schuld aufgeopfert werden, so wollen es die Gesetze der Humanität und Moral, und dennoch finden wir im alltäglichen Leben und zwar hauptsächlich im Stande der Arbeiter, daß so manches Leben zu frühzeitig endet, weil die nöthigen Vorkehrungen und Einrichtungen, weil die Pflege und Aufmerksamkeit mangelte, dasselbe zu erhalten. —

In die große Klasse von Staatsbürgern, welche wir in der neuern Zeit mit dem Namen Proletarier belegt haben, gehören zum Theil verheirathete, zum Theil unverheirathete Tagelöhner, Handwerker, Handwerksgehilfen von allen Professionen, Fabrikarbeiter, ein Theil der Landbauer, der Weisiker und Häuslinge und vielleicht noch viele aus andren Klassen, die bis jetzt noch nicht unter diese Rubrik eingetragen und als solche erklärt sind.

Alle diese verschiedenen Arbeiter auf dem dürrn und magern Felde der Erde haben mit dem reichlich Begabten die Lebensbedürfnisse, wenn auch geringere, mit einander gemein, unterscheiden sich

aber von diesen wesentlich dadurch, daß sie trotz ihrer größern Arbeit und Mühe, nicht so viel gewinnen, als ihr Lebensunterhalt und die Existenz ihrer Familie nachhaltig bedarf.

Es ist wahr, daß nicht jeder reich geboren werden kann und durch seinen Besitzstand für das Leben gesichert dasthe. Der geistige, wie der materielle Besitz ist verschieden ausgetheilt und jeder ist auf die Verzinsung und Verwerthung der ihm geschenkten Talente angewiesen. Nun sind aber in der That diese Talente mit der Zeit bei einem großen Theile der Menschen so kärglich und klein ausgefallen, daß es auch bei den anspruchlosesten Forderungen kaum möglich ist, einen solchen Gewinn aus denselben zu ziehen, daß dadurch die nöthigsten Bedürfnisse gedeckt werden; und doch trägt die Erde noch immer mehr Früchte, als zum Unterhalt aller ihrer Bewohner erforderlich ist. Und hier soll sich der Ausspruch bethätigen, „wenn viel gegeben ist, von dem wird auch viel gefordert.“ Diejenigen Arbeiter, deren Kräfte nicht ausreichen, den Lebensunterhalt zu erringen, finden in diesem Satze einige Anwartschaft auf fremden Ueberfluß und zwar besonders und mit Recht in den Fällen, wo jener Mangel ohne eigene Schuld herbeigeführt wurde. In diesem Falle befindet sich ein großer Theil der Proletarier.

Ich hoffe nicht, daß man hinter diesen und ähnlichen vielleicht noch später nachfolgenden Gedanken versteckten Communismus wittere. Gegen eine derartige Zumuthung müssen wir gleich von vorn herein und ein für allemal feierlichst protestiren. Eine freiwillige Entledigung eines bestimmten Theils des eigenen Besitzes zu Gunsten der Leidenden und Dürftigen ist kein moderner Communismus, sondern ein Werk der Barmherzigkeit, ausfließend aus der gegenseitigen Verbindung, welche in der christlichen Religion für alle Jahrhunderte zwischen den Besitzenden und Armen mit den Worten eingeleitet und gesichert ist: „Alles was ihr dem geringsten unter meinen Brüdern werdet gethan haben, das habt ihr mir gethan.“

Es ist unstreitig wahr, daß die christliche Religion unter so vielen andern moralischen Verbesserungen, auch die Wirkung hervorgebracht habe, daß sie den Wohlthätigkeitsinn der Menschen, wenn auch nicht hervorgerufen, doch denselben geweckt und angeregt habe. Die Vorschriften der Nächstenliebe sind im Evangelium

so deutlich gegeben und von allen seinen Dienern der spätern Jahrhunderte mit solchem Nachdruck wiederholt, daß ihre Wirkungen nicht ausbleiben konnten und auch nicht ausgeblieben sind, wie die zahllosen öffentlichen Anordnungen für verschiedene Hülfbedürftige nachweisen, womit seit dem vierten Jahrhunderte bis zu unserer Zeit alle christlichen Länder bedeckt sind.

Die christliche Bereitwilligkeit Gutes zu thun, begnügte sich nicht mit diesen Beisteuern zu öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten durch Beiträge und Vermächtnisse, sondern man wollte auch gleichzeitig durch Privatgaben bei denjenigen ein Liebeswerk verrichten, welche hülfbedürftig erschienen. Es ist nicht zu läugnen, diese Stimmung war moralisch gut und sehr zu rühmen. Allein dem Guten geht das Böse immer zur Seite. Es gibt Grenzen, über welche hinaus das Gute wegen seiner Folgen, aufhört gut zu sein. Diese Grenzen zu beachten, den Ergießungen der Wohlthätigkeit eine wahrhaft wohlthätige und zweckmäßige Leitung zu geben, ist eine Maxime, welche zu jeder Zeit beachtet werden sollte, und auch namentlich in unseren Tagen ganz besonders berücksichtigt und hervorgehoben zu werden verdient, wo so viel Geld, theils als Ausfluß des Wohlthätigkeitssinns, theils als Ergebniß der Ostentationsucht, ich möchte sagen vergeudet und verschleudert wird, womit so manchen Hülfbedürftigen und Kranken nachhaltig geholfen werden könnte. Die Folgen davon waren und sind es noch jetzt, daß diejenigen, welche sich des Mitleids zu bemeistern wußten, sich die reichlichsten Gaben zuwandten, während dem wahren Bedürfnisse nicht abgeholfen wurde und noch nicht wird. Der Mensch hat von Haus aus mehr Hang zum Müßiggang als zur Arbeit, und da der Wahn von den allzeit himmlischen Verdiensten des Almosengebens diesen Hang unterstützte, so konnte es kaum ausbleiben, daß bald eine große Anzahl von Menschen sich auf Kosten des Privatwohlthätigkeitssinns dem öffentlichen Müßiggang ergab. Weder in den mosaischen noch in den paganischen Staaten des Alterthums war ein derartiger Mißbrauch zu befürchten. Die Hebräer hielten den Müßiggang für ein Laster, die Arbeit für ein Gebot Gottes. (Genes. I. III. v. 19., Ezech. C. XVI. 49.) So auch bestanden bei den Aegyptern, Griechen und Römern Gesetze gegen den Müßiggang. Die Gesetze des Amasis erklärten den

Müßiggänger für ehrlos. Diese Verordnung wurde von Solon und später in ganz Griechenland allgemein angenommen; Dracon aber setzte noch die Todesstrafe hinzu. Die Römischen Kaiser Gratian, Valentinian, Theodosius, Arcadius, Honorius adoptirten diese Gesetze der Griechen nicht allein, sondern verschärften dieselben noch durch lebenslängliche Sklaverei, „denn „der Müßiggang sei eine Entziehung der Arbeitskräfte des Staates, „die als ein Diebstahl anzusehen, und als ein solcher zu bestrafen „sei.“ Carl der Große sah sich, da das Betteln und Vagabundenleben in dem abendländischen Christenthum um sich griff, veranlaßt, ein Armen-Reglement zu entwerfen, wonach der Vermittelte die Verpflichtung hatte, den wahrhaft Armen in seinem Hause zu ernähren, wonach es aber untersagt war, dem arbeitsfähigen Bettler einen Almosen zu reichen. Diese weisen Verordnungen scheinen unter den Nachfolgern von Carl vernachlässigt zu sein; denn unter Ludwig dem Heiligen war dieses Uebel in Frankreich so gewaltig gestiegen, daß dieser gutherzige und menschenfreundliche König sich genöthigt sah, das Vagabundenleben und den Müßiggang mit der Landesverweisung zu bestrafen, welcher die nachfolgenden Könige noch das Ausstreifen, den Pranger, die Einkerkierung und die Galeerenstrafe hinzufügten.

Durch die verschiedenen in den früheren Jahrhunderten des Christenthums im Interesse der Armen getroffenen Vorkehrungen und Maßregeln, erhielt die Totalität des Armenstandes keine Garantie und diese war nur dem willkürlichen Mitleid wohlhabender Privaten anheimgegeben, während die öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten, welche fast ausschließlich in den Händen der Geistlichkeit waren, das Bedürfniß nicht deckten. Die Hülfeleistung, welche man nach dem Beispiele und den Lehren Christi den Armen schuldig war, schien dessen Nachfolgern, den Aposteln und weiter den Bischöfen zu wichtig, als daß sie dem willkürlichen Mitleiden von Privaten hätte überlassen werden können. Daher die Communesorgung der Armensache in den Händen der Geistlichkeit. Die Mittel zur Deckung der Bedürfnisse der Armen wurde in den apostolischen Konstitutionen auf den Gemeinschaft der Kirche angewiesen, welche durch die freiwilligen Beiträge oder Offerenden der

Neophyten,\*), durch Abgaben der Zehnten von Allem und der Erstlinge von bestimmten Gegenständen,\*\*), durch Kollekten,\*\*\*) gebildet wurde. Ich will nicht weiter ausführen, wie dieses Vermögen der Kirche, welches nach Abzug des für die Diener des Altars nöthigen Unterhalts, den Armen, Hilfsbedürftigen, Wittwen und Waisen gehörte†), in den Zeiten des Lactantius und Eusebius oder durch das Restitutions-Edict von Constantin dem Großen gestiegen ist. Ich will nicht nachweisen, wie aus diesem Gemeinschaft seit Basilius und Chrysostomus Hospitale für Kranke und Hilfsbedürftige gegründet sind, und wie die verschiedenen seit dem neunten Jahrhundert gestifteten geistlichen und weltlichen Hospitalorden diesen Zweck verfolgten, wie die Koinobien und Klöster diesem Zwecke die reichlichsten Zuflüsse verdankten. Wir begnügen uns die Thatsache anzugeben und verweisen die, welche hierfür ein besonderes Interesse haben, auf P. Heligot's ausführliche Geschichte aller geistlichen und weltlichen Orden. —

Nach der Verfügung des Kirchenraths zu Vienne (1311) und zu Trient (1547 und 1563) kam zuerst die administrative Verwaltung der Armengüter in die Hände weltlicher Fürsten und diese nahmen dann später der Kirche ihr Gut und endlich mit dem Jahre 1803 wurde auch der letzte geistliche Besitz genommen. Ich führe diesen geschichtlichen Hergang deshalb hauptsächlich an, um darauf hinzuweisen, daß die Hilfsbedürftigen eigentlich einen rechtlichen Grund auf eine Unterstützung von Staatswegen und

\*) *Quotquot enim possessores agrorum aut domorum erant, vendentes afferebant praetia eorum, et ponebant ante pedes apostolorum.* Act. apost. 4. v. 26.

\*\*) *Dabis sacerdotibus omnes primitias Torcularius et areae, Vindemiae et messis, boum atque ovium. Dabis omnem decimam pupillo et Viduae, et Pauperi et Proselytho.* L. VII. C. 10.

\*\*\*) *De collectis, quae sunt in sanctos, sicut ordinavi Ecclesiis Galatae, ita et vos facite.* I. Corinth. 16.

†) *Dividebatur singulis, prout cuique opus erat, neque quisquam inter illos egens erat.* Act. Apost. IV. 15. 35.

Qui copiosiores sunt et volunt, pro arbitrio quisque suo, quod visum est, contribuunt, et quod ita colligitur, apud praepositum deponitur; atque inde opitulatur pupillis et Viduis et his, qui ob morbum vel aliam ob causam egent. Justin. Martyr. Apolog. II.

einige gerechte Ansprüche auf die Nutznießung eines Vermögens haben, dessen sie, wenn man so sagen will, wiederholt beraubt sind. Ich weiß nicht, ob auch hierbei das Verjährungsgeſetz in Anwendung zu bringen iſt? —

Ich abſtrahire übrigens für jetzt ganz von dieſen rechtlichen Anſprüchen. Hülfſbedürftigen Beiſtand zu leiſten iſt ein Gebot, oder gar ein Geſetz der Natur, welches auch dem Menſchen in ſeinem rohen Zuſtande eigen iſt und nicht als Wirkung der Erziehung und Civiliſation angeſehen werden kann. Wenn der Menſch bei dem Anblicke eines Unglücklichen oder Hülfſbedürftigen durch Mitleid aufgefordert wird, demſelben Beiſtand zu leiſten, ſo kann man wohl nicht abſtreiten, daß dieſe Hülfſleiſtung ein Geſetz der Natur iſt. Ob dieſes angeregte Gefühl oft durch egoiſtiſchen Grundtrieb unterſtützt wird, iſt ganz gleich.

Dieſe Anforderung der Natur, die an jeden einzelnen Menſchen ergeht, wiederholt ſich, wo deſſen Kräfte nicht ausreichen an die Geſamtheit einer Geſellſchaft, welche wir Staat nennen und Namens deſſelben, an deſſen Leiter, an die Regierung.

Dieſe Pflicht aber, welche jedem einzelnen Staatsbürger und durch ihn der Staatsgeſellſchaft auferlegt iſt, wiederholt die chriſtliche Religion und erhebt ſie zu einem poſitiven Gebote. Iſt dieſes Gebot auch nicht direct und unmittelbar an die Regierung, ſondern einzeln an die Gewiſſen der Individuen gerichtet: ſo iſt doch auch an dieſe der Aufruf zu den Werken der Barmherzigkeit nicht minder dringend ergangen.

Außer dieſen Forderungen der Natur und Religion, iſt gegenwärtig aber auch noch ein anderes Agens, welches die Staatsregierung auffordert, dieſen Hülfſbedürftigen Beiſtand und Abhülfe zu leiſten und dieſes Agens beſteht in der Erhaltung der geſellſchaftlichen Ordnung im Staate. Denn es ſteht ſehr zu befürchten, wie bereits die neuſten Ereigniſſe angedeutet haben, daß ohne eine Unterſtützung dieſer Klaſſe von Menſchen, die Erhaltung des geſelligen Verbandes ſehr gefährdet wird, wenn ſich im Schooße der Staatsgeſellſchaft immer mehr Subjecte finden, welche durch Noth gequält, oder gar durch das Naturrecht der Selbſterhaltung angetrieben werden, die geſelligen Bande zu zerreißen. Gegen derartige Verletzungen der Geſetze könnte die Juſti-

lla, welche das Eigenthumsrecht handhaben und aufrecht erhalten soll, kaum die Schärfe ihres Schwertes anwenden. Doch diese Zeit wolle der Himmel gnädigst von uns abwenden. Hoffentlich ist es noch nicht zu spät, aber wir glauben auch wohl sagen zu können, es ist Zeit zum Handeln.

Jeder Mensch hat Ansprüche und Rechte ans Leben, welche, sofern er sie nicht verwirkt hat, ihm zu rauben oder zu entziehen keine Macht das Recht besitzt. Aus diesem Naturgesetze ergibt sich zu klar, daß wir, und durch uns der Staat, den nothleidenden Volksklassen um so dringender Beistand zu leisten schuldig sind, einmal weil rettungsfähige und heilbare Nothleidende und Kranke aus dieser Klasse, ohne diese Hülfe Gefahr laufen würden, auf immer ihre Gesundheit oder gar das Leben zu verlieren, dann aber auch, weil die Unheilbaren unstreitig das Recht zu fordern haben, daß man ihre Leiden lindre und ihre Existenz möglichst erträglich mache. Für erstere spricht das Interesse, welches durch ihre Erhaltung der Staatsgesellschaft zugeht, für letztere aber die in der Moral begründete Dankbarkeit für die als treue Arbeiter geleisteten Dienste. Oder will man vielleicht die schweren und sauern Arbeiten nicht als dem Staate geleistete Dienste anerkennen? — Ich glaube und hoffe es. Die Hülfbedürftigen dieser beiden Gattungen gehörten nämlich, so lange sie sich durch ihrer Hände Arbeit den Lebensunterhalt erwerben konnten zu jener Klasse von Staatsbürgern, denen die übrigen Kleidung, Nahrung, Wohnung verdanken, ohne welche der Wohlhabende auf seine verschiedenen Bequemlichkeiten und feineren Genüsse verzichten müßte; für jene hat er im Schweiße seines Angesichts vor den glühenden Oefen und Defen der Hämmer, Hütten und Schmelzwerke schwere Arbeiten verrichtet; für sie hat er mit Gefahr des Lebens die Hälfte seiner Tage in finstern Schächten, in schlechten Wettern zugebracht und stöhnend beim fast erlöschenden Lichte den Feistel geführt; für sie hat er gebrechliche Gerüste, morsche Fahrzeuge bestiegen; für sie ist sein Leben in den Fabriken und Werkstätten versiegt; für sie hat er gesäet, gemähet, geerntet. Ist es, so fragen wir, nicht Pflicht, diesen für die Staatsgesellschaft so wichtigen Individuen in Krankheitsfällen ein Asyl zu eröffnen, in welchem sie ihre Gesundheit wieder erlangen können, sie von lebenswierigem Elend,

welches ohne ihr Verschulden durch ein Schicksal über sie gekommen, zu schützen und ihnen endlich im Falle der Arbeitsunfähigkeit eine Versorgung oder Unterstützung zu verschaffen, wobei sie keine Ursache haben, die Staatsgesellschaft einer undankbaren Härte zu beschuldigen. Wir dürfen wohl die Antworten auf diese Fragen als bejahend voraussetzen und gehen unter dieser Annahme also gleich zur Umfassung und Abgrenzung dieser Klasse von Staatsbürgern und zu den Verhältnissen über, unter welchen sie unterstützungsberechtigt sind, um dann später diejenigen Mittel und Wege zu betrachten, welche zur Erreichung dieses Zweckes führen können.

### III.

#### Ueber die Verhältnisse unter welchen die Arbeiter zur Unterstützung und Versorgung berechtigt erscheinen.

Nachdem wir sonach im Allgemeinen festgesetzt haben, welchen Zweck die öffentliche Arbeiter-Versorgung haben, welcher Art sie sein solle, und von wem die Obsorge für diese Klasse der Hülfbedürftigen mit Erfolg übernommen werden könne und müsse, wollen wir einige Worte darüber reden, was für Subjecte in diese Klasse der Hülfbedürftigen, welchen der Staat Beistand und Garantie für die dünnen Jahre schuldig ist, gesetzt werden können und müssen.

Vor Allem muß hier als allgemeiner Grundsatz festgestellt werden, daß Niemand, welcher mit der Integrität seiner Kräfte versehen ist, irgend einen Anspruch an die Wohlthätigkeitsanstalt machen kann. Der treue fleißige Arbeiter soll in Tagen der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, wo er nicht im Stande ist, für sich und die Seinigen den Lebensunterhalt zu verschaffen, unterstützt werden. Dagegen soll es keine Unterstützungsanstalt für den Trägen und Müßigen, keine Versorgungsanstalt für gesunde und kräftige Faulenzer und Tagelöhne sein. Von solchen Subjecten gilt Montesquieu's Ausspruch in seinem ganzen Umfange: „daß man nicht arm sei, weil



„man nichts habe, sondern weil man nicht arbeite.“ Solche Arbeitscheue sind mit Zwangsmitteln zur Arbeit anzuhalten und wo diese nicht fruchten, da sollte man sie nach Plato's Vorschlag „gleich den arbeitscheuen Hummeln, welche nicht nur den Honig verzehren, sondern auch der Uebrigen Arbeit stören, aus dem Staate austreiben.“

Auch sollen alle diejenigen Hülfbedürftigen, für welche der Staat oder die Commünen bereits durch Pensions- oder Armenanstalten gesorgt haben, nicht unbedingt auf den zu bildenden Fonds angewiesen werden; sie haben bis dahin noch keine Ansprüche auf denselben, wohl aber kann die Commüne auch diese durch ihre Beiträge an dem Arbeiter-Unterstützungs-Fonds theilhaben. Es wird wohl später im weiteren Verfolge einleuchten, daß die bis jetzt bestehenden Armen-Institute in ihrer jetzigen Art und Weise füglich aufhören und deren bereits vorhandene Fonds am zweckmäßigsten also gleich, oder doch später zu dem Arbeiter-Versorgungs-Institute verwendet werden könnten, weil alle gerechten und billigen Ansprüche aus dem zu bildenden Arbeiter-Unterstützungsfonds für alle Hülfbedürftige befriedigt werden können und weil die Armen, welche doch mit sehr wenigen Ausnahmen nur und fast ausschließlich aus den arbeitenden Klassen hervorgehen, ihre Ansprüche an den Arbeiterfonds zu machen haben, auch von hier aus die Befriedigung ihrer Bedürfnisse erhalten würden. Die bisher bestehenden Armen der Commünen — beiläufig bemerkt Menschen, die nicht leben und nicht sterben können — sollten, so war unsere Ansicht, nach Errichtung und eingetretener voller Wirksamkeit der Arbeiter-Versorgungs-Institute ganz entbehrlich werden und die passende Versorgung der Armen, Kranken, Wittwen und Waisen vom Arbeiter-Versorgungs-Institute ganz allein ausgehen und ihre völlige Befriedigung finden. —

Die Arbeiter-Versorgungs-Kasse soll für diejenigen Individuen aus den arbeitenden Klassen der Staatsbürger gebildet werden, welche durch Krankheit, Gebrechen, Altersschwäche, sei es temporär vorübergehend, oder andauernd arbeitsunfähig geworden, und hierdurch oder durch eingetretenen Tod verhindert sind, den Lebensunterhalt für sich und die Angehörigen resp. Hinterbliebenen zu beschaffen.

Zu dieser Klasse der arbeitenden Staatsbürger, welche in den

genannten Fällen zur Unterstützung und Versorgung berechtigt sind, gehören wohl alle diejenigen Arbeiter, welche nach dem bis jetzt noch bestehenden Steuerfuße einen directen Steuersatz von 15 Sgr. bis 2 Thaler zahlen. Alle diejenigen Steuerpflichtigen aber, welche höhere Steuersätze zahlen und zu zahlen im Stande sind, haben keine Ansprüche auf die Benefizien der Kasse, erlangen diese aber alsogleich, sobald sie durch Unglücke, Mißgeschicke, Tod des Familienoberhaupt's nicht mehr im Stande sind, diesen Steuersatz über 2 Thaler zu entrichten. Es wird aus den spätern Abschnitten erhellen, in wiefern auch diese berechtigt sind, auf den Genuß des Arbeiter-Unterstützungs-Fonds Ansprüche zu machen. —

Die Einsihaltung zu den Steuern würde bei der vorgeschlagenen Einrichtung eine Controle erhalten, wie sie in einem geregelten Staate sein soll.

Gegen den Müßiggang und die Faulenzerei würde aber, so glauben wir, ein Institut errichtet werden, gegen dessen Wirksamkeit Arbeitshäuser und Zwangsmittel nur gering in Anschlag zu bringen sind. Auch dieses wird im Verlaufe noch mehr einleuchten.

### III.

#### Bedingungen zur Errichtung der Arbeiter-Versorgungs-Institute.

Drei Bedingungen sind es vor Allem, welche zur Errichtung eines zweckmäßigen Arbeiter-Versorgungs-Instituts, wenigstens für die Gegenwart, als unumgänglich nothwendig erscheinen.

I. Die Institution muß der Art sein, daß sie dem Gesamtbedürfniß entspricht und nicht die eine Klasse oder einen Stand von Arbeitern besonders berücksichtigt, während sie den andern vernachlässigt. Ans Leben als solches hat jeder Mensch dieselben Ansprüche, sowie die Krankenversorgung ein Gesamt-

bedürfniß ist, an welches jeder Kranke seine Ansprüche zu machen hat, welche nur nach den Graden und der Art der Krankheit, nicht aber nach Vermögen und Stand modulirt werden können. Leider mögen auch hier mitunter andere Beweggründe mit obgewaltet haben. Aber mit Recht werden diejenigen zur Rechenschaft gezogen, welche sich derartige Vergehen zu Schulden kommen ließen. Daß in dieser Beziehung nach den bürgerlichen und anderweitigen Verhältnissen Modificationen stattfinden und auch stattfinden können, ist natürlich, aber eben so natürlich ist es, daß diese Modificationen in ihrem Wesen gleich sein müssen, und daß eine Leben gegen ein anderes Leben nicht nach Pfunden abzuwägen ist.

II. Eine zweite sehr wesentliche Bedingung, um diese Arbeiter-Versorgungs-Institute ins Leben zu rufen, würde darin bestehen, daß sie nicht vereinzelt, ohne Protection und Garantie des Staates dastehen, ohne Verbindung mit anderen Instituten; es würde sonst auf die Dauer ein Wohlthätigkeits-Institut für einzelne Klassen, und für die in gewissen Gegenden, unter günstigen Verhältnissen lebenden Arbeiter werden, während andere von demselben ausgeschlossen blieben. Stände ein derartiges Institut für sich allein da, so würde dasselbe bereits bei der Gründung den Keim seines nahen Unterganges mit sich bringen; hauptsächlich schon deshalb, weil es nicht in solcher Weise errichtet werden könnte, daß es dem Bedürfniß im vollen Maße entspräche und dessen Zweckmäßigkeit klar hervorleuchten ließe. Man würde bald die Mängel einer solchen Einrichtung finden, sie anfangs als unvollkommen mit gleichgültigen Augen ansehen; Privat-Rücksichten würden bald zur Sprache kommen, Uneinigkeit, Zwitracht diesen folgen und so würde ein derartiges Institut, als ungenügend, sehr bald in sich zerfallen.

III. Eine dritte Forderung bei Errichtung eines solchen vom Staate garantirten Arbeiter-Instituts ist diese: die neue Einrichtung muß zugleich mit der Güte keine zu große Kosten, sowohl für die einzelnen Staatsbürger, wie für den Staat selbst verlangen und nach sich ziehen. Man hatte ohnehin von je her große Neigung, alles das, was mit Opfern und Kosten verbunden war, von den Regentempfehlungen auszuschließen, und bei Wohlthätigkeits-Instituten hatten die Landesherren höchst selten mehr, als einen leiten-

den und schützenden Einfluß. Die meisten Particuliers waren auch von jeher ängstlich besorgt, „sie thäten zu viel,“ oder „reichten mit dem Ihrigen nicht aus.“ Die arbeitende Klasse entschuldigt sich meist, und auch mit Recht, mit den Worten „wir können nicht,“ „wir haben nicht.“

Zu einer andern Zeit könnte dieses Erforderniß kleinlich erscheinen, aber dessen obgeachtet wird dieses für immer eine Fundamentalbedingung bleiben. Da es könnte sogar Viele geben, welche in der gegenwärtigen kritischen Zeit, wo eben nirgend Ueberfluß an Geld ist, gerade aus diesem Grunde an der Möglichkeit der Errichtung eines solchen Instituts zweifelten. Ich glaube übrigens diese beruhigen zu können, indem ich weder die Einzelnen noch den Staat zu sehr in Anspruch nehmen werde.

Um einem etwaigen Einwurfe sogleich zu begegnen, als sei das Bedürfniß der arbeitenden Klassen in einzelnen Gegenden zu sehr verschieden, in großen Städten anders, als in kleinen, in diesen wiederum anders, als auf dem Lande; so ist dieses allerdings richtig, aber bei dem von uns projectirten Institute bleibt dieses anscheinende Mißverhältniß ganz unerheblich. Denn es ist wohl durchschnittlich als Regel anzunehmen, daß mit der Größe der Städte, mit der zahlreicheren Bevölkerung einer Gegend, auch der Wohlstand zunimmt. Mit diesem steht anscheinend ein anderer nicht minder richtiger Satz: „daß neben dem größtem Reichtume auch die größte Armuth existirt,“ in Widerspruch. Diese beiden wahren, coëxistirenden Sätze, werden bei einigem Nachdenken den obigen Einwurf beseitigen und wir überlassen es dem Leser die weiteren Gründe hierfür selbst aufzusuchen.

#### IV.

### Ueber die Mittel zur Errichtung und Unterhaltung eines Arbeiter-Versorgungs-Instituts.

Der oberste Grundsatz einer gutberechneten Staatsverwaltung ist und muß sein: solche Anordnungen in allen Theilen der Staats-

verwaltung zu treffen, daß nur sehr wenige Individuen in die Klasse der Armen herabsinken und so, entweder dem Gemeindefonds oder Staatsfonds, zur Last fallen. Wo diese Mittel, welche geeignet sind, der öffentlichen Verarmung Grenzen zu setzen, vernachlässigt werden, oder wegen besonderer Staatsverhältnisse nicht durchgeführt werden können, da werden auch die reichsten Armenmittel und Anstalten nicht im Stande sein, das Bedürfniß zu decken. Ich darf nur auf das Beispiel von England und seiner Hauptstadt hinweisen. Dieses Land allein, ohne Schott- und Irland, ernährt durch seine frommen Stiftungen durch freiwillige Subscriptionen und durch Parlamentsbewilligungen jährlich mehr als  $1\frac{1}{2}$  Millionen Armen und wo ist die öffentliche Armuth größer und ungestümer als in England und besonders in London. Die Menge der Mittel zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen ist keineswegs die alleinige Bedingung, von welcher die Erfüllung dieses Gesamtsbedürfnisses abhängt. Gerade die Armenverhältnisse in England geben uns für das im vorigen Abschnitte Gesagte einen Beleg und außerdem in der letztgenannten Hinsicht einen Fingerzeig, der wohl zu beachten ist. Nämlich diesen: daß wir das Schicksal der Dürftigen nicht dem Mitleiden und den willkürlichen Gaben einzelner Menschenfreunde, und einigen temporär bewilligten Zuschüssen aus öffentlichen Fonds überlassen dürfen. In den meisten Fällen kommen diese öffentlichen Zuschüsse sowohl, wie auch die mildthätigen Gaben Einzelner erst dann, wenn bereits Tausende als Opfer der furchtbarsten Noth und des gräßlichsten Elends gefallen sind. Ein Blick auf Schlesien wird die Wahrheit des Gesagten bezeugen. Um derartige Folgen zu verhüten, dazu bedarf es einer stäten aufmerksamen Leitung von Seiten der Staatsregierung, welcher die allgemeine Wohlfahrt in die Hände gelegt ist, und eines stäts wachsamem, nimmer trügen Auges für die gegenwärtigen Zustände der Hilfsbedürftigen und für die etwa herannahenden Gefahren. Es ist in der That keine Möglichkeit, daß die Subsistenz aller, die auf den öffentlichen Beistand gerechte Ansprüche haben, durch Privatwohlthätigkeit sicher gestellt werden könne. Die Nichtbeachtung und Vernachlässigung dieser wichtigen Maxime hatte, und wird den Müßiggang, das Vagabundenleben,

die öffentliche Bettelerei und verschiedene, ja sogar die Staatsordnung gefährdende Folgen haben.

Es wird mir übrigens wohl hierbei Keiner die Absicht unter-schieben, als wolle ich der Privatwohlthätigkeit hemmende Schranken anlegen, im Gegentheil, diese möchte ich auf alle mögliche Weise ermuntert wissen, zum Gesamuntfonds der nothleidenden Arbeiter nach Kräften beizusteuern, ich wollte nur den Ergießungen ihres edlen Sinnes eine Richtung geben, wo sie überzeugt sein dürften, daß wahrhafter Noth und dringendem Bedürfniß abgeholfen wird.

Wir wollen nun untersuchen, wie in unserer Zeit, wo wegen der größeren Bedürfnisse, wegen größerer Population, wegen trüber politischer und in Folge dessen ungünstiger commercieller Constellationen, die bereits vorhandenen Mittel für nothleidende Arbeiter nicht ausreichen, wie wir in dieser Zeit einen Fonds gewinnen können, welcher dem vorhandenen immer lauter werdenden Bedürfniß abhelfen kann und muß.

Es ist wohl als feststehend anzunehmen, daß die Association das größte staatswirthschaftliche Mittel ist, das in der Welt existirt, und daß, wo dieses Mittel von den Menschen in der Arbeit, in der Ersparung, im Beistande und in der Vertheilung nicht angewandt, sondern verschmähet wird, sicher und unausbleiblich der größte Theil derselben das Opfer einer intelligenteren und mit besseren Mitteln des Erfolges versehenen Minorität werden muß. Ein Satz, dessen Wahrheit sich durch die Geschichte der Vergangenheit und der Gegenwart vielfach beweisen ließe. Ich will es zwar keineswegs übernehmen, alle die Associationsentwürfe, welche ans Tageslicht getreten sind, zu rechtfertigen; aber ein derartiges Vorhaben, welches als eine Huldigung erscheint, welche den wahren Bedürfnissen der Menschheit dargebracht wird, ist gewiß zu loben. Der vereinzelt dastehende Mensch ist schwach und elend; schwach, weil er nicht im Stande sein würde, sich gegen einen Mächtigeren zu vertheidigen; elend schon deshalb, weil der größte Theil der Menschen unter zu ungünstigen Verhältnissen geboren wird, als daß er seine Existenz und sein Dasein gegen innere und äußere Mißverhältnisse aufrecht erhalten könnte, wenn er nicht in der Gemeinschaft der Hülfquellen eine Hilfe gegen die auf

ihn eindringenden Uebelstände findet. Auf diese Association sollen sich die Arbeiter-Versorgungs-Institute gründen. —

Außerdem, daß durch die Consolidation des vereinzeltsten, zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Arbeitern bereits vorhandenen Vermögens für eine größere Anzahl dieser Personen, als bisher geschehen, suffizient gemacht werden kann, mache ich zur Gründung eines neuen Fonds auf folgende Quellen aufmerksam und bringe dieselben hiermit in Vorschlag.

### **I. Quelle, bestehend in den regulirten Beiträgen der Arbeiter selbst.**

Wir haben bereits früher angegeben, für welche Klasse von Staatsbürgern dieser Unterstützungsfonds gebildet werden soll. Er umfaßt solche Personen, welche in den Tagen der Gesundheit und Kraft keiner Unterstützung bedürfen. Zu diesen gehören Diensthoten, männlichen und weiblichen Geschlechts, seien sie Bediente, Gesellen, Knechte, Mägde, Tagelöhner und Arbeiterinnen; ferner Maurer, Zimmerleute und die verschiedenen Professionisten und Arbeiter der Fabriken und Werkstätten. Sie sollen in den Tagen der Krankheit und Noth, Hülfe und Unterstützung finden. — Nur eine Bedingung muß dieser gewiß großen Wohlthat für die Arbeiter vorhergehen; sie müssen nämlich selbst zur Bildung eines solchen Fonds in den Tagen der Kraft, Arbeitsfähigkeit und Gesundheit beitragen und so durch ihre, wenn auch verhältnißmäßig geringen Beiträge, das Fortbestehen eines solchen Instituts sichern helfen.

Das Princip, auf welchem diese Forderung basiert, ist gerecht, weil sich hierdurch die arbeitende Klasse Ansprüche auf ein Vermögen erwirbt, zu dessen Erreichung sie nach Kräften ihre Beiträge geleistet haben, ohne diese letzteren aber auch kein Grund vorhanden wäre, sie an dem Genuße dieses Vermögens participiren zu lassen.

Außerdem aber würde dieser Vorschlag von der größten Wohlthat für diejenigen sein, welche sich diesem gemäß für die arbeitsunfähige Zeit auf öffentlichen Beistand affekturirt haben. — Es ist Pflicht eines jeden Menschen, daß er in der starken und

rüstigen Zeit seines Lebens, in den Zeiten des vollen Erwerbs, des vollen Ertrags der Arbeit, auch auf die Tage schaue, in welchen ihm, beim Mangel jeder Einnahme, Ausgaben bevorstehen, welche er früher nicht hatte. Aber ein großer Theil der Handarbeiter wird es bei wohlberechneter Sparsamkeit nicht dahin bringen, daß sie mit dem Gewonnenen, in Tagen einer längern Krankheit ihre Subsistenz decken könnten. Welche Wohlthat ist es nun für diese, wenn sie in gesunden Tagen nur einige Sparpfennige zu verwenden brauchen, um in den Tagen der Arbeits- und Gewinnsunfähigkeit in der Affekurations-Gemeinschaft Alles zu finden, was sie mit der äußersten Sparsamkeit für sich allein kaum oder unmöglich finden konnten; weil das Defizit ihres Zuschusses durch die Gesamtbeiträge und das übrige Stiftungsvermögen gedeckt werden kann.

Ist diese Einrichtung nun aber für den sparsamen und vorsichtigen Haushalter eine Wohlthat, wie viel mehr muß sie es für die große Anzahl derjenigen Arbeiter sein, welche sorgenlos in den Tag hineinleben und bei denen im günstigsten, aber auch wohl seltensten Falle, jeden Abend Einnahme und Ausgabe balancirt. Diese Menschen werden indirekt genöthigt, etwas Vernunft anzuwenden und ihren Pflichten nachzukommen. Sollten sie auch in den Tagen, in welchen sie der Hülfe nicht bedürfen, diese Wohlthat nicht einsehen, so werden sie dieselbe in jener Zeit, wo ihnen die Unterstützung zu Theil wird, gewiß zu würdigen wissen und im Stillen die segnen und leben, welche sie mit einigem Widerstreben zum Genuße dieser Unterstützung veranlaßt haben. Es steht auch wohl so leicht nicht zu erwarten, daß sich ein Arbeiter darüber beschweren würde, daß ihm der Genuß der Vortheile und Einkünfte jenes Instituts noch nicht zu Theil geworden sei; denn dieses wäre wohl nichts anders, als sich über seine Gesundheit beklagen. —

Für den Staat glaube ich, ist die Befolgung dieser Maxime auch in der Beziehung wichtig, weil dadurch ein Theil von Staatsbürgern in die Nothwendigkeit versetzt wird, auf Selbsterhaltung und Selbsthülfe zu denken, welcher bisher weniger daran zu denken pflegte, und weil hierdurch denjenigen in der Nation, welche sich den Lebensunterhalt durch Händearbeit verschaffen, zum größten



Theile Alles entzogen wird, was Sorglosigkeit und Müßiggang nach sich zieht. Bekanntlich das beste Mittel, die Arbeiter aufzuwecken, zur Thätigkeit anzuspornen, sie arbeitsam, industriös und vorsichtig zu machen.

Wäre nun aber dieseinnach eine derartige Einrichtung wirklich zweckmäßig und wohlthätig, so könnten vielleicht Viele aus dem Grunde an dessen Ausführbarkeit zweifeln, weil es den Arbeitern, die ohnehin schon Mangel leiden, an Mitteln fehlt, einen zureichenden Fonds zu gründen.

Lassen wir uns durch diesen, allerdings nicht ganz ungegründeten Einwurf, von der Einrichtung eines derartigen Instituts nicht abhalten. Es läßt sich dessenungeachtet ausführen. Die Ansprüche, welche an den Arbeiter gemacht werden, sollen ihn nicht drücken.

Wenn auch in dieser Zeit viele Arbeiter, theils mit Recht, theils mit Unrecht über Arbeits- und Brodlosigkeit klagen: so haben wir doch wohl zu bedenken, daß hoffentlich bald bessere Zeiten eintreten werden, bald ein geregelter und geordneter Zustand des Staates folgen wird, wo auch diejenigen wieder ihren Unterhalt finden, welche temporär, theils wegen allgemeiner politischer Bewegung, theils wegen eigener, sowohl politischer, wie unpolitischer Aufregung, theils aber auch wegen Stockungen im Handel und Gewerbe, geschäftlos sind. Die wirklich geschäftlosen Arbeiter werden hierdurch bald aufgefunden und ihnen kann vielleicht anderweitige Arbeit angewiesen werden; diejenigen aber, welche noch beschäftigt sind, werden ohne Druck ihr Scherflein zur Gründung eines „Arbeiter-Unterstützungs-Fonds,“ leicht beitragen können und auch gern wollen, wenn ihnen die Zweckmäßigkeit und Wohlthat dieser geringen Beisteuer nur klar vorgelegt wird. Ich möchte denjenigen, welche hierüber ängstlich nachsinnen und schwanken, recht eindringlich zurufen: „Nur Muth und frisch ans Werk, der Erfolg ist gewiß.“

Während meines frühern zehnjährigen Aufenthalts in einer fabrikreichen Gegend, hatte ich Gelegenheit, mich von der Vortreflichkeit und den nützlichen Erfolgen derartiger, wenn auch nur im Kleinen bestehenden Einrichtungen zu überzeugen. Diese auf ähnlichen Principien beruhenden Institute, bildeten die so genannten

„Knappschaften“ der Berg- und Hüttenarbeiter. Diese Institute, von denen ich fünf verschiedenen als Arzt vorstand, umfassten ungefähr 800 bis 900 Arbeiter ohne Frauen und Kinder. Es waren dieses zum Theil Staats-, zum Theil gewerkschaftliche und zum Theil Privat-Anstalten zur Unterstützung der Arbeiter. Die Einkünfte dieser Klassen bestanden und bestehen noch ausser einigen unbestimmten und extraordinären, aber nicht sehr bedeutenden Zuschüssen, hauptsächlich in den bestimmten Beiträgen der Arbeiter selbst. Die Arbeiter entrichteten nach den verschiedenen Klassen, welche wiederum nach der Höhe der Arbeitslöhne bestimmt wurden, ihre monatlichen Beiträge und zwar in der

1. Klasse monatlich 6 Sgr.,

2. Klasse monatlich 5 Sgr.,

3. Klasse vom Thaler Arbeitslohn 6 Pf.

Jeder Arbeiter, welcher in einen solchen Verband aufgenommen war, seine Beiträge gezahlt, sich durch verschiedene grobe Vergehen der Wohlthat nicht verlustig gemacht hatte, erwarb sich Ansprüche:

- 1) auf Gnadenlohn für sich, im Falle eingetretener Arbeitsunfähigkeit,
- 2) im Todesfalle auf Gnadenlohn für die Witwe,
- 3) im Todesfalle auf Unterstützung seiner Kinder bis zum Alter von 14 Jahren,
- 4) auf Krankenlohn,
- 5) auf freie Kur und Arznei,
- 6) auf Begräbnißbeihilfe,
- 7) auf Beiträge zu den Schul- und Unterrichtskosten der Kinder.

Ich glaube wohl, daß wir hierin den Beweis in der Wirklichkeit finden, daß die Errichtung eines derartigen Instituts eben nicht unmöglich ist, und daß die Arbeiter leicht von ihrem täglichen Lohne so viel erübrigen können, daß sie unbekümmert für sich und die Ihrigen in die Zukunft schauen können. Man wolle mir nicht etwa einwenden, daß wohl in jener Gegend, oder unter jenen Verhältnissen die Stellung der Arbeiter durch erhöhte Löhne u. vortheilhafter gewesen sei. Dieses war nun wohl im wesentlichen nicht der Fall, aber gesetzt es wäre so gewesen, so würde dieses dennoch unerheblich sein, denn mit der Höhe der Arbeits-

löhne stehen die Preise der Lebensbedürfnisse in einer Gegend in genauem Verhältnisse.

Was wir dort bei vereinzelteten Instituten finden, wenden wir in anderen Maßstabe und unter gewissen Modificationen auf das Gesamtinstitut im Staate an.

Die Mitglieder des Arbeiter-Versorgungs-Instituts umfassen also nach unserer früheren Angabe die in der niedrigsten Steuerstufe eingeschätzten Steuerpflichtigen mit einem jährlichen Einkommen von 50 bis 200 Thaler. Von diesen zahlen:

- 1) die in der ersten Klasse befindlichen, mit einem jährlichen Einkommen von 200 Thaler, per Monat 6 Sgr.
- 2) die steuerpflichtigen Arbeiter der zweiten Klasse, mit einem jährlichen Einkommen von 150 Thaler, per Monat 5 Sgr.
- 3) die in den beiden letzten Klassen befindlichen Arbeiter, mit einem jährlichen Einkommen von 50 bis 100 Thaler, vom Thaler Verdienst 6 Pf.

Um in etwa die Höhe der auf diese Weise sich ergebenden Summe zu übersehen, will ich die Berechnung bei einer kleineren Stadt von etwa 4000 Einwohnern sogleich hierher setzen. \*) In dieser Stadt befinden sich 810 steuerpflichtige Familien respective einzelne Personen, mit einem steuerbaren Einkommen von 217,700 Thaler. In den 4 letzten Klassen befinden sich, in der

1. Klasse 59 Steuerpflichtige mit einem jährlichen Einkommen von 200 Thaler; sie zahlen einen monatlichen Beitrag von 6 Sgr., macht jährlich 141 Thlr. 18 Sgr.
2. Klasse 114 Steuerpflichtige mit 150 Thaler jährlichem Einkommen; sie zahlen monatlich 5 Sgr., macht jährlich 228 Thlr. — Sgr.

---

\*) Die in der vorgenommenen Berechnung angeführten Zahlen mit den angegebenen Steuerverhältnissen sind nicht etwa willkürlich gewählt, sondern stimmen ganz genau mit den betreffenden Zahlen der Stadt Arnberg überein. Absichtlich sind jedoch die Zahlen aus der Veranlagungsliste der Communal-Steuer genommen, weil in dieser die fixen Gehälter der in dieser Stadt, im Vergleich zu anderen Städten unverhältnißmäßigen Anzahl von Beamten, nur zur Hälfte quotifizirt sind, und hiernach also ein gleiches Verhältniß gegen andere Städte angenommen werden kann

3. Klasse 195 Steuerpflichtige mit einem jährlichen Einkommen von 100 Thaler.

4. Klasse 189 Steuerpflichtige mit einem jährlichen Einkommen von 50 Thaler, oder in der 3. und 4. Klasse 384 Personen mit einem durchschnittlichen jährlichen Einkommen von 75 Thaler; sie zahlen vom Thaler 6 Pf. oder jährlich 480 Thaler. — Sgr.

Also zahlen die 557 steuerpflichtigen Arbeiter einen jährlichen Beitrag zum Arbeiter-Unterstützungsfonds von 849 Thir. 18 Sgr. Ein Beitrag der wohl nicht unbedeutend zur Erreichung unseres Zweckes erscheinen mag.

In Bezug auf die einzelnen Beisteuern, wäre wohl zu bemerken, daß es am zweckmäßigsten sein würde, diese Beiträge in geringen Zwischenzeiten zu erheben, weil sie hierdurch um so weniger anwachsen und beschweren. Wenn z. B. ein Knecht, welcher einen Lohn von 25 Thaler erhält, wöchentlich 3 Pfg. oder monatlich 1 Sgr. zahlt, so läßt sich nicht wohl annehmen, daß ein solcher Beitrag beschwerend für ihn sein könne.

Es bedarf wohl kaum noch der Bemerkung, daß der Arbeiter nach der Art und Größe seiner Beisteuer, oder auch, was auf dasselbe hinauskommt, nach seinem fixirten Einkommen unterstützt werden muß. Und dieses auch mit vollem Recht. In die erste und zweite Klasse der Arbeiter werden wohl meist verheirathete, in die 3. und 4. Klasse wohl nur unverheirathete, Knechte, Gesellen u. s. w. eintreten. Daß die in den beiden ersten Klassen befindlichen Arbeiter, im Krankheitsfalle einer größeren Unterstützung bedürfen, wie die der letzten Klassen, wo nur eine Person unterstützt wird, leuchtet ein. Hierdurch werden auch die Mitglieder der beiden ersten Klassen darüber zufrieden gestellt, daß sie höhere Beiträge zum Gesamtfonds entrichten müssen, als die Mitglieder der beiden letzten Klassen. Die Mitglieder der beiden ersten Klassen sichern sich durch ihre höheren Einlagen auch die Ansprüche auf höhere Unterstützungen, zu welchen die Glieder der letzten Klassen weder berechtigt sind, noch derselben bedürfen.

Die Aufbringung und Einzahlung der Beiträge von Seiten der Arbeiter zum Unterstützungsfonds kann und wird noch besonders dadurch erleichtert werden, daß die Vorgesetzten derselben, seien es

Fabrikherrn, Meister oder Dienstherrn, ihre untergebenen Arbeiter nur unter der Bedingung in Arbeit nehmen, daß sie ihre Beiträge zur Arbeiter-Vereins-Kasse an ihrem Arbeits- oder Dienstlohn einzulassen sich verpflichten, also gleichsam die Arbeitgeber die Beiträge ihrer Untergebenen garantiren. Denn die Dienstherrn und Arbeitgeber haben kein geringes Interesse bei einem derartigen Institute, nicht nur dadurch, daß die Arbeiter besser und sicherer gestellt, sondern auch dadurch, daß sie vor Nachtheilen geschützt werden, welche bei Krankheiten und Unglücksfällen der ihnen untergebenen Arbeiter und Diener gewöhnlich nur auf jene zurückfallen.

Ich glaube diesennach, daß kein Grund mehr vorhanden ist, an der nachhaltigen Ergießung dieser Quelle zu zweifeln und gehe deshalb über zu der

## II. Quelle, bestehend in den extraordinären und regelmäßigen Beiträgen der wohlhabenden Klassen.

Diese Fundationsquelle, welche die frühere an Ergiebigkeit, wenn nicht übertrifft, doch derselben ziemlich gleichkommt, hat ihren Ursprung in dem Wohlthätigkeitsinn des gesammten wohlhabenden Publikums. Der Ausfluß dieser Quelle wird wohl dann am stärksten und regelmäßigsten sein, wenn wir ihren Ergießungen keine zu gebietende Leitung geben, aber dabei doch soviel einwirken, daß der Ausfluß 1. temporär nicht ganz, und 2. an einzelnen Stellen dieser Gesellschaft, überhaupt nicht stocke.

An der Vereinwilligkeit öffentlicher Wohlthätigkeit haben wir eine sehr reiche Fundgrube für alle Humanitätsanstalten, wenn dieses Publikum nur von der Güte der Sache überzeugt, wenn die nöthige Garantie des Erfolges geleistet und das Vertrauen gesichert werden kann.

Es ist noch zu allen Zeiten gelungen, sich des Mitleids der wohlhabenden Klasse zu bemächtigen, wo wahrhafte Noth und zweckmäßige Verwendung vorhanden waren. Auch die wohlhabenden haben Herz und Gefühl genug, um zu empfinden, daß es wohl eine drückende Last sei, arm zu sein, daß es aber noch wohl drückender sein möge, wenn sich Krankheit und Armuth gesellen. Hierfür finden wir in früherer wie in der neuesten Zeit die besten

Belege. Wie gern und den Verhältnissen nach wie reichlich, gab nicht jeder für die armen und kranken Schleßer?

Nur eines Beispiels aus früheren Zeiten will ich erwähnen und zwar deshalb, weil es beweisen wird, daß auch in Zeiten, die in pekuniärer Hinsicht eben nicht als die geeignetsten erscheinen möchten, wie auch die jetzigen, Wohlthätigkeitsanstalten durch Privatwohlthätigkeit in's Leben gerufen werden können.

Im Jahre 1786 erkannte man die Nothwendigkeit der Translokation und Vertheilung des Hotel Dieu zu Paris in 4 bestimmte Reviere. Die Regierung übernahm in der unglücklichen Lage, in welcher sich ihre Finanzen befanden, gleichwohl die Ausführung eines für die allgemeine Wohlfahrt nöthigen Unternehmens. In der zu jenem Zwecke verfaßten Proklamation zu diesem Werke öffentlicher Wohlthätigkeit heißt es unter Andern: „die allgemeine Stimme „habe die Regierung schon mehr als einmal von der Nothwendigkeit, „das Schicksal jener Unglücklichen, welche der Mangel einer andern „Hülfe, in dem Hotel Dieu anhäuften, zu verbessern. Das durch „die Untersuchung gewonnene Resultat lasse keinem Zweifel, keiner „Zögerung mehr Raum; der König, beunruhigt durch die Realität „und den erwiesenen Umfang des Uebels, bei dessen bloßer Ahn- „dung sein Herz erzittert habe, wolle demselben Grenzen setzen; „er wolle die Thränen trocknen, das Leiden erleichtern, und die „schreckliche Verminderung der unglücklichen Volksklasse, deren Vater „er sei, abwenden; er wolle dieses ganz, soviel es die Mittel gestat- „teten, welche ihm die vervielfältigten Staatsbedürfnisse übrig „ließen. Der König bitte daher“ heißt es zum Schlusse, „alle „theilnehmenden Herzen, ihn zu unterstützen, es werde ihn sehr „freuen, wenn er einer freiwilligen Hülfe die Mittel, diese Wünsche „ins Werk zu setzen, verdanken könne; es sei hier kein Souverain „der sie von den Unterthanen erwarte; es sei ein Vater, der seine „Kinder darum bitte.“\*)

Die Folge hiervon war, daß innerhalb einiger Monate 2,258,159 Liv. 12 S. 4 D. gezeichnet wurden.

---

\*) Walbing, medizinisches Journal Stück 13. S. 48—54.

Man wolle mir hier nicht einwenden, daß die Errichtung einiger Krankenhäuser in keinem Verhältnisse stehe zu einem derartigen Arbeiter-Versorgungs-Institute. Um diesem zu begegnen, will ich nur bemerken, daß  $\frac{1}{3}$ , oder zum wenigsten  $\frac{1}{4}$  sämmtlicher Bewohner von Paris; also gegen 200,000 — 250,000 in diesen Hospitälern sterben; oder da in Paris jährlich 25,000 sterben, so würden circa 8000 in diesen Hospitälern von Paris ihre Tage beschließen. Wie viele werden dort außerdem behandelt, welche ihre Gesundheit wieder erlangen?

Bei einigem Nachdenken wird man wohl zu dem Resultate gelangen, daß die Einrichtung einiger derartiger Krankenhäuser vielleicht größere Opfer vom Staate verlange, als die Errichtung von Arbeiter-Versorgungs-Instituten, und zwar hauptsächlich weil bei letzteren jeder Staatsbürger sein Scherlein beiträgt. Die Menge gibt hier den Ausschlag.

Was 1787 in Paris geschehen konnte, kann auch gegenwärtig bei uns geschehen. Man wende sich deshalb nur mit festem Vertrauen an die Nation und namentlich auch an die wohlhabenden und besitzenden Staatsbürger, und wir dürfen der Ueberzeugung sein, daß sie ein Monument der Wohlthätigkeit auf dem Altare des Vaterlandes errichten werden, welches hinter keiner Nation der Welt zurückbleibt.

Ich habe vorhin gesagt, daß der Ausfluß aus dieser Quelle recht reichlich sein würde, wenn man deren Ergießung keine beengende Schranken setzte, welche leicht als Zwang angesehen werden könnten. Um also zuerst einen Fonds zur Gründung des Arbeiter-Versorgungs-Instituts zu bilden, fordere man recht inständig zur Besteuer von freiwilligen Gaben auf, und veräume es bei der Gelegenheit nicht, auf die erspriesslichen Folgen, welche für eigenes wie für fremdes, zeitliches, wie für ewiges Wohl, aus diesen Gaben entspringen, aufmerksam zu machen und ich glaube, man wird auf diese Weise ein Kapital erlangen, welches aus materiellem Interesse schon hinreichen wird, den Arbeiter aufzufordern sich unter der gegebenen Bedingung an demselben zu theiligen.

Ich gehe wiederum zu der Berechnung über, um an der zu diesem Behufe gewählten Stadt das Resultat zu zeigen, und die

aus dieser Quelle fließenden Ergebnisse annäherungsweise anschaulich zu machen.

In der genannten Stadt (Münsterberg) finden sich 253 Familien, resp. einzelne steuerpflichtige Personen, welche ein Einkommen von 250 bis 2000 Thaler haben; unter diesen 253 sind 71 Personen, welche ein Einkommen unter 350 Thaler haben, die übrigen 182 haben ein Einkommen von 400 bis 2000 Thaler. Ich glaube also wohl das Ergebniß der ersten freiwilligen Zeichnung von Beiträgen zum Arbeiter-Unterstützungs-Fonds nicht zu hoch anzunehmen, wenn ich den zu diesem Zwecke geleisteten Beitrag von jeder dieser steuerpflichtigen Personen durchschnittlich auf  $3\frac{1}{2}$  Thaler festsetze. Also einen Betrag von 885 Thlr. 15 Sgr. annehme.\*)

Diese Summe nun werde zur Gründung des Arbeiter-Versorgungsfonds angelegt, und als ein den Arbeitern gehörendes Kapital überwiesen, an dessen steigenden Renten, und den übrigen dem Arbeiterfonds zufließenden Emolumenten sich jeder Arbeiter, unter den vorausgeschickten Verpflichtungen von seiner Seite, betheiligen kann und wird. Ich glaube nicht, daß es besonderer Ueberredungsgaben bedürfte, um den Arbeiter hierzu zu veranlassen.

Ich habe aber bereits gesagt, daß es nothwendig sei, um diese Quelle im Gange zu erhalten und sie vor zeitweiligem Versiegen zu bewahren, daß man Vorkehrungen treffen müsse, welche eine derartige Stockung verhüten. Der Arbeiter-Unterstützungsfonds muß auf einen sichern Zuschuß aus dieser Quelle rechnen können, und nicht allein auf die freiwilligen Gaben aus dieser Klasse angewiesen sein, welche vielleicht zu einer Zeit, wo gerade größeres Bedürfniß vorhanden wäre, weniger reichlich sein könnten, und so die Unterstützungskasse nöthigen würden, die Zahlungen einzustellen. Zu diesem Ende würde ich den Vorschlag machen, eine jährliche, wo möglich freiwillige Einkommensteuer von  $\frac{1}{3}\%$  unter den Wohlhabenden zur Unterstützung der nothleidenden Arbeiter ins Leben

\*) Das Ergebniß früherer Kollekten zu Zeiten von Mißerndten hat nicht allein diese, sondern höhere Summen ergeben, und dürfte also auch wohl in diesem Falle als maßgebend angenommen werden.



zu rufen und die in den einzelnen Districten auf diese Weise auf-  
gebrachten Beiträge dem Arbeiter-Unterstützungsfonds zu überweisen.

Wenden wir dieses auf die bereits einigemal zur Uebersicht  
gewählte Stadt an: so würde sich folgendes Resultat ergeben. Die  
in den ersten 16 Steuerklassen der Communal-Veranlagungs-Listen  
eingetragenen Contribuenten haben ein steuerbares Einkommen von  
160850 Thalern, welches also einen jährlichen Beitrag von  $\frac{1}{3}\%$  zu  
der Arbeiter-Unterstützungs-Kasse von 536 Thlr. 8 Sgr. ergeben  
würde.

Ich glaube nun dem wohlwollenden und edlen Sinne der  
mit irdischen Gütern reichlich Begabten, nicht zu viel zuzumuthen,  
wenn ich voraussetze, daß ihrem Edelmuthe durch die geringe Bei-  
steuer von  $\frac{1}{3}\%$  noch nicht genüge geschehen sei, daß sie viel-  
mehr aus innerstem Drange, durch das Gefühl der Liebe, Warm-  
herzigkeit, Gerechtigkeit angetrieben werden, mehr Thränen der  
Armen in der Wagschale der Ewigkeit zu sammeln, eingedenk jener  
bekannten, auch an diese gerichteten Worte: „was ihr dem gering-  
sten unter meinen Brüdern werdet gethan haben, das habt ihr mir  
gethan.“ Und wir dürfen gewiß mit Sicherheit voraussetzen, daß  
die milden Gaben, die freiwilligen Beisteuern und Geschenke, die  
Bemühungen der edlen Frauen und Frauenvereine und die milden  
Stiftungen derer, welche nur die Armen als ihre Erben zurücklassen,  
einen jährlichen Zuschuß von 500 Thlr. zu der Arbeiter-Versorgungs-  
Kasse liefern werden. Ich kann um so weniger diesen jährlichen  
Zuschuß als zu hoch gesetzt annehmen, weil nicht allein ähnliche,  
sondern weit höhere Beträge zu dem Kranken- und Frauenvereine  
bereits in der genannten Stadt geleistet werden.

Es wird sich hoffentlich keiner der Wohlhabenden durch die  
angenommenen und vorausgesetzten Beiträge beschwert finden. —  
Um Mißverständnissen zu begegnen, muß ich nochmals bemerken,  
daß der zuerst genannte Beitrag aus dieser Quelle ein außergewöhn-  
licher, zur Gründung des Arbeiter-Fonds bestimmter, nicht wieder-  
kehrender, ist. Es würden sich also die laufenden ordinären Bei-  
träge, auf den Ausfluß von  $\frac{1}{3}\%$  des Einkommens und die  
freiwilligen Gaben beschränken. Diesen Beitrag welchen der Wohl-  
habende zu einem wohlthätigen Institute liefert, steht in keinem  
Verhältniß zu seinem Besitze, wird aber auch zudem nicht denjenigen

Betrag erreichen, welchen er freiwillig an sogenannte Almosenarme reicht, und wo er vielleicht, ja sehr wahrscheinlich, weniger wahrhafter Noth abhilft, als bei dem zu errichtenden Institute, welches zudem noch den Vortheil nach sich zieht, daß die öffentliche Bettelei in Folge dessen vollkommen aufgehoben wird.

Abgesehen von der Wohlthat, welche die besitzende Klasse der Staatsbürger durch diese Besteuer zu einem Arbeiter-Unterstützungs-Vereine ausübt, ist es eine kluge und weise Maßregel, welche man um einen verhältnißmäßig geringen Preis erkaufte. Es ist nämlich einmal unsrer Zeit eigen, daß das göttliche Recht und die Freiheit so viele verschiedene Ausleger findet und unter diesen wieder verhältnißmäßig zu wenig Verehrer hat, die den Staatsverband und die Fürstengewalt sicher begründen könnten. So ist es denn leider dahin gekommen, daß wir im öffentlichen Rechte ziemlich rathlos erscheinen, wie wir dieses in der jüngsten Vergangenheit vielfach zu beobachten Gelegenheit hatten und hierin fast täglich neue Erfahrungen machen. Es geht nun dessen ungeachtet alles Drängen und Streben der Zeit nach Festem, nach Verträgen hin. Der Communismus und Socialismus sucht das von unten auf zu errichten, was man von oben herab zurückdrängte. Der Communismus ist nun einmal von den ersten Grundsätzen der Gliederung in der Gesellschaft, von dem ererbten Rechte der Belohnungen früherer Arbeit, dem Reichthum und Besitz, so wenig durchdrungen, daß er diesem Erbrechte die gebührende Gerechtigkeit versagt und nur die jetzige Arbeit vergöttert. Er ist deshalb gefährlich, weil er so leicht auf die Massen, bei denen solche Principien jedenfalls Anklang finden, einwirkt. „Falsche Lehren verführen zu irrigen Wünschen, zu verderblichen Mißgriffen, zu gefährlichen Mißdeutungen.“\*) Diesem Streben werden wir einen starken Damm entgegensetzen, wenn der Arbeiter seine Existenz gesichert sieht, und einzusehen Gelegenheit hat, daß auch in den höheren Bürgerklassen noch Mitgefühl für seine bedrängte Lage zu finden ist, und daß die Glieder dieser Klassen bereit sind, sein und der Seinigen Schicksal, wo es Noth thut, zu

\*) Anclison über Staatswissenschaft XXXI.

erleichtern und Mangel und Elend von ihnen abzuwenden. Die Pflicht und das Gefühl der Dankbarkeit und Gerechtigkeit wird den gedrückten Arbeiter von weiteren Schritten abhalten und die sociale Ordnung im Staatsverbande nicht ferner gefährden. —

Und dann noch ein Grund, meine Herrn, wer versichert uns, daß nicht auch wir, oder unsere Kinder dereinst die Wohlthaten eines derartigen Instituts in Anspruch nehmen werden? — Leben wir ja doch in einer an wechselnden Schicksalen so reichen Zeit, daß wir in Bezug auf den Abend unsers Lebens und das Schicksal unserer Nachkommen wohl besorgt sein können!

Ich gehe somit über zu einer andern, der

### **III. Quelle, bestehend in den von Seiten der Gemeinde zum Arbeiter-Versorgungs-Fonds zu leistenden Beiträgen.**

Vom Anfang des vierten Jahrhunderts an, bis zu unserer Zeit, sind Kranke und Sieche, welche auf den öffentlichen Beistand angewiesen waren, in Gemeinhäusern, wo sie vorhanden waren, verpflegt, und viele Jahrhunderte hindurch wurde diese Pflege in solchen Gemeinhäusern ausgeübt, welche vorzugsweise den Zweck hatten, Fremde und Pilger zu beherbergen. In späteren Zeiten wurde die Hospitalität für Fremde und Pilger ganz auf die Seite geschoben, und die alten Hospitalhäuser gingen in eigentliche Krankenhäuser über und neue Etablissements dieser Art hatten gleich ursprünglich nur diesen Zweck, wiewohl der Name Hospital noch lange blieb und noch bis auf unsere Zeit den passenderen Namen „Nosokomien, Krankenhäuser“ nicht gänzlich gewichen ist. —

Diese Krankenhäuser verdanken ursprünglich ihre Existenz dem gemeinsamen Vermögen der ersten christlichen Gemeinden. Damals war, wie es in dem heiligen Texte heißt, „die Menge der Gläubigen nur ein Herz und eine Seele. Auch sagte nicht Einer von Etwas, das ihm gehörte, daß es sein sei, sondern sie hatten Alles in Gemein. Und Keiner unter ihnen war dürftig.“ — Das ist nun freilich im Laufe der Zeit ganz, ganz anders geworden. Die Gemeinden haben sich geändert und die Worte „mein und dein“ haben größeres Gewicht. Eine Verpflichtung

aber haben die jetzigen Gemeinden von den ursprünglichen „Gemeinen“ geerbt und diese Erbschaft auch mit mehr oder weniger Treue bewahrt. Dieses Erbe ist die Sorge für die Armen der Gemeinde. Und damit nicht etwa eine Gemeinde diese Erbschaft ausschlage, so hat man die Gemeinde gesetzlich dazu verpflichtet.

Wenn ich nun zwar auch von unsern Gemeinden nicht sehr viel für die Versorgung der arbeitenden Klasse verlange, so wollte ich doch denselben dieses vorab andeuten und zur Beherzigung verlegen. Namentlich möchte ich an jenen lauen und trägen Gemeinden etwas rütteln, welche ihrer Pflicht genügt zu haben glauben, wenn sie 1 oder 2 Recepte für einen armen Kranken übernommen, aber es vorher dem Kranken, oder dessen Angehörigen zur Bedingung gemacht haben, jede Ordination des Arztes vorher vom Armenvorstand unterschreiben zu lassen, ehe die Arznei verabreicht werden darf, und dieses Verfahren sogar in solchen Fällen einhalten, wo der Kranke, der Arzt und der Armen-Vorstand 1 bis 2 Stunden Wegs von einander entfernt wohnen, wo also eine Versäumnis von einem halben bis ganzen Tage stattfindet, während welcher Zeit der lebensgefährliche Kranke vergebens auf Hülfe wartet, und vielleicht sterben kann. Das aber kümmert den Vorstand nicht, er glaubt der Gemeinde gegenüber seine Schuldigkeit zu thun. — Ich wollte auch gern an jenen unchristlichen Gemeinden rütteln, welche hartherzig genug sind, einem armen Tagelöhner, vielleicht mit einem Grundbesitz von 30 bis 40 Thaler, welcher durch einen Unglücksfall, einen Weinbruch, ein halbes Jahr arbeitsunfähig geworden ist, die Cur- und Arzneikosten auf Rechnung des Gemeindegeldes oder Armenfonds zu verweigern, in Fällen, wo der Kranke Gefahr läuft, an Entkräftung zu sterben. Das Alles kümmert die Gemeinde und ihren Vorstand nicht. Das sind Gemeinden ohne Gemeinssinn, ohne Tugend; zusammengeworfene Steine ohne Mörtel; eine Null ohne Ziffer. Der Arzt hat seinen Eid geschworen, den Kranken ohne Ansehung des Vermögens zu behandeln, und würde dieses auch wohl ohne seinen Eid thun. Auf ihn ist der Arme ganz allein angewiesen. Wohl diesem, wenn Jener ein barmherziges und mitleidsvolles Herz hat. Ich könnte der vorgenannten Beispiele viele anführen, Gemeinden namhaft

machen, welche mit dieser Unbarmherzigkeit gegen die Armen verfahren. Doch dazu ist hier nicht der Ort. Trifft die Gemeinde in solchen Fällen die erste Schuld, so haben die Communalverwaltung, Amtsvorsteher, die zweite; denn derartige Beschlüsse werden selten ohne deren Mitwissen ausgeführt. Progressiv und indirekt aber theiligen sich alle die an jener Schuld, deren Pflicht es war, den Armen-Verhältnissen in den Gemeinden Aufmerksamkeit zu schenken. Die Kenntniß der Armen-Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden, erstreckt sich selten über die Bezirksverwaltung, Amt, oder wenn es weit kommt, über den Kreis hinaus; in der weiteren Behörde kann man vielleicht noch aus einigen Acten nachsehen, daß dieses oder jenes Kirchspiel einen Armenfond von 20 bis 30 Thaler habe. Dieses ist so zu sagen die letzte Spur. Armer Mann, du bist wirklich sehr zu beklagen, daß man so wenig von dir weiß, und wo man dein Schicksal kennt, so wenig für Dich thut! Doch auch dieses muß und wird anders werden. Die Zeit rüttelt und mahnt zur Abhülfe. — Bei einer gut geregelten Armen-Verfassung muß das Schicksal jedes Hülfbedürftigen zur Kenntniß derer gelangen, welche Mittel haben, ihm zu helfen. Gleichsam eine galvanische Kette, sollte die Hülfbedürftigen mit denen verbinden, welche berufen sind, ihrem Zustande Abhülfe zu leisten. Der Angst- und Nothschrei des Hülfserufenden darf nicht an der ersten Wand verhallen, wie es leider vielfach der Fall war und vielleicht noch einige Zeit sein wird.

Wir dürfen wohl voraussetzen, daß in allen einigermaßen gut eingerichteten Gemeinden, namentlich in den Städten, öffentliche Armen-Institute bestehen, oder doch bestehen sollten, und deshalb auch in vielen vielleicht nur in der Idee und dem Namen nach existiren. Der Wirkungskreis jener Institute ist indessen nur auf jene Klasse von Hülfbedürftigen beschränkt, welche unter dem Namen der gesunden oder Almosen-Armen irgend eine Unterstützung aus dem Armenfonds genießen, oder als „arme Kranke“ freie ärztliche Behandlung und unentgeltlich Arznei erhalten. Dieses ist der Wirkungskreis der Armen-Institute in gut eingerichteten Gemeinden, namentlich in kleineren Städten. Von dem Wirkungskreise, oder vielmehr Wirken anderer Gemeinden, haben wir so eben einige Proben gegeben. Wir müssen nun gestehen, daß, so sehr

auch die guten Absichten und das Streben der jetzigen besseren Armen-Institute zu loben sind, doch noch Manches zu wünschen übrig bleibt. Zuerst glaube ich, daß der eigentliche Wirkungskreis dieser Institute in so fern zu beschränkt ist, als nur die notorisch Armen, welche als solche aufgenommen und als solche eingetragen worden sind, nach dem individuellen Bedürfnisse Unterstützung erhalten. Ein anderer, welcher vielleicht vorübergehend noch ärmer, als ein notorisch Armer ist, erhält diese Unterstützung nicht. Dieses ist nicht recht, aber auch nicht klug gehandelt. Es wäre in dieser Beziehung gewiß anzuempfehlen, auch den vorübergehend Hilfsbedürftigen Unterstützung angedeihen zu lassen, damit sie nicht dauernd arm werden und so der Gemeinde für immer zur Last fallen. Eine Maxime, welche gewiß in Anwendung gebracht zu werden verdient. Das bekannte „Principiis obsta“ scheint man bei der Armen-Verwaltung noch gar nicht zu kennen. Die Beachtung der Vorboten und das Vorbauen einer Krankheit ist in der Medizin eine wichtige und lange bekannte Maxime, die meist bessere Resultate liefert, als der beste Curplan gegen eine ausgebildete Krankheit. Ein ausgezeichnete, noch lebender Arzt, den man einst nach der Ursache fragte, wodurch er die meisten Krankheiten so leicht und ohne große Mühen heile, antwortete einfach: „ich behandle den Anfang.“ Ich glaube nun, daß wir diese Maßregel in Bezug auf Armen-Verwaltung wohl anwenden können und diesen Zweck auf keine Weise besser erreichen, als wenn wir den Handarbeiter in Tagen der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit unterstützen. Auf diese Weise würde das Arbeiter-Versorgungs-Institut der Verarmung vorbeugen und hierdurch die Zahl der notorisch Armen mindern. Es würde aber auch bei dem Arbeiter-Versorgungsberechtigten die Stelle des Armen-Instituts in erweitertem Maßstabe vertreten. Da nun aber ferner die Armen fast ausschließlich aus der arbeitenden Klasse entspringen, und für diese, wie für ihre Hinterbliebenen die Fürsorge von dem Arbeiter-Versorgungs-Institute übernommen werden kann, so kann es auch nicht ausbleiben, daß die Armen-Anstalten mit dem Aussterben der, bei Errichtung der Arbeiter-Institute vorhandenen Generation von Armen, ihre Wirksamkeit, wie sie jetzt besteht, verlieren würden, und daß sich dieselbe nur auf einzelne Individuen, welche zum Arbeiter-Versorgungs-Institu-

lute nicht berechtigt sind, beschränken würde, wie z. B. auf Findelkinder, heimatlose Nothleidende u.

Wenn ich nun auf Grund des Gesagten die Gemeinde bei Fundirung des Arbeiter-Versorgungs-Instituts in Anspruch nehme, so wird man dieses nach dem zu Anfange ausgesprochenen Satze, wo sich Rechte und Pflichten wechselseitig bedingen, gewiß billigen und dies um so mehr, wenn die Anforderungen nicht zu hoch gestellt werden und im Grunde der Gemeinde keine neue Last aufbürden.

Diesemnach leiste die Gemeinde, wo dieselbe Vermögen, öffentliche Kranken- und Armen-Institute besitzt,

1. einen regulirten Beitrag zum Arbeiter-Unterstützungs-Fonds, welcher, während der Coexistenz des öffentlichen Armen-Instituts, ein Drittel des zu diesem letzten Fonds geleisteten Beitrags ausmachen dürfte. Dieser Zuschuß von Seiten der Gemeinde steigt mit der zunehmenden Wirksamkeit des Arbeiter-Versorgungs-Instituts und der hierdurch bedingten abnehmenden Wirksamkeit des Armen-Instituts. Deshalb steigen auch die Zuschüsse zu der Arbeiter-Versorgungs-Kasse. Und zwar nach 10 Jahren ihrer Existenz auf zwei Drittel, und nach 20 Jahren deren Existenz, wo man wohl annehmen kann, daß die ältere Generation der Armen ausgestorben, die jüngere aber arbeitsfähig geworden sei, und diese also Ansprüche an das Arbeiter-Versorgungs-Institut bekommen habe, tritt das Arbeiter-Versorgungs-Institut in den vollen Besitz der vorhandenen Fonds des Armen-Instituts und der von Seiten der Gemeinde geleisteten Zuschüsse.

2. Die Gemeinde, oder die Gemeinden eines Kreises übernehmen die Verpflichtung zur Stellung eines den örtlichen Bedürfnissen angemessenen Krankenhauses, zur Wohnung der Krankenpfleger und zur Aufnahme der verhältnißmäßigen Anzahl von Kranken. Bei den bereits vorhandenen Anstalten dieser Art, hat das Arbeiter-Versorgungs-Institut das Recht des Mitgebrauchs. Für nöthige Erweiterungen dieser Anstalten sorgt die Gemeinde. In den meisten größeren Gemeinden, namentlich in den Kreisstädten werden, sich bereits gegenwärtig, mehr oder weniger vollkommene Anstalten dieser Art vorfinden. Wo dieses nicht der Fall ist, und die Gemeinden zu arm sind, ein derartiges Krankenhaus zu gründen, da würde die nöthige Beihülfe aus der nächstfolgenden Quelle, vom Staate

geleistet werden müssen. Man wolle übrigens nicht glauben und mir die Absicht unterschieben, als beabsichtige ich in den einzelnen Gemeinden großartige Kranken-Institute zu gründen und die Gemeinden zu großen Ausgaben zu veranlassen. Nein, meine Ansprüche sind bescheiden, ich wünsche nur ein einfaches, den Bedürfnissen entsprechendes Haus, mit den nöthigsten Utensilien. Es ist auch keinesweges meine Absicht, den größten Theil der Kranken in diesen Anstalten zu versorgen; diese sollen nur dort aushelfen, wo der Arbeiter alleinsteht und die nöthige Pflege nicht anders finden kann.

Wenden wir dieses wiederum auf die bereits mehrmals angeführte Stadtgemeinde an, deren Kommunal-Haushaltungs-Stats sich jährlich auf 12,000 Thlr. beläuft. Der ganze Zuschuß aus der Communal-Kasse zur Armenkasse beträgt jährlich 1155 Thlr. und der zum Arbeiterversorgungs-Institute zu leistende Beitrag würde mithin in den 10 ersten Jahren seiner Existenz 385 Thlr. ausmachen, und allmählich bis zum vollen Betrage von 1155 Thl. jährlich steigen.

Der von der Armen-Verwaltung zur Unterstützung der Armen verwendete Gesamtbetrag erreichte im verflossenen Jahre die Summe von 2151 Thlr. 19 Sgr., und die Einkünfte des Armenfonds außer dem obengenannten aus der Stadt-Kasse erhaltenen Betrage von 1155 Thlr., würden aus den geleisteten Grundrenten, Pachtgeldern, Stiftungen, Zinsen von Activ-Kapitalien ic. circa 1000 Thlr. jährlich betragen. Auch von diesem Betrage würde  $\frac{1}{3}$  zum Arbeiter-Versorgungs-Institute mit 333 Thlr. hinzukommen und nach der oben bemerkten Frist der ganze Betrag zum Arbeiter-Versorgungs-Institute verwendet werden, so daß nach Ablauf von 20 Jahren, die von der Gemeinde zu leistenden Zuschüsse den vollen Betrag von 2151 Thlr. ausmachen.

Ein in dieser Stadt bestehender Kranken- und Frauen-Verein unterhält in einem gemietheten Lokale ein Krankenhaus, in welchem 3 barmherzige Schwestern die Pflege besorgen, größtentheils durch freiwillige Gaben und durch die für Pflege der zahlenden Kranken geleisteten Beiträge. Dieser Krankenverein würde seine Wirksamkeit im Interesse des Arbeiter-Versorgungs-Instituts fortsetzen und den alleinstehenden Arbeitern die Aufnahme in die Kranken-Anstalt gestatten und hierzu um so mehr im Stande sein, wenn die Zahlung für die Verpflegung der erkrankten und in die Anstalt aufge-



nommenen Arbeiter, nach den ortsüblichen Sätzen, von der Arbeiter-Versorgungs-Kasse erfolgte.

In solchen Fällen, wo in einem Kreise, oder in einem Bezirke von mehreren Arbeiter-Districten noch kein besonderes, sei es eigenes oder gemiethetes Krankenhaus bestände, würden die Gemeinden die Verpflichtung übernehmen, für die Einrichtung eines solchen Sorge zu tragen. Uebrigens würde zu diesem Ende keineswegs der Neubau eines förmlich eingerichteten Krankenhauses erforderlich sein. So wie man überhaupt im Leben seine Ansprüche den Verhältnissen accomodiren muß, wenn man überhaupt zum Ziele gelangen will, so würde dieses auch hier sehr zu berücksichtigen sein, namentlich in solchen Fällen, wo die Mittel beschränkt sind. In jedem Falle ist ein kleiner Anfang besser als keiner; denn manches große und prachtvolle Werk, welches wir bewundern, hatte seinen Ursprung in einem sehr kleinen Anfange. Namentlich findet dieses bei Wohlthätigkeits-Anstalten seine Anwendung; es ist, als wenn der Segen des Himmels ganz besonders auf ihnen ruhe. —

#### **IV. Quelle. Bestehend in den vom Staate geleisteten Zuschüssen und gewährten Protectionen.**

Wir wären somit zu jener Fundationsquelle des Arbeiter-Versorgungs-Instituts gelangt, welche als die Ergänzungsquelle der Gesamtfundation zu betrachten ist, und welche wohl nicht anders als auf das Staatsvermögen verwiesen werden kann. Dieser Rückhalt, welchen der Staat bildet, ist sehr wesentlich, weil nur hierdurch das Institut die nöthige Garantie erlangt und ohne diese Succurenz weder die vorhandenen Fonds mit Nutzen verwendet, noch die projectirten Affekurationen gesichert daständen, und ohne welche die freien Ausflüsse der öffentlichen Wohlthätigkeit auf die Dauer stocken würden.

Man hat früher den Grundsatz aufgestellt und auch vielfach festgehalten, daß sich Wohlthätigkeits-Einrichtungen und Anstalten ohne Beihülfe von Seiten des Staats, lediglich durch sich erhalten sollen. Ein Grundsatz, der gewiß in vielen Fällen richtig, aber doch durchgängig nicht befolgt worden ist, und auch nicht immer befolgt werden kann und darf. Die strenge Befolgung dieses Grund-

sages schließt eine Unbilligkeit, ja vielleicht eine Ungerechtigkeit in sich; denn der größten Noth und Armuth auf der einen Seite, entspricht das größte Bedürfniß zu deren Abhülfe von der andern Seite, und der vorhandene Mangel würde nicht in solchem Grade existiren, wenn die örtlichen und gewöhnlichen Mittel hinreichten, diesen Mangel zu beseitigen, und so wird nie eine Abhülfe eines derartigen Zustandes zu erwarten sein, wenn nicht außergewöhnliche Unterstützung und Hülfe vom Staate erfolgt; denn vereinzelte Zuschüsse einzelner Privaten und Particuliers, werden wohl kaum das Gesamtbedürfniß decken können. So verhält es sich auch mit den Arbeiter-Versorgungs-Instituten in armen Gemeinden und Districten. Wie würde es nämlich solchen Gemeinden ergehen, wo die aufzubringenden Fonds einmal nicht hinlänglich vorhanden sind und auch nicht zureichend gemacht werden können, um das ganze Bedürfniß und nicht einen Theil desselben zu befriedigen? Wie würde es bei verheerenden Epidemien in einer Gemeinde ergehen, wo das Institut durch geringe Mittel begründet ist? Das Bedürfniß einzelner Arbeiter würde befriedigt werden können, das der Mehrzahl nicht. Fehlte hier der Succurs des Staats, so würde das Institut zerfallen, aber die Verpflichtung des Staats, diesen Unglücklichen zu helfen würde bleiben und vielleicht diesem allein anheimfallen.

Das Ansuchen, welches ich dem Staate mache, die Ergänzungssumme, welche an einzelnen Orten und unter ungünstigen Verhältnissen eine *Conditio sine qua non* ist, für das Arbeiter-Versorgungs-Institut zu übernehmen, ist keine unbedingte Hinweisung auf das Staatsvermögen. Dieser Zuschuß aus der Staats-Kasse soll nur da geleistet werden, wo trotz aller getroffenen Vorkehrungen, das Arbeiter-Versorgungs-Institut irgend eines Districts nicht hinreichende Mittel findet, alles das zu leisten, was die Vorschriften der Zweckmäßigkeit verlangen.

Diese Uebernahme der Ergänzungsfundation ist übrigens für den Staat keineswegs eine neue Last, wie wir bereits angedeutet haben. Der Staat hat ja doch die Verpflichtung, in solchen Fällen, wo die Gemeinde- und Privatmittel nicht ausreichen, der Noth und dem Elend abzuhelpen, und würde auf diese Weise mit weit geringeren Mitteln und Opfern seiner Verpflichtung genügen,

als in solchen dringenden Fällen, wo er gleichsam gezwungen wird, die Abhülfe allein zu übernehmen. Diesemnach wäre also die Uebernahme des Ergänzungsfonds von Seiten des Staats nicht drückend, zumal der Staatsgewalt ganz besonders Mittel zu Gebote stehen, sich diese Verpflichtung zu erleichtern. Der Staat lernt, und dieses möchte ich besonders hervorheben, durch das Arbeiter-Versorgungs-Institut die Verhältnisse der Arbeiter einer Gegend genau, bis zum einzelnen Arbeiter hin, kennen und wird hierdurch in Stand gesetzt, durch zweckmäßig gewählte Anordnungen, Wege und Mittel an die Hand zu geben, welche Arbeitsamkeit und Industrie fördern. Und so kann es der Staat dahin bringen, daß seine Beihülfe zum Arbeiter-Versorgungs-Institute wohl nie, oder nur vorübergehend in Anspruch genommen werde. Zudem liegt es ja nur in der Gewalt des Staats, kraft der ihm zustehenden Gesetzesmacht, solche Maßregeln in Anwendung zu bringen, welche den Bedürfnissen und Zeitverhältnissen entsprechen.

Ich glaube, daß die genaue Erkenntniß und Einsicht der Arbeiterverhältnisse im ganzen Staate, in jedem Districte, in jeder Gegend desselben, gegenwärtig höchst wichtig ist, und daß dieser Zweck allein schon hinreichend ist, den Staat zu außergewöhnlichen Mitteln zu veranlassen. Die Diagnose eines Krankheitszustandes ist das erste und wichtigste Erforderniß zu deren Heilung, die Erkenntniß des leidenden Zustandes eines großen Theils von Staatsbürgern, ist ebenso das erste Requisit zu deren Beseitigung und Hebung. Die Ernennung irgend einer zu diesem Behufe zusammenberufenen Commission und einige schöne Berichte und Vorschläge werden aber die Sache nicht allein ausmachen. Es muß gehandelt werden.

Wenn ich also auf diese Weise den Staat als Garanten des Arbeiter-Instituts und denselben zur Ergänzung der Fonds unter ungünstigen Verhältnissen eines Arbeiter-Districts, in Anspruch nehme, so sind dieses Forderungen, welche sich sehr wesentlich von jenen unterscheiden, welche in der neuesten Zeit, zur Unterstützung der Arbeiter, an den Staat gerichtet sind. Ich verlange keine Millionen zur Abhülfe eines vorübergehenden, gegenwärtig zwar drückenden Zustandes. Ein Mittel, welches sehr zweifelhaft ist,

und gefährlich in seinen Folgen sein kann, indem dadurch später vom Staate noch dringender und vielleicht noch größere Opfer verlangt werden, denn dieser erste Wille würde sicher nach mehr schmecken. Meine Absicht ist nicht, vorübergehend zu beruhigen, sondern den Zustand radikal zu heilen und zwar mit weniger kostspieligen Mitteln, als die Palliativ-Cur verlangt.

Ich kann also diesennach wohl annehmen, daß der Staat die Garantie des Arbeiter-Versorgungs-Instituts durch die Verpflichtung zur Ergänzungsfundation übernehme; ich setze dieses wenigstens voraus.

Eine andere Forderung, welche an den Staat erginge, welche er aber ohnehin für sich in Anspruch nehmen würde, wäre die Uebernahme der oberen Leitung des Instituts. Abgesehen davon, daß dem Staate schon wegen der übernommenen Garantie des Instituts, die obere Leitung zusteht, so wäre dieses auch, aus manchen, nicht sehr schwierig aufzufindenden Gründen, im Interesse des Instituts sehr nothwendig.

Nicht ohne Absicht habe ich von der vom Staate übernommenen oberen Leitung der Arbeiter-Versorgungs-Institute gesprochen und verstehe hierunter:

1) Die oberste Leitung des Gesamt-Instituts in Bezug auf Einrichtung und Anordnung im Ganzen, so wie der Bestimmungen und Verpflichtungen im Einzelnen.

2) Verstehe ich ferner darunter die obere Aufsicht und Leitung der einzelnen Institute in den Arbeiter-Districten, mit der Verpflichtung der freien Verwaltung der Geschäfte im Allgemeinen, und der Einnahme und Ausgabe der zum Arbeiter-Unterstützungsfonds, oder von demselben, geleisteten Beiträge. Es würde zu diesem Behufe keineswegs nothwendig sein, besondere Verwaltungs- und Kassenbeamte für die Arbeiter-Institute anzustellen; denn hierdurch würde die Sache überhaupt schon zu kostspielig und complicirt, und bekäme einen heut zu Tage wenig beliebten Zuschnitt. Die Verwaltung sei möglichst einfach und werde, soviel es geschehen kann, den theilhaftigen Arbeitern selbst überlassen, und einer der vom Staate, oder der Commüne besoldeten Kassenbeamten übernehme gleichzeitig die Rendantur der Arbeiter-Versorgungs-Kasse, jedoch unter denselben Verpflichtungen dem Institute gegenüber, wie jede

öffentliche Kassenverwaltung. Der Staat erhält hierdurch die nöthige Kenntniß von dem Arbeiter-Versorgungs-Institut im Allgemeinen und von dem Stande eines jeden einzelnen Instituts.

Für die Arbeiter sowohl, wie auch für die Wohlhabenden, welche ihre Beiträge zum Institute leisten, würde die obere Leitung und Verwaltung des Staats das nöthige Zutrauen über die gerechte und beste Verwendung der Fonds bewahren, was für die Existenz und Erhaltung des Instituts als bedingend anzusehen ist. Ueber die innere Einrichtung und Theilnahme an der Verwaltung von Seiten des Arbeiter-Personals, werden wir später reden.

3. Es ist nothwendig, daß solche Einrichtungen im Staate, welche das Interesse jedes einzelnen Staatsbürgers berühren, sämtlichen Pflichten auferlegt, und nur einem Theile den Genuß gewisser Rechte zuerkennt, es ist nothwendig sage ich, daß diese Staatseinrichtungen des Schutzes und der Kraft des Gesetzes bedürfen, und ohne diese weder ins Leben treten, noch dauernd bestehen können. Zu einer solchen Staats-Einrichtung würde das Arbeiter-Versorgungs-Institut gehören und also ohne Garantie der Gesetze nicht existiren können. Und dieserhalb würde an den Staat noch eine dritte Forderung bei Gründung der Arbeiter-Institute ergehen, nämlich: im Interesse des Instituts solche gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, in welchen die Verpflichtungen der einen Seite und die Berechtigungen der anderen, sich friedlich gegenüberstehen, und weder die Verpflichteten noch die Berechtigten Ursache haben, sich über zuviel oder zu wenig zu beklagen.

Wir begnügen uns mit diesen kurzen Andeutungen über die Theilnahme des Staats an der Fondirung und Verwaltung des Arbeiter-Versorgungs-Instituts, indem es wohl kaum unsere Absicht sein kann, irgend Vorschläge zu machen, welche einem Verwaltungs-Reglement ähnlich sehen.

---

Wiederholen wir nun zum Schlusse dieses Abschnitts die aus den verschiedenen Fundations-Quellen des Arbeiter-Versorgungs-Instituts sich ergebenden Beträge, so würde sich in meinem jetzigen Aufenthaltsorte, welchen ich bei der Angabe der einzelnen Beträge

und Berechnungen zum Beispiel gewählt hatte, folgendes Resultat herausstellen:

**I. Extraordinärer freiwilliger Beitrag zur  
Gründung des Arbeiter-Fonds:**

1) von Seiten der Wohlhabenden . . . 885 Thl. 15 Sgr.

**II. Jährliche, laufende Beiträge:**

1) An Zinsen aus dem Activ-Kapital, welches zur Gründung des Fonds angelegt wurde . . . . . 35 Thl. — Sgr.

2) regulirter Beitrag der Arbeiter . . . 849 „ 18 „

3) jährlicher Beitrag von den wohlhabenden Ständen,  $\frac{1}{2}\%$  des steuerbaren Einkommens . . . . . 536 „ 8 „

4) freiwillige Gaben desselben Standes . . . 500 „ — „

5) Zuschuß aus der Gemeinde-Kasse . . . 718 „ 10 „  
(bis 2154 Thl. 19 Sgr.)

7) Ergänzungs-Zuschuß von Seiten des Staats im Falle des Bedürfnisses. . . — „ — „

Also wäre die Einnahme des ersten Jahres . . . 2639 Thl. 6 Sgr.

Dieser Betrag von 2639 Thl. 6 Sgr. würde nun wohl, so glauben wir, für den Bezirk, für welchen er berechnet ist, dazu hinreichen, das Loos des hilfsbedürftigen Arbeiters nicht allein zu erleichtern, sondern demselben auch eine Garantie für seine eigene und der Seinigen Existenz in den Tagen der Arbeitsunfähigkeit gewähren.

Bei billigen und nicht zu hoch gestellten Ansprüchen würde der Arbeiter Sicherheit gegen alle jene Schicksale im Leben erhalten, welche ihm bisher mangelte, welche ihn aber jedenfalls, wenn er überhaupt über seine Lage und seine Zukunft nachdachte, mit trüben Gedanken und düsteren Ausichten auf die kraft- und gewinnlosen Jahre des Alters erfüllen mußte. Wir sagen bei billigen Ansprüchen, und müssen dieses ganz besonders auf die erste Zeit nach Gründung des Instituts anwenden. Der Gesamtfonds muß mit weiser Sparsamkeit verwaltet und hierdurch eine Vergrößerung des Fonds durch Capitalisirung erzielt werden, ohne daß

Sparſamkeit in Knickerei übergeht. „Sparſamkeit in der Jugend trägt doppelte Zinſen im Alter.“ Was hier vom Leben eines Menſchen geſagt iſt, findet auch ſeine völlige Anwendung auf das Gedeihen eines Inſtituts, welches mit den Wechſelfällen des Lebens gleichen Schritt hält, von dieſen bedingt wird, aber auch auf dieſe bedingend einwirkt.

Im nachfolgenden Abſchnitte werden wir nun dieſenigen Verhältniſſe im Leben eines Arbeiters zur Sprache bringen, welche denſelben beſonders drücken und in Elend verſetzen können, und deſhalb Abhülfe erheiſchen, und durch ein Arbeiter-Vorſorgungs-Inſtitut beſeitigt werden können.

## V.

### Art und Weiſe der Arbeiter-Vorſorgung, ihr Bedürfniß und ihre Ausdehnung.

Die Bedürfniſſe der Menſchen ſind nach den ſocialen Lebenslagen ſehr verſchieden, und dieſe Lebenslagen wiederum unendlich wandelbar. Zur Befriedigung dieſer Bedürfniſſe gab Gott dem Menſchen die Erde. „Gott hat dem Menſchen die Erde gegeben,“ ſagt ein großer Redner unſerer Zeit,\*) „und mit der Erde eine Thätigkeit, die ſie für ſeine Bedürfniſſe fruchtbar und folgsam macht. Dieſes urſprüngliche Geſchenk ſtellt zu Gunſten des menſchlichen Geſchlechts einen doppelten Beſitzſtand feſt, den Beſitzſtand des Grundes und Bodens und den Beſitzſtand der Arbeit.“ Wo nun aber beide Beſitzſtände, ſage ich, fehlen, wo der erſte für einen Menſchen nie vorhanden, der zweite aber entweder durch

\*) Lacordaire am 18. Januar 1846.

Krankheit oder die Last der Jahre für ihn verloren gegangen war, — was bleibt ihm da? — Da bleibt ihm nur das göttliche Recht, den Gnadenlohn für seine schweren Arbeiten zu verlangen und zwar seinen Antheil von der Erndte des Weizens, welchen Gott in das Herz des Reichen aussäete, oder es bleibt ihm, um es modern auszudrücken, die auf Gegenseitigkeit gegründete Verbindung zwischen Reichthum und Armuth.

Wie weit sollen sich aber nun diese Verbindlichkeiten zur Unterhaltung des Arbeiters erstrecken? Wohl mit Recht so weit, aber auch nicht weiter, als die billigen und gerechten Ansprüche und Bedürfnisse des durch Krankheit, Altersschwäche oder Tod unfähig gewordenen Arbeiters es erheischen.

Die Verhältnisse aber, in welchen der Arbeiter am meisten gedrückt, und nicht im Stande ist, seine eigenen Lebensbedürfnisse und den Lebensunterhalt seiner Familie zu schaffen und zu sichern, und welche deshalb einer besonderen Unterstützung und Abhülfe bedürfen, scheinen mir vor allen anderen folgende zu sein.

## **I. Der Arbeiter bedarf im Krankheitsfalle freie Cur und Arznei.**

Ich glaube nicht nothwendig zu haben, diesen im Interesse der Arbeiter gemachten Anspruch näher zu begründen. Ich glaube bereits im Vorhergehenden so viel hierüber gesagt zu haben, als hinreicht, um dieses als wahres Bedürfniß der arbeitenden Klasse einzusehen.

Dieser Wohlthat müssen sich sowohl die noch in kräftigen Jahren stehenden Mitglieder des Arbeiter-Versorgungs-Vereins, wie auch die arbeitsunfähigen Invaliden zu erfreuen haben. — Frauen und Kinder der Arbeiter können zu Lebzeiten dieser nur ausnahmsweise zu jener Wohlthat berechtigt erscheinen, und zwar nur dann, wenn es dem Arbeiter wegen ungünstiger Verhältnisse nicht möglich ist, diese Kosten durch eigene Mittel zu decken. Namentlich verdienen einzelne Fälle von langwierigen Krankheiten hiervon ausgenommen zu werden. Eben so haben auch Witwen



und Waisen von Arbeitern Anspruch auf diese Wohlthat, weil ihnen die Fähigkeit abgeht, die hierzu nöthigen Mittel auf andere Weise zu erlangen.

Mit Recht bleibt jedoch der Arbeiter von dem Genuße dieser Wohlthat ausgeschlossen, wenn er sich durch eigene Schuld, muthwillig oder durch Schlägerei in Krankheit gestürzt hat.

## II. Der Arbeiter bedarf im Krankheitsfalle eines Krankenlohns.

Seine eigenen, oft vermehrten Bedürfnisse, und der Unterhalt seiner Familie berechtigen ihn zu diesem Anspruche, und diese Forderung ist schon dadurch allein gerechtfertigt, weil der Arbeiter während der Zeit seiner Krankheit nicht im Stande ist, die Sorge für Nahrung und Existenz seiner Familie wahrzunehmen. Die Größe dieser Krankenlöhne muß im Verhältniß stehen zu dem vorhandenen Bedürfnisse und dem Arbeitslohne, oder zu dem vorhandenen Verdienste in gesunden Tagen; indem wir voraussetzen, daß hierdurch dem täglichen Bedürfnisse abgeholfen sei. Ob aber diese Krankenlöhne die Hälfte, oder  $\frac{3}{4}$  des täglichen Verdienstes ausmachen, würde sich vor Allem nach der Größe der vorhandenen Mittel richten müssen. Um aber hierdurch nicht zur Trägheit und zur Verstellung anzureizen, würde es jedenfalls rathsam sein, die Krankenlöhne niemals über  $\frac{3}{4}$  des täglichen Verdienstes zu erhöhen und festzusetzen, und auch diese nur in dem Falle zu bewilligen, wenn der behandelnde Arzt die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt.

## III. Der Arbeiter bedarf im Krankheitsfalle der unentgeltlichen Krankenpflege.

Vielleicht könnte diese Forderung übertrieben erscheinen, ich glaube jedoch, daß sich deren nothwendiges Bedürfniß für den Arbeiter bei einigem Nachdenken klar herausstellen wird. —

Eine gute Krankenpflege war bisher in kleineren Städten und auf dem Lande eine sehr seltene Erscheinung und der hierdurch

entstehende Mangel mag wohl keinem fühlbarer werden, als demjenigen Arzte, dessen Wirksamkeit auf den Bereich solcher Städte und Gegenden beschränkt ist. Der Arzt mag seine Pflichten noch so gewissenhaft erfüllen, die Anordnungen auf Wartung und Pflege der Kranken noch so genau angeben: so werden die Kranken dennoch, sei es aus Unkenntniß, aus Gleichgültigkeit, oder aus unzeitigem Mitgefühl den Forderungen des Kranken nachzugeben, nur zu oft schlecht gepflegt, und der Arzt sieht manchen hinscheiden, bei dem er die Zweifel nicht unterdrücken, bei dem er sich des Geständnisses nicht vorenthalten kann; „vielleicht, oder wahrscheinlich wäre jener „Kranke bei besserer Pflege erhalten.“ Wird dieses harte Urtheil auch in den seltensten Fällen, aus Rücksicht, nicht ausgesprochen, so wird es doch häufiger gedacht. Wohl jeder längere Zeit auf dem Lande und in kleineren Städten beschäftigte gewesene Arzt kann hierfür Belege aus seiner Praxis angeben und die Wahrheit des Gesagten bezeugen. Am häufigsten finden nun aber diese Mißstände in den niederen Volksklassen, bei armen Kranken Statt. Bei ihnen fehlt ja Alles, also auch die Pflege. Und dieses Verhältniß ist es, welches unser Mitleid doppelt in Anspruch nimmt und dringend an Abhülfe mahnt.

Das Bedürfniß einer besseren Krankenpflege, so wie der Krankenpflege überhaupt, ist übrigens nicht bloß unserem, mitunter etwas empfindsameren, erregbaren und mitfühlenden Jahrhunderte fühlbar geworden, sondern wir finden deren erkanntes Bedürfniß schon in den ersten Jahrhunderten klar ausgesprochen. Ich will nur an die durch Basilius, Bischof zu Caesarea, gegründete Basiliade (370 n. Ch.) erinnern, von der Gregor von Nazianz\*) sagt: „Hier ist es, wo man Krankheiten ohne Murren ertragen kann; wo man im Elend selbst nicht elend ist. Was wäre Theben mit seinen sieben Thoren gegen dieses Denkmal der Wohlthätigkeit; was wären hiegegen die Wunderstücke Aegyptens, die Mauern von Babylon.“

Ich brauche nur auf die durch Chrysostomus, Bischof zu Constantinopel, errichteten Hospitäler und dann auf die vielen

---

\*) Theolog. opp. ct. orat. 20. pag. 359.

Ordens-Institute hinzuweisen, welche vom 9. Jahrhunderte an diesen Zweck verfolgten. Ich brauchte unter den vielen nur einen Johannes von Gott, nur einen Bernhardin Obregon zu nennen, die Stifter von Krankenwärter-Instituten, welche sich über mehrere Welttheile erstreckten. Ich will auch nicht von den Hospitaliterinnen der Heiligen Elisabeth, nicht von dem Orden der Hospital-schwwestern von der christlichen Liebe H. L. Fr., gestiftet durch Franzisca de la Croix, auch nicht von dem Orden des Vincenz von Paula reden. Sie und ihr segensreiches Wirken sind zum größten Theil bekannt, denn sie wirken noch unter uns. — Genug, das Bedürfnis einer guten Krankenpflege hat man über 1500 Jahre empfunden, aber 1500 Jahre haben es noch nicht vermocht, solche Institutionen hervorzurufen, welche jenes Bedürfnis in der Gesamtheit zu decken vermögten. Ob es unserer Zeit gelingt? — Das ist eine andere Frage, die uns aber nicht abhalten soll, wenigstens nach dem Ziele zu streben.

Um aber die Nothwendigkeit einer Krankenpflege bei der arbeitenden Volksklasse einzusehen, will ich nur auf Eins aufmerksam machen. Wie viele Tausend armer Arbeiter, welche der Erwerb vom väterlichen Heerde trieb, mögen wohl fern von Vater, Mutter, Familie, ja wohl von Frau und Kindern, zwischen fremden Mauern auf dem Krankenlager liegen, und sterben? — Zwischen vier fremden Wänden, die nichts zu ihm und zu seinem bangen Herzen, als von Verlassenheit reden. — Man denke sich in seine Lage, zwischen vier fremde Wände, ohne Pflege, ohne Trost, ohne Hoffnung — Aug' in Auge mit dem Tode — und wer da des Dienstes der Krankheit und des Todes für ihn, nicht einsteht, der ist sehr zu beklagen; denn er gehört zu jenen von denen es heißt:

„Oculos habent et non videbunt,

„Aures habent et non audibunt.“

#### IV. Der Arbeiter bedarf einer Unterstützung zur Erziehung der Kinder.

Es lohnt nicht der Mühe, die Nothwendigkeit eines angemessenen Schulunterrichts und einer passenden Erziehung für die

Kinder der arbeitenden Klassen zu beweisen. Ein angenommener Satz, der eines Beweises nicht bedarf. Wohl aber möchte es der Mühe lohnen, einige Worte über die Last und Beschwerden zu sagen, welche für den Arbeiter damit verbunden sind, die Unterrichtskosten zu bestreiten. Es ist eine ziemlich bekannte Sache, daß vorzugsweise die arbeitenden Klassen mit Kindern gesegnet sind. Ohne uns auf Erörterung der Gründe einzulassen, wollen wir uns mit der Thatsache begnügen. Durch diesen Segen des Himmels kommt es nun, daß ein Arbeiter oft 4 bis 5 Kinder zu derselben Zeit in die Schule schicken muß und daß sich diese Zahl der schulpflichtigen Kinder beinahe konstant in den mittleren Jahren des Arbeiters gleich bleibt. Die Unterrichtskosten eines Kindes betragen aber nun nach den hierorts üblichen Verhältnissen, wo das Schulgeld nach der Zahl der Schulpflichtigen ohne Unterschied erhoben wird und nur bei verhältnißmäßig steigender Zahl der Kinder fällt, jährlich durchschnittlich:

a. an Schulgeld . . . . . 1 Thlr. 27 Sgr.

b. an Büchern, Schreibmaterialien u. . . . . — „ 25 „

und auf 4 schulpflichtige Kinder eines Arbeiters 10 Thlr. 28 Sgr. Ein gewiß nicht unerheblicher Betrag bei einer Einnahme von 100 bis 200 Thlr.; ein Betrag, welchen ein Arbeiter unter gewöhnlichen Verhältnissen kaum zu erschwingen im Stande ist, und welches dann zur Folge hat, daß er diesen Betrag auf irgend eine Weise anleihen muß und sich so in drückende Schulden stürzt, wie ich leicht durch Beispiele belegen könnte.

Da ich nun einmal so zu sagen zufällig auf die Schulgelder zu sprechen komme, so erlaube ich mir beiläufig eine Bemerkung. Ich bin der Meinung, daß die bisher, wenigstens hier zu Lande, bestehende Vertheilung des Schulgelds nach Köpfen der Schulkinder, nach einem unrichtigen Maaßstabe stattgefunden hat und noch stattfindet. Nicht der Kopf des Kindes sollte hier allein entscheiden, sondern gleichzeitig wäre das Vermögen des Vaters mit in Anschlag zu bringen. Ein Maaßstab, der bei allen Steuerverhältnissen, wenn auch bisher noch in unzureichender Weise angelegt ist, und da gesetzlich Schulzwang besteht, auch bei den Unterrichtskosten

angelegt werden muß. Durch das Allgemeine Land Recht\*) ist auch bereits bestimmt, daß die Beiträge zu Schulen von sämtlichen Hausvätern nach Verhältniß ihrer Besitzungen und Nahrung billig vertheilt werden sollen. Es ist wahrhaft zu wundern, daß bei diesem bereits bestehenden Gesetze die Vorstellung der großen Bauern auf dem Westphälischen Landtage es durchzusetzen wußten, daß das nach der Kopfszahl der schulpflichtigen Kinder bestimmte Schulgeld aufrecht blieb und beibehalten wurde. Ein Beschluß der sicher im Wiederholungsfalle umgestoßen würde.

Ich glaube diesen Principien gemäß keine unbillige Forderungen zu stellen, wenn ich für die arbeitende Volksklasse einen Nachlaß von der Hälfte des ortsüblichen Schulgelds in Anspruch nehme. Dieser Betrag soll alsdann aus der Arbeiter-Unterstützungs-Kasse bezahlt und nicht von den Einzelnen erhoben werden. Ich hoffe, daß die Schulmänner mit diesem Vorschlag übereinstimmen, zumal, wenn das Defizit durch die Eltern der wohlhabenden Schulkinder gedeckt wird.

Die Höhe dieser Unterstützung zum Unterricht würde sich vor Allem nach dem Stande der Arbeiter-Versorgungskasse, ferner nach der Zahl der schulpflichtigen Kinder eines Arbeiters und nach der Höhe des ortsüblichen Schulgeldes richten. Die zum Schulunterricht nöthigen Hilfsmittel, als Schulbücher, Schreibmaterialien, wären gleichfalls von der Vereinskasse zu bestreiten.

## **V. Der Arbeiter bedarf im Falle der Arbeitsunfähigkeit eines Gnadenlohns für sich, im Falle des Todes eines Gnadenlohns für seine Hinterbliebenen.**

### **a. Gnadenlohn für invalide Arbeiter.**

Es ist recht und billig, daß der durch Alter, Krankheit, oder körperliche Beschädigung arbeitsunfähig gewordene Arbeiter einen Lohn für seine geleisteten Dienste erhalte. Die Natur selbst

---

\*) Allg. L. R. II. 12. § 31.

weist ihn auf diesen Gnadenlohn hin, denn die eigene Kraft ist verbraucht und versiegt, und nur durch fremde Hülfe kann das Leben noch gefristet werden. —

Die Dienste, welche die einzelnen Staatsbürger dem Staate leisten, sind sehr verschieden, aber noch verschiedener die Belohnungen für diese Dienste und Verdienste. Ich will hier nicht darüber rechten, welcher Stand der bevorzugte ist, welcher Stand auf Kosten anderer vorzugsweise belohnt erscheint; ich will hier nur davon reden, daß es nicht billig ist, einen Arbeiter, der sein Brod mühsam verdient, der dem Staate seine Dienste geleistet, der allen an ihn ergangenen Anforderungen, sofern es ihm möglich war, genügt hat, es ist unbillig, sage ich, daß man diesen von dem Genuße einer Wohlthat ausschließt, an welche jeder treue Arbeiter seine Ansprüche haben sollte. Dieser berechnigte Anspruch beruht in dem Lohne für die geleistete Arbeit. Ich glaube, daß man auch für die Glieder der arbeitenden Klasse Vorkehrungen hätte treffen, Institute hätte gründen sollen, um ihnen die Jahre, von denen sie sagen, „sie gefallen mir nicht,“ zu erleichtern und sie vor Noth und Elend zu schützen. Großer Invaliden-Häuser eines Palais royal bedarf es hierzu nicht.

Arbeitsunfähigkeit und Sterblichkeit eines Standes richten sich durchschnittlich und in der Regel nach dem Verbräuche der Kräfte, seien es körperliche oder geistige, oder beide zusammen; letztere sind in Bezug auf Abnutzung der Lebenskräfte, die ungünstigsten Fälle. Von diesen später. Nach den ausgezeichneten Forschungen und Berechnungen über die wahrscheinliche Lebensdauer des Menschen von Casper\*) und den Untersuchungen von Villermé\*\*) ist es klar dargethan, daß Wohlhabenheit und Armuth sehr viel zur Befestigung oder Untergrabung der Gesundheit beitragen und daß Armuth eine der wichtigsten Ursachen zur Verkürzung, Wohlhabenheit umgekehrt zur Verlängerung der Lebensdauer sei. In

\*) Joh. Ludw. Casper Beiträge zur medizinischen Statistik und Staatsarzneikunde B. II. die wahrscheinliche Lebensdauer des Menschen.

\*\*) Villermé de la taille de l'homme en France in den Annales d'Hygiène. B. I. S. 351. 2c.

welchem Stande würde diesemnach wohl zuerst Arbeitsunfähigkeit eintreten? Unstreitig wohl bei dem Handarbeiter. Ich rede hier von der Regel und nicht von den Ausnahmen. Stellen wir nun diesem Arbeiter einen Soldaten im Frieden gegenüber. Wie ungleich stellt sich hier der Verbrauch der Kräfte. Jenem Arbeiter gegenüber: ist der Verbrauch der Kräfte des Soldaten beinahe = 0 zu setzen. Aber wie ungleich stellt sich erst die Belohnung für die geleistete Arbeit. Der Soldat mit dem vollen Besitze seiner Kräfte ist nach zwölfjähriger Dienstzeit civilversorgungsberechtigt, und der von der Arbeit reife, von dem Alter geschwächte Arbeiter erhält nach 40 bis 50 jähriger Arbeit — Nichts. Ein Exempel nach umgekehrtem Verhältniß. Ich könnte der Parallelen noch mehr hierhersehen, doch Exempel sind mitunter odios. Was bleibt aber einem solchen Arbeiter übrig? — Er darf nach 50 jähriger Arbeitszeit nicht einmal betteln; denn dieses ist, mit Recht verboten. Wohl ihm, wenn er alsdann einen verheiratheten Sohn, eine Tochter hat, welche noch so viel Liebe und Anhänglichkeit besitzen, ihn zu pflegen und zu unterstützen.

Man könnte mir freilich entgegnen, aber wozu sind denn die Armen-Kassen? — Freilich, würde ich sagen, ein refugium, welches den armen, aber auch bis zur letzten Kraftäußerung arbeitsunfähigen Arbeiter vor dem Hungerstode schützt, aber kein Institut, welches ihn für seine langjährigen schweren Arbeiten belohnt. Wer diese Armen-Institute, die ich aber keineswegs verachten will, genauer kennt, wird mir hierin vollkommen beipflichten. Der Arbeiter erkennt dies wenigstens, und so lange er noch nicht durch den Hunger und die äußerste Noth gebeugt ist, ist es ihm zuwider, einem Institute zur Last zu fallen, welches die Beseitigung des größten Elends, ohne Unterschied der Person, zum Ziele hat; welches aber kein Institut zur Versorgung invalider Arbeiter ist, kein Institut, zu dessen Begründung er in Tagen der Kraft und Gesundheit zu diesem Zwecke beigesteuert hat. — Auch der Arbeiter hat seine Begriffe von Ehre und Würde.

Diesemnach sei der invalide Arbeiter berechtigt, einen Gnadenlohn, nach Maßgabe seiner Arbeitszeit und nach der ununterbrochenen Beitragsleistung zum Arbeiter-Unterstützungsfonds in Anspruch zu nehmen. Dieser Invalidenlohn kann verschieden sein

nach der Klasse und der Arbeitszeit. Ich würde zu dem Ende den Vorschlag machen, den Lohn etwa in folgender Art zu bestimmen:

in der I. Klasse

erhält der Arbeiter bei einer Arbeitszeit

	über 30 Jahre monatlich	— 3 Thlr. 15 Sgr.
von 25—30	" "	— 3 " 5 "
" 20—25	" "	— 2 " 25 "
" 15—20	" "	— 2 " 10 "
" 10—15	" "	— 2 " 5 "
" 1—10	" "	— 1 " 25 "

in der II. Klasse

erhält der Arbeiter bei einer Arbeitszeit

	über 30 Jahre monatlich	— 2 Thlr. 25 Sgr.
von 25—30 Jahren	" "	— 2 " 15 "
" 20—25	" "	— 2 " 5 "
" 15—20	" "	— 1 " 25 "
" 10—15	" "	— 1 " 15 "
" 1—10	" "	— 1 " 5 "

in der III. Klasse

erhält der Arbeiter bei einer Arbeitszeit

	über 30 Jahre monatlich	— 2 Thlr. 10 Sgr.
von 25—30 Jahren	" "	— 2 " — "
" 20—25	" "	— 1 " 20 "
" 15—20	" "	— 1 " 10 "
" 10—15	" "	— 1 " — "
" 1—10	" "	— — " 20 "

b. Gnadenlohn für Witwen.

Wenn ein Arbeiter mit Hinterlassung einer Witwe stirbt, so sei diese berechtigt, einen Witwen-Gnadenlohn für sich in Anspruch zu nehmen, wenn andershin der verstorbene Ehegatte seinen Verpflichtungen als Arbeiter-Vereinsmitglied nachgekommen ist.

Diese Forderung für die Witwen hat denselben rechtlichen und billigen Grund, wie der Gnadenlohn des arbeitsunfähigen Arbeiters. Die Witwe eines Arbeiters hat ihre Stütze verloren, ihre Nahrungsquelle ist versiegt, sie hat mithin aus Rechts- und



Willigkeitsgründen und Rücksichten einen Anspruch auf den Nießbrauch eines Vermögens, zu welchem ihr verstorbener Mann beige-steuert hat. Hierüber wollen wir also keine Worte verlieren. —

Bei dieser Gelegenheit aber möchte ich einen Gegenstand zur Sprache bringen, welcher nicht für den Arbeiter-Versorgungs-Verein, sondern für den ganzen Staat von Wichtigkeit sein kann.

Um das Arbeiter-Versorgungsinstitut gegen verschiedene Mißbräuche zu sichern, und die Interessen dieses Vereins gegen Nachtheile zu schützen, würde es nothwendig sein, die Heirathen der Arbeiter irgend einer Controle zu unterwerfen. So könnte z. B. die Heirath eines 50 bis 60 Jahre alten Arbeiters mit einem jungen 20 jährigen Mädchen, wo das baldige Ableben des ersten und die langjährige Pensionirung der letzten zu besorgen wäre, im Interesse des Arbeiter-Instituts nicht gebilligt werden. Eben so wäre sehr zu befürchten, daß ein junger Mann von 18, 20 bis 25 Jahren, welcher heirathet, sehr wahrscheinlich nach einiger Zeit entweder selbst, oder dessen Frau und Kinder dem Institute zur Last fallen.

Um den Verein vor diesen Nachtheilen zu schützen, wären gesetzliche Bestimmungen zu treffen, welche diese Nachtheile für das Institut verhüteten.

Ich weiß nun zwar wohl, daß man in unserer Zeit gegen nichts empfindlicher ist, als gegen jede Beschränkung des Handelns, indem man darin eine Beschränkung der Freiheit des Menschen zu erblicken glaubt; ich weiß aber auf der andern Seite eben so gut, daß das willkürliche Zuwiderhandeln gegen die Naturgesetze keine Freiheit ist, sondern Unfreiheit oder Sklaverei nach sich zieht. „Zu viel Recht ist Unrecht“ und zu viel Freiheit beschränkt dieselbe. Ich halte deshalb Vorschriften und gesetzliche Bestimmungen, welche Mißgriffe gegen die Gesetze der Natur verhüten sollen, nicht für eine Beschränkung, sondern für eine Bewahrung und Sicherstellung, ja für einzelne Individuen sogar für eine Erweiterung der Freiheit. Ich würde dieses namentlich auf gesetzliche Bestimmungen über die Zeit zum Heirathen im Allgemeinen und namentlich auf derartige Vorschriften für die Arbeiter-Klasse anwenden.

In den meisten Ländern bestehen Gesetze über die Zeit zum Heirathen. In Frankreich soll der Mann über 18, die Frau über 15 Jahre alt sein. In Preußen müssen die Männer das 18te, Frauenzimmer das 14te Jahr zurückgelegt haben, bevor sie heirathen können; jedoch finden Ausnahmen statt. \*) In Baden darf das männliche Geschlecht sich nicht vor dem 17. Jahre ehelich verbinden. \*\*) Im Allgemeinen kann man annehmen, daß diese Termine zu früh gesetzt sind. Mögen diese Termine auch für das südliche Frankreich, wo die Früchte früher reifen, passen, für das nördliche Frankreich, für Baden und namentlich für Preußen, passen sie nicht. Körperschwäche, früher Tod der Eltern und schwächliche Nachkommenschaft, sind die Folgen zu früh geschlossener Ehen. Für Norddeutschland, wie für alle nördlichen Gegenden, wo bekanntlich die Pubertät sich viel später entwickelt, als in den heißen Zonen, würden jedenfalls die von Eufurg, der den Jünglingen die Heirath vor dem 37. Jahre verbot, oder die von Plato \*\*\* ) gegebenen Bestimmungen, welcher beim Manne das 30ste, beim Weibe das 20ste Jahr verlangt, weit angemessener und naturgemäßer erscheinen, als die oben angegebenen Bestimmungen; wiewohl ich keinesweges die von Eufurg und Plato gewählten Jahre, als die für unser Klima passendsten und am meisten naturgemäßen anempfehlen will.

Die Natur verlangt, oder sollte wenigstens beim Sohne des Nordens, die Vereinigung beider Geschlechter zur Fortpflanzung, als Hauptzweck der Ehe, †) nicht vor dem zurückgelegten 25. oder 26. Jahre verlangen. Und es würde deshalb ein Gesetz, welches die Heirath vor zurückgelegtem 25. bis 26. Jahre nicht gestattet, sehr zu billigen sein. Diesem terminus a quo könnte ein anderer terminus ad quem, im Alter etwa das 60., bei der Frau das 48.

\*) Allgem. Pr. Landrecht Th. II. Tit. 1. § 37. und Th. II. Tit. 1. § 1002.

\*\*) Willberg System der medizinischen Gesetzgebung 1820. S. 189.

\*\*\*) Plato de legibus Lib. V. u. VI.

†) Allgem. Landrecht f. d. Preuss. Staaten Th. II. Tit. I. § 1.

Jahr entsprechen. Eine zum Trost menschlicher Schwachheit, zu wechselseitiger Unterstützung \*) geschlossene Ehe, (sogen. *matri-monia virginea*, s. m. *ad mutuū adjutorium*) kann in medizini-scher Hinsicht nicht als wirkliche Ehe betrachtet werden und wäre nur ausnahmsweise, bei noch unerzogenen Kindern ic. zu gestatten. Die Folgen, welche hieraus für den Staat hervorgehen können, wären nicht unwesentlich. Daß ein solches Gesetz rückwirkend auf die Beschränkung des Proletariats und die allgemeine Verarmung, sowie auf übergroße Zunahme der Population, wie auch vortheilhaft auf die Erhaltung einer kräftigen, starken, mit Arbeitskraft ausgerüsteten Bevölkerung im Staate einwirken müsse, leuchtet ein. Es wird deshalb gewiß Jeder, der über die verschiedenen Ursachen des Proletariats nachgedacht hat, mit diesem Vorschlage übereinstimmen, wenn er auch an der Ausführbarkeit desselben zweifeln sollte. Diese ist aber, so glaube ich, durch die Arbeiter-Versorgungs-Institute möglich. Der Arbeiter-Versorgungs-Verein würde aus den genannten Gründen den Consens zu einer Berehelichung vor dem 25. bis 26. Jahre verweigern können, und bei einer Heirath eines Vereins-Mitglieds von 50—60 Jahren mit einer Frau, welche 15 und mehr Jahre jünger wäre, nur unter der Bedingung erteilen, daß beide Theile auf Gnadenlöhne aus der Vereinskasse und Unterstützung der in der Ehe zu erzielenden Kinder verzichten. Könnten alsdann beide Theile ihre und ihrer Kinder Existenz garantiren, so mögen sie die Verbindung auf eigene Gefahr unternehmen.

Hat ein Vereins-Mitglied diesen Bestimmungen nicht zuwidergehandelt, so soll im Ablebungs-falle desselben die hinterbliebene Witwe berechtigt sein, einen Gnadenlohn nach Maßgabe der Arbeitszeit des verstorbenen Gatten und der Arbeiter-Klasse, zu welcher derselbe gehörte, zu verlangen, und zwar in der

I. Klasse bei einer Arbeitszeit

von 30 Jahren und darüber per Monat — 1 Thl. 20 Sgr. 6 Pf.

von 25—30 Jahren „ — 1 „ 7 „ 6 „

---

\*) Th. II. Tit. 1. § 2.

von 20—25 Jahren per Monat — 1 Thl. 2 Sgr. 6 Pf.			
"	15—20	"	" — — " 27 " 6 "
"	10—15	"	" — — " 22 " 6 "
"	1—10	"	" — — " 17 " 6 "
in der II. Klasse bei einer Arbeitszeit			
von 30 Jahren und darüber per Monat — 1 Thl. 12 Sgr. 6 Pf.			
von 25—30 Jahren " — 1 " 7 " 6 "			
"	20—25	"	" — 1 " 2 " 6 "
"	15—20	"	" — — " 27 " 6 "
"	10—15	"	" — — " 22 " 6 "
"	1—10	"	" — — " 17 " 6 "
in der III. Klasse bei einer Arbeitszeit			
von 30 Jahren und darüber per Monat 1 Thl. 5 Sgr.			
von 25—30 Jahren " 1 " — "			
"	20—25	"	" — " 25 "
"	15—20	"	" — " 20 "
"	10—15	"	" — " 15 "
"	1—10	"	" — " 10 "

### c. Gnadenlöhne für die Waisen.

Wenn ein Arbeiter mit Hinterlassung von Kindern stirbt, und zu Lebzeiten seinen Verpflichtungen als Mitglied des Arbeiter-Vereins nachgekommen ist, so sollen die hinterbliebenen Kinder auf Unterstützung aus der Arbeiter-Vereins-Kasse Anspruch haben.

Dieser in Anspruch genommene Gnadenlohn für die Waisen bedarf wohl keiner Begründung.

Die hinterbliebene Witwe soll zur Verpflegung und Erziehung der Kinder ein monatliches Beihilfsgeld von 4 Sgr. von jedem Kinde erhalten und zwar von einem Knaben bis zum zurückgelegten 14ten und von einem Mädchen bis zum zurückgelegten 13ten Jahre. Ist aber auch die Mutter der Kinder gestorben: so wird vom Vereine für Erziehung und Verpflegung der Kinder gesorgt und zu diesem Zwecke ein monatlicher Betrag von 1 Thlr. für jedes Kind ohne Unterschied, bis zum 13ten resp. 14ten Jahre bezahlt.

Ich glaube nun im Vorhergehenden diejenigen Vorkommlichkeiten im Leben eines Arbeiters erwähnt zu haben, welche es vor andern vermögen, ihm drückend zu werden und ihn für kürzere oder längere Zeit in Noth und Elend zu versetzen. Es gibt auch noch andere Ursachen und Verhältnisse, welche im Stande sind, den Arbeiter und seine Familie sehr zu belasten, dahin gehören plötzliche Verluste, Unglücksfälle durch Brand, durch Wasserschaden u. s. w. Solche in dem Vorstehenden aufzuführen, glaubte ich deshalb unterlassen zu müssen, weil derartige Fälle nicht zu den vorzugsweise den Arbeiterstand treffenden und drückenden Schicksalen gehören. Da diese zu den außergewöhnlichsten Ereignisse zu rechnen sind, so glaubte ich schon deshalb keine Veranlassung zu haben, gegen derartige Möglichkeiten und Eventualitäten Vorschläge zu machen. Zumal der Augenblick bei derartigen Schlägen entscheidend wirkt und Mittel zur Erleichterung schafft, wo die bereits vom Staate und Privaten gegründeten Anstalten und Societäten verschiedener Art, nicht ausreichen, der augenblicklichen Noth abzuhelpfen.

Ich hätte unter den vorstehend aufgeführten, der Unterstützung bedürftenden, Vorfällen im Arbeiter-Stande auch noch den Tod und das Begräbniß aufführen können. Denn der alte Volkspruch „umsonst ist der Tod,“ hat nachgerade in unserer Zeit, viel von seiner Wahrheit verloren. Das Sterben ist heut zu Tage sehr theuer geworden, und doch gehört es nicht zu den im Preise gestiegenen Lebensbedürfnissen. Aber die Zeit hat auch noch viele Sterbebedürfnisse erfunden, dahin gehören schön beschlagene, schön gefirniste Särge, Leichengäste &c. &c. und diese Sterbebedürfnisse gehen in abnehmender, aber unverhältnißmäßiger Progression von dem Reichen bis zum Armen. Die Pietät gegen die Verstorbenen ist etwas schönes und edles, aber sie muß den Verhältnissen accomodirt sein und nicht in Ostentationsucht ausarten. Für solche Sterbebedürfnisse habe ich absichtlich das Arbeiter-Versorgungs-Institut nicht in Anspruch genommen. Bei den bereits in Vorschlag gebrachten Einrichtungen, würde es dem fleißigen Arbeiter nicht allein möglich, sondern auch ohne große Mühe erreichbar sein, die Kosten für ein anständiges einfaches Begräbniß, und auch noch etwas mehr zu erübrigen.

Die Forderungen, welche ich zur Beseitigung grade gegenwärtiger d. h. nicht in der jetzigen Zeit, sondern im Allgemeinen im Leben vorhandener Noth, und zur Abwendung nachfolgenden Druckes gestellt habe, sind, wie ich glaube, im Interesse der Arbeiter billig, und in Bezug auf den wohlhabenden Theil der Staatsbürger nicht unbillig. Sie unterscheiden sich von jenen in der jüngsten Zeit verschiedentlich, theils von Andern, theils von der arbeitenden Klasse selbst gemachten Forderungen sehr wesentlich. Diese waren und sind zum großen Theile so baroque, daß man sich mitunter kaum dazu überreden kann, daß sie im Ernste gestellt seien; welche aber in so fern nachtheilig sind, weil die Masse, leichtgläubig wie sie ist, geblendet durch Wilder der Phantasie, ein Phantom für wahr und bald erreichbar hält, dessen Realisirung eine Umgestaltung, nicht der Staaten, sondern der Weltordnung voraussetzt.

Ich habe mit Absicht auf den zweiten Besitz des Menschen, auf die „Arbeit“ so viel Gewicht gelegt, weil das Ansinnen mancher verblendeter, in ihren Ansichten radical verschrobener und vom richtigen Standpunkte entsetzter Köpfe, so weit geht, den Menschen, und namentlich dem Arbeiter diesen Besitz, wenn auch nicht zu rauben, doch zu schmälern und zum größten Theile zu entziehen, und ihm dafür einige Eufischlösser und Besitzungen im Monde zum Ersatz anbieten. — Im Buche der Wahrheit heißt es: „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Und dieser Satz findet in der That und auch mit Recht seine Anwendung, wo der Mensch willkürlich den Besitz der Arbeit aufgibt. Nur wo Krankheit, Alter, oder Tod diesen Besitz vorübergehend oder dauernd stören, da wünschte ich das Leben des Arbeiters gesichert und vor Elend geschützt zu sehen, und zwar durch ein Vermögen, welches durch eigene und mehr belohnte Arbeit Anderer erworben ist. — Nicht ohne tieferen Grund habe ich es verlangt, daß auch der Arbeiter selbst in Tagen der Kraft und Gesundheit zur Erwerbung dieses Vermögens beitrage. Hat man doch immer gesagt: „es schmeckt kein Brod besser, als was man selbst verdient habe.“ Und warum? — Weil es der Würde des Menschen zuwider ist, gleich einer Schmarogers-Pflanze, nur fremdes Brod zu essen, oder auf fremdem Boden zu wuchern. Diese Ehre und Würde will ich

dem Arbeiter verwalten, wenn ich ihn im Alter oder in der Krankheit von einem Kapitale zehren lasse, welches er mit Andern für sich und diese angelegt hat; er zehrt alsdann in den Tagen und Jahren der Arbeitsunfähigkeit von seinen Zinsen.

Ich gehe nun im nachfolgenden Abschnitte zu einer Vergleichung der Ausgabe zur Einnahme eines Arbeiter-Versorgungs-Instituts über und zwar in Bezug auf die Zahlen habe ich wiederum diejenige Stadt genommen, welche wir bei der Einnahme zum Beispiele ausgewählt hatten. Die angenommenen Verhältniszahlen können freilich nicht mit absoluter Bestimmtheit angegeben werden; da sie jedoch auf Erfahrungssätze gegründet sind, so läßt sich wohl das gewonnene Resultat als durchschnittlich normgebend annehmen.

## VI.

### Vergleichung der Ausgabe zur Einnahme bei einem Arbeiter-Versorgungs-Institute.

#### I. Cur- und Arznei-Kosten.

##### 1. Für ärztliche Behandlung.

In Bezug auf die ärztliche Behandlung bei einem Arbeiter-Versorgungs-Institute wäre wohl zuerst auf die Güte Rücksicht zu nehmen und die Behandlung der erkrankten Arbeiter, sowohl in einer Stadt, wie auch in einem Arbeiter-Districte auf dem Lande, ganzen Ärzten, welche auf der Höhe der umfangreichen medicinischen Wissenschaft stehen, zu übertragen. Dann aber wäre im Interesse des Arbeiter-Instituts einer Seits und der Ärzte anderer Seits, zweierlei zu berücksichtigen: 1. Die ärztliche Behandlung darf nicht zu kostspielig, muß aber auch 2. so beschaffen sein, daß der Arzt wenigstens einigermaßen für seine Mühe belohnt wird. Ulu beides zu erreichen, ist der einzige richtige Weg der zum Zwecke führt,

einen bestimmten Arzt für ein Arbeiter-Institut zu besolden und mit demselben in ein contractliches Verhältniß zu treten. Denn es wäre wohl voraus- und einzusehen, daß bei einer von verschiedenen Ärzten über jeden besondern Kranken aufgestellten Liquidation, diese Summe am Schlusse eines Jahres wahrscheinlich das doppelte und dreifache erreichen und die vorhandenen Fonds zum großen Theile in Anspruch nehmen würde. Diesemnach würde es wohl im Interesse des Instituts sein, den Arzt für ärztliche Behandlung sämmtlicher Arbeiter eines Instituts zu fixiren.

Man hat bei ähnlichen Instituten, um die Besoldung des Arztes zu bestimmen, verschiedene Wege eingeschlagen.

1. Man zahlte einen bestimmten Betrag, nach der Kopfszahl der Mitglieder eines solchen Vereins, an den behandelnden Arzt, und zwar für Cur und Arznei.

2. Man zahlte dem Arzte für Behandlung eines jeden Kranken einen Durchschnittspreis.

3. Man nahm ein bestimmtes Fixum, welches den verhältnißmäßigen Einkünften des Instituts entsprach und fragte einen Arzt, ob er bereit sei, die Behandlung für diesen Betrag zu übernehmen.

4. Man wählte den Weg der Licitation und übergab die ärztliche Behandlung eines derartigen Vereins dem wenigstfordernden Arzte. Offenbar eine sehr schlechte Methode, welche Gesundheit und Leben des Menschen auf den Markt bringt und gleich einer Waare verschachert. Diese Methode schließt etwas sehr unedles in sich, und man mußte sich deshalb sehr wundern, daß man sogar bei solchen Instituten diesen Weg wählte, welche unter Königlichcr Protection standen, wie z. B. bei verschiedenen Bezirks-Knappschaften, oder den Knappschaften Könighcher Werke, bei Districts- und Armen-Instituten ic. ic.

Diese letzte Methode würden wir also auf keinen Fall in Vorschlag bringen. Sie ist weder edel noch auch im Interesse des Instituts. Was an Thalern erspart wird, geht an der Behandlung verloren; denn ein tüchtiger Arzt wird wohl sehr bald einzusehen Gelegenheit haben, daß seine Mühen auf anständigere Weise belohnt werden könnten, und sich nach einer anderen Stellung sehnen. Die erste Methode hat auch ihr Gehässiges, der Arzt kann leicht,



wenigstens einen Theil des ihm nöthigen Vertrauens einbüßen, indem man in die Auswahl der Arzneien, in Bezug auf ihre Güte, Mißtrauen setzt.

Die Combination der 2. und 3. Methode kann wohl bei Bestimmung des Fixums für ärztliche Behandlung den richtigen Maßstab abgeben; jedoch mit dem Unterschiede, daß anstatt der Zahl der Kranken, die Anzahl der Vereins-Mitglieder als normgebend angenommen wird; denn die Anzahl der Kranken variiert zu sehr. — Die Arbeiter-Versorgungs-Kasse zahle demnach für jedes Mitglied des Vereins einen bestimmten Betrag, welcher bei andern ähnlich constituirten Instituten 20 Sgr. bis einen Thaler jährlich ausmacht. Dieser Betrag wird summiert und diese Summe bildet das Fixum des behandelnden Arztes. Das Fixum eines Arbeiter-Districts-Arztes wäre also diesemnach wandelbar, aber nach festen Sätzen, und immer den Verhältnissen entsprechend. Auf dem Lande könnte der höhere Satz von einem Thaler als maßgebend angenommen werden, in den Städten hingegen der niedrigere Satz von 25 Sgr., wegen der größeren und geringeren Mühe und Anstrengung, welche mit der Behandlung verbunden sein würde.

Wenden wir dieses wieder auf die oben angegebenen Zahlen der angenommenen Stadt an: so würde das Fixum des bei dem Institute angestellten Arztes 465 Thaler 5 Sgr. betragen.

2. Die Arznei-Kosten können nur auf dem Wege der Liquidation festgestellt werden. Bei diesen liquidirten Arzneien würde jedoch dem Arbeiter-Versorgungs-Institute ein bestimmter Rabatt von 10% bis 25% bewilligt werden können, wie es bei Wohlthätigkeits-Instituten und anderen Vereinen in der Regel der Fall ist.

Nehmen wir nun ferner, um doch einigermaßen die Ausgaben für diesen Zweig bestimmen zu können, an, daß von sämtlichen Mitgliedern durchschnittlich  $\frac{2}{100}$  der Gesamtzahl erkranken, d. h. einzelne Krankheitsfälle stattfinden, und daß ferner die Arznei-kosten für jeden solchen Kranken durchschnittlich im Jahre, nach Abzug von 10% Rabatt, 20 Sgr. betragen\*): so würde sich fol-

\*) Ich muß hier bemerken, daß Kranke, welche einem dergleichen Ver-

gendes Resultat bei der einmal angenommenen Stadt ergeben. Von 557 Arbeiterern würden jährlich 222 erkranken und mithin betragen die Arzneikosten à 20 Sgr. = 148 Thlr.

Hierzu die Kosten für ärztliche Behandlung 465 Thlr. 5 Sgr;  
 so beträgt die Gesamtsumme für freie  
 Cur und Arznei 613 Thlr. 5 Sgr.

## II. Krankenlöhne.

Von jenen im Verstandenen angenommenen 222 Krankheitsfällen, welche zur ärztlichen Behandlung gelangen, können wir übrigens keineswegs annehmen, daß auch in jedem Krankheitsfalle Arbeitsunfähigkeit mit demselben verbunden wäre. Unter dieser Annahme würde die Zahl der Erkrankungen zu hoch angenommen sein. Viele jener Kranken bleiben während der ärztlichen Behandlung in Arbeit. Bei meinen Beobachtungen, welche bei derartigen Instituten gemacht wurden, wo der Tag der begonnenen und beendeten Krankheit in jedem einzelnen Falle genau bemerkt und die Zahl der durch die Krankheit hervorgebrachten Tage der Arbeitsunfähigkeit angegeben wurde, stellte sich nachfolgendes Verhältniß heraus: auf 1000 Kranke kommen 10,500 Tage der Arbeitsunfähigkeit oder auf jeden Krankheitsfall 11 Tage. Dieses Verhältniß fand auch durchschnittlich in solchen Jahren Statt, wo Blattern-Epidemien und nervöse Fieber aufgetreten waren. Wenden wir nun diese Zahlen wiederum auf die angenommene Stadt und das in derselben zu errichtende Arbeiter-Institut an: so würde sich bei den angenommenen 222 Krankheitsfällen, jährlich eine Summe von 2442 eigentlichen Krankentagen, d. h. solchen, in welchen die von Krankheit Befallenen Anspruch auf Krankenlöhne haben, herausstellen. Nehmen wir den für einen Tag bestimmten Krankenzohn durchschnittlich zu 5 Sgr. an: so ergebe sich hieraus die jährliche Ausgabe für Krankenlöhne in Summa zu 407 Thlr.

---

eine angehören und auf freie Cur Ansprüche haben, früher ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen, als andere, und daß unter jenen Erkrankungsfällen von  $\frac{2}{5}$  der Gesamtzahl, sich viele leichtere Fälle befinden, welche im gewöhnlichen Leben aus der Hausapotheke kurirt werden. Dieses Verhältniß gilt auch bei Angabe der Arzneikosten. Die Durchschnittszahlen sind aus eigenen früheren Erfahrungen genommen.

### III. Unentgeltliche Krankenpflege.

Wir haben in einem früheren Abschnitte ausgeführt, daß die Gemeinden für ein passendes mit den nöthigen Utensilien versehenes Krankenhaus, zur Aufnahme derjenigen Kranken zu sorgen habe, welche in ihren gewöhnlichen Arbeiter- oder Dienst-Verhältnissen, der zur Heilung nöthigen Pflege entbehren. Die Miethe und Unterhaltung des Krankenhauses kann mithin bei Verrechnung und Veranschlagung der Krankenpflege-Kosten für ein Arbeiter-Institut nicht aufgeführt werden, wohl aber die Verpflegung selbst.

In dem vorigen Absatze nahmen wir die Zahl der in einem Arbeiter-Versorgungs-Institute von 557 Mitgliedern in genannter Stadt erfolgten Krankheitsfälle auf 222 an. Von diesen Kranken soll, um hoch zu rechnen, die Hälfte derselben der Pflege im Krankenhaus bedürfen.

Die zur Verpflegung im hiesigen Krankenhaus im verfloßenen Jahre (1847) befindlichen Kranken erforderten, inclusive des Unterhalts von 3 barmherzigen Schwestern und einer Dienerin, für 5266 Verpflegungstage, eine Ausgabe von 875 Thlr. 11 Sgr. 11 Pfg. Mithin betrugen die Unkosten für 1 Tag der Verpflegung, in einem bekanntlich sehr theuren Jahre, nicht völlig 5 Sgr. Die Verpflegung von 111 Kranken des obigen Instituts, welche zusammen 1221 Tage krank und arbeitsunfähig waren, würden nach jenem Maßstabe jährlich 203 Thlr. 15 Sgr. kosten, welcher Betrag aus der Arbeiter-Versorgungs-Kasse zu entrichten wäre.

### IV. Beihülfe zur Erziehung der Kinder.

Das Verhältniß der verheiratheten zu den unverheiratheten Arbeitern ist verschieden nach einzelnen Gegenden und den commerciellen Zuständen einer Gegend. Anders ist dieses Verhältniß in einer fabrikreichen, als in einer Ackerbau treibenden Gegend. Durchschnittlich wird sich jedoch in den meisten Gegenden die Zahl der verheiratheten Arbeiter zu den unverheiratheten, wie 1: 3 herausstellen. Einige unbedeutende Abweichungen dieses Verhältnisses finden allerdings Statt. Und nach dieser Annahme glauben wir wiederum die Zahl der schulpflichtigen Kinder

eines verheiratheten Arbeiters auf 2 annehmen zu müssen. Man wolle mir hier nicht einreden, daß ich mit einer früheren Angabe in Widerspruch gerathen sei, wo ich sagte, daß es nicht selten vorkomme, daß ein Arbeiter 4 bis 5 Kinder gleichzeitig zur Schule schicke. Beides ist und kann richtig sein. Während nämlich der eine verheirathete Arbeiter 3 — 4 Kinder zur Schule schickt, sind die Kinder des andern Arbeiters noch nicht, oder nicht mehr schulpflichtig. Nach dem angegebenen Verhältnisse würden von den in A. befindlichen 557 Arbeitern 162 verheirathet sein. Jeder dieser verheiratheten Familien habe 2 schulpflichtige Kinder, so würde die Gesamtzahl der Schulpflichtigen für die arbeitende Klasse 324 ausmachen. Eine Zahl, welche mit den die hiesigen Schulen besuchenden 700 Kindern in Verhältniß steht. Auf die übrigen Bewohner dieser Stadt der 16 ersten Steuerklassen — 245 Steuernde — würden auf jeden, nach Abzug der unverheiratheten Glieder dieser Klasse,  $1\frac{2}{3}$  schulpflichtiges Kind kommen.

Die obigen 324 Kinder der Arbeiter würden an Schulgeld und anderweitigen Schulbedürfnissen, von jedem einzelnen Kinde 1 Thlr. 12 Sgr. 6 Pfg. erfordern, und also der Arbeiter-Versorgungskasse dieses Instituts eine jährliche Ausgabe von 459 Thlr. verursachen. Wenn es die Einkünfte des Arbeiter-Instituts gestatten, so bewillige man den vollen, wo nicht, da gewähre man einen annäherungsweise Betrag von  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{3}$  und wo auch dieses die Mittel nicht erlauben, da könnte man diese Art der Unterstützung, als die von den genannten am wenigsten dringende, ganz unterlassen. Denn diese Ausgaben treten durchschnittlich im kräftigsten Alter des Mannes auf und verlangen deshalb nicht dieselbe Beihülfe, wie jene Lebenslagen, welche bei geschwächter Kraft und mangelndem Erwerb der nöthigen Unterstützung bedürfen. Wir würden deshalb  $\frac{1}{3}$  des Gesamtbetrags bei der Ausgabe der Vereinskasse mit 132 Thaler  $6\frac{2}{3}$  Sgr. verrechnen, wenn die in der Einnahme verrechneten Mittel, die Verausgabung des vollen Betrags von 459 Thlr. nicht ganz wohl gestatteten.

## V. Gnadenlöhne.

### a. Für invalide Arbeiter.

Das Verhältniß der invaliden Arbeiter im Gegensatz zu

den arbeitsfähigen, ist keineswegs ein solches, wie wir es wohl bei einigen andern Ständen finden, welche sich bisher vor andern der öffentlichen Staats-Versorgung zu erfreuen hatten. Wir haben aber auch so bald noch nicht zu befürchten, daß ein ähnliches oder gar gleiches Verhältniß bei der arbeitenden Klasse eintreten werde, zumal die damit erworbenen Vortheile nicht besonders einladen, sich der Arbeit zu entziehen, und auch vor der Hand noch keine Aussichten vorhanden sind, daß die Ersparnisse der Arbeit dazu hinreichen werden, sich auf die Güter zurückziehen zu können und von der Pension, dem Invalidenlohn, zu leben. —

Bei den Grubenz-, Hammer- und Hüttenarbeitern, fand ich früher das Verhältniß der Arbeitsfähigen zu den Arbeitsunfähigen wie 100 : 1½, oder höchstens 100 : 2 und dieses letzte Verhältniß war nur vorübergehend. Die Arbeiter-Klasse, bei welcher dieses Verhältniß vorkam und beobachtet ist, gehört zu denjenigen, bei welchen die Gesundheit mit am meisten ergriffen wird und leidet. Es gibt vielleicht wenig Arbeiter-Klassen oder Zünfte, in welchen mehr Krankheiten und namentlich Schwindsuchten häufiger vorkommen, als bei den Grubenarbeitern. —

Nehmen wir aber auch dieses höchste Verhältniß, als im Allgemeinen normgebend an, und wenden dieses auf den Arbeiter-Verein der gewählten Stadt an, so würde sich folgendes Resultat ergeben. Von 557 Arbeitern sind durchschnittlich 11 invalide und als solche berechtigt, einen Gnadenlohn in Anspruch zu nehmen. Von diesen 11 Invaliden wollen wir als wahrscheinlich voraussetzen, daß die Zahl derselben gleichmäßig auf die drei verschiedenen Klassen vertheilt sei. Der Durchschnitt des Gnadenlohns der 3 verschiedenen Arbeiter-Klassen, mit der höchsten Dienstzeit über 30 Jahre würde 2 Thlr. 23 Sgr. per Monat für jeden arbeitsunfähigen Arbeiter ausmachen. Mithin würde die jährliche Ausgabe für Invalidenlohn der Arbeiter-Versorgungs-Kasse des genannten Instituts 250 Thlr. 13 Sgr. betragen.

#### b. Für Witwen.

Man hat es vielfach versucht, die Lebensdauer des Menschen im Allgemeinen, sowie die Lebensdauer nach den verschiedenen

Lebensaltern nach Zahlen zu bestimmen. Eine der ältesten Bestimmungen ist die bekannte Stelle „des Menschen Leben sind 70 und wenn es hoch kommt 80 Jahre.“ Man hat in spätern Zeiten gefunden, daß diese Bestimmung als Lebensdurchschnitt etwas hoch angegeben ist. Wir nehmen gegenwärtig auf ein Jahrhundert 3 Generationen an. Zum Behufe von Continen (wachsende Leibrenten) und ähnlichen Instituten hat man sich bemühet, die Lebensdauer eines Menschen nach seinem Lebensalter mit Genauigkeit zu bestimmen. Nach den von Buffon bekanntgemachten Sterbe-Listen von 12 Dorfgemeinden und 3 Pariser Kirchspielen über 33,994 Tode, stellte sich folgendes Resultat heraus:

ein neugeborenes Kind hat Lebenshoffnung auf 8 Jahre — Monate

„ einjähriges Kind auf	.	.	33	„	—	„
„ fünfjähriges Kind „	.	.	41	„	6	„
„ zehnjähriges Kind auf	.	.	40	„	2	„
„ Mensch von 15 Jahren auf	.	.	36	„	7	„
„ „ „ 20 „ „	.	.	33	„	5	„
„ „ „ 25 „ „	.	.	30	„	9	„
„ „ „ 30 „ „	.	.	20	„	—	„
„ „ „ 40 „ „	.	.	22	„	1	„
„ „ „ 50 „ „	.	.	16	„	7	„
„ „ „ 60 „ „	.	.	11	„	1	„
„ „ „ 70 „ „	.	.	6	„	2	„
„ „ „ 75 „ „	.	.	4	„	6	„
„ „ „ 80 „ „	.	.	3	„	7	„
„ „ „ 85 „ „	.	.	3	„	—	„
„ „ „ 90 „ „	.	.	2	„	—	„

Es ist nun wohl einleuchtend, daß Lebensverhältnisse und Körperconstitution in Bezug auf Lebensprobabilität bedeutende Differenzen begründen, die sich aber arithmetisch schwerlich berechnen lassen.

Die Arbeitszeit eines Menschen dürfen wir nun wohl, weit ausgedehnt, zwischen das 15te und 65te Lebensjahr setzen. Von 1000 Menschen sterben in diesen 50 Jahren der Arbeitszeit — 340, und 124 Menschen erhalten ein höheres Alter von 65 bis 90 Jahren.

Von den 557 Arbeitern des angenommenen Arbeitervereins sterben in diesen 50 Jahren der Arbeitszeit bei einer durchschnittlichen Lebenszeit von 25 Jahren jährlich 22; von welchen  $\frac{1}{3}$  verheirathet waren, also jährlich  $7\frac{2}{3}$ —8 Witwen zurückließen. Wodurch also dem Arbeiter-Versorgungs-Verein durchschnittlich 8 Witwen zur Unterstützung übrig blieben. Sie erhalten als Gnadenlohn den Durchschnitt der für Witwen bestimmten Sätze, im monatlichen Betrage von 1 Thlr.; hierdurch würde also dem Institute eine jährliche Ausgabe von 84 Thaler erwachsen. —

### c. Gnadenlohn für Waisen.

Von den so eben besprochenen 8 Witwen habe jede durchschnittlich 3 Kinder unter 13 und 14 Jahren. Sie erhalten von jedem Kinde monatlich 4 Sgr., welches einen jährlichen Betrag von 38 Thaler 12 Sgr. ausmacht. Außer diesen genannten Waisen seien durchschnittlich 6 Kinder vollkommen verwaist, d. h. ohne Vater und Mutter. Sie erhalten monatlich 1 Thlr., verlangen also einen jährlichen Beitrag von 72 Thaler. Die Gesamtausgabe des Arbeiter-Versorgungs-Vereins für Unterstützung der Waisen beträgt demnach jährlich 110 Thaler 12 Sgr.

Sehen wir nun zum Schlusse die Gesamtausgabe des Arbeiter-Versorgungs-Instituts hierher, so würde sich das Resultat folgendermaßen herausstellen:

I. für Cur- und Arzneikosten	.	.	613 Thl.	5 Sgr.
II. für Krankenlöhne	.	.	407 "	— "
III. für Krankenpflege	.	.	203 "	15 "
IV. für Erziehungsbeihilfe der Kinder	.	.	459 "	— "
V. An Gnadenlöhnen				
a. für Invalide	.	.	250 "	13 "
b. für Witwen	.	.	84 "	— "
c. für Waisen	.	.	1.0 "	12 "
Summa der Ausgabe			2127 Thl.	15 Sgr.
Die Einnahme des Arbeiter-Versorgungs-				
Vereins betrug	.	.	2639 "	6 "

Mithin würde sich eine Mehr-Einnahme von 511 Thl. 21 Sgr.

für extraordinäre Ausgaben und Zuschüsse, resp. zur Capitalisirung herausstellen.

## VII.

### Erweiterung der Arbeiter-Versorgungs-Institute im Staate.

In den vorhergehenden Abschnitten haben wir von der Errichtung eines Arbeiter-Versorgungs-Instituts nach den in einer kleinen Stadt bestehenden Verhältnissen gesprochen und ihre Ausführbarkeit unter den angenommenen Bedingungen dargethan. Die dort angenommenen Sätze gelten nicht allein von kleinen Städten, sondern auch, wenn gleich unter einigen Modificationen, von größeren Städten, sie gelten auch nicht minder von Fabrik- und Ackerbaureisenden Gegenden, wenn nur der rechte Geist nicht fehlt, und der schöne Gedanke der Association, der wechselseitigen Verbindung zur Abwehr von Noth und Elend, realisirt wird. Unter allen diesen verschiedenen Verhältnissen werden die Arbeiter-Versorgungs-Institute segensbringend für jede Gegend, für alle Verhältnisse sein, in welchen sie errichtet werden. Sollen sie aber ihren Zweck vollkommen erreichen, so ist es nothwendig, daß sie nicht vereinzelt dastehen, sondern ihre Ausdehnung über die gesammte Population einer Gegend, und nicht über einzelne, durch die Verhältnisse begünstigte Orte finden, auch nicht nur über einzelne Arbeiter-Klassen, sondern über den ganzen Stand sich erstrecken. Um diesen Zweck zu erreichen, würden diese Institute in den Gemeinden beginnen, diese sich in den Kreisen centralisiren, und von dort aus, in Bezug auf Verwaltung, zu größeren Bezirken, Provinzen, übergehen; diese alle aber wiederum in dem Arbeiter-Ministerium concentriren, ohne daß jedoch vom Kreis-Institute bis zum Centrum der directe Verkehr durch Zwischenstufen, nach Art anderer noch bestehender Geschäftsgänge, geschehen werde.



Also in jeder einzelnen größeren Gemeinde, oder wo diese nicht sind, in mehreren kleineren, bestehe ein für sich selbstständig dastehendes, in seiner innern Verwaltung freies und unabhängiges Institut, dessen Umfang sich nach der Population, Lage und den übrigen Verhältnissen einer Gegend richten kann. Ich halte es übrigens weder für nothwendig, noch für wünschenswerth, noch auch für zugänglich, daß in jedem Orte ein für sich bestehendes Arbeiter-Versorgungs-Institut errichtet sei; es würde dieses eine zu große Zersplitterung und einen Mangel an der gehörigen Aufsicht und Controle zur Folge haben. Um dieses zu vermeiden, wäre es zweckmäßig, bei kleineren Orten, namentlich auf dem Lande, mehrere durch geographische Lage, durch Beschäftigung, Sitten und Gebräuche verwandte und zusammengehörende Orte, zu einem Institute zu verbinden. Wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten, namentlich wo die Entfernung der einzelnen Orte nicht hinderlich entgegensteht, mögen 2000—3000 Seelen zu einem Institute vereinigt werden. Es ist natürlich, daß in wenig bevölkerten Gegenden dieses Verhältniß nicht festgehalten werden kann, und daß sich die Zahl bei solchen örtlichen Schwierigkeiten viel geringer herausstellen muß. In Städten aber, und dieses gelte von den großen wie von den kleinen, in so fern letztere überhaupt diese Zahl erreichen, mögen die Versorgungs-Institute, auf je 2000 der Einwohnerzahl errichtet, und in besondere Districte, mit einer für sich bestehenden inneren Verwaltung und Leitung, getheilt werden. Die Einsammlung der verschiedenen Beiträge, so wie die Ausgaben geschehen in größeren Städten von mehreren Einzel-Instituten, in resp. durch eine gemeinschaftliche Kasse, sowie in Kreisen durch eine gemeinschaftliche Kreis-Arbeiterkasse, welche mit den Unterkassen in Rapport und Rechnung steht. Diese Bedingung erscheint zur Deckung des Allgemeinbedürfnisses nothwendig, weil ohne diese Maßregel die Existenz und das Bestehen der durch die äußern Verhältnisse nicht begünstigten Arbeiterdistricte gefährdet und vernichtet würde.

Diese Einzelvereine oder Arbeiter-Districte bestehen demnach selbstständig neben einander, sind aber in dem Stadt- oder Kreis-Vereine verbunden, und finden von hieraus ihre höhere Leitung, Verwaltung, Ergänzung und Ausgleichung der aufgebrachten Fonds,

und in allen Fällen, wo es noththut, die Pflege im gemeinschaftlichen Krankenhause. Was nun diese Pflege in einem gemeinschaftlichen Krankenhause anbelangt: so ist wohl einzusehen, daß nicht für jeden Verein ein besonderes Krankenhaus beansprucht werden kann, weder das Bedürfniß würde dieses verlangen, noch auch die Mittel gestatten. Wo in einer Gemeinde, als solcher, letztere nicht hindern, jenes aber, wenn auch nicht nothwendig, doch wünschenswerth erscheint, da mag diese Gemeinde ein für sich bestehendes Krankenhaus bauen, ohne jedoch hierdurch aus dem Kreis-*Arbeiter-Vereine* zu treten.

Ich habe die Seelenzahl der zu einem *Arbeiter-Versorgungs-District* gehörigen Bewohner (nicht bloß Mitglieder) einer Stadt oder Gegend, auf 2000 bis 3000 angegeben, weil die innere Verwaltung, die Besetzung der Stellen mit Aerzten, eine größere Ausdehnung nicht wohl gestattet. Denn es ist keineswegs zu läugnen, daß mit der größeren Anzahl der zu einem *Districte* gehörigen Arbeiter, auch die Leitung und Geschäftsführung steigen wird. Diese sollte aber, so war meine Absicht, in einer Art und Weise stattfinden, daß sie möglichst einfach, wenig zeitraubend sei, und geringe Kosten veranlasse. Es war aber auch nicht die Absicht, einzelnen Aerzten eine freie, reichliche Existenz zu verschaffen, vielmehr, im Einklange mit der vortheilhafteren Einrichtung der Institute, den ganzen Stand der Aerzte vor Sorgen zu schützen und deren Existenz zu sichern. Um diese Zwecke zu erreichen, finde ich durchgängig eine größere Ausdehnung eines Vereins oder *Districts* nicht zweckmäßig.

Um einigermaßen die Ausführbarkeit und weitere Ausdehnbarkeit solcher Institute über Kreise anzudeuten, will ich den Kreis *Urnberg* nehmen, um an demselben die Haltbarkeit der früher angenommenen Zahlenverhältnisse zu prüfen. Ich habe aus keinem anderen Grunde diesen Kreis ausgewählt, als aus der einfachen Ursache, weil mir die Steuerverhältnisse dieses Kreises grade vorlagen.

Der ganze Kreis hat 32,500 Einwohner. Von diesen sind nach den gesetzlich bestehenden Bestimmungen 2462 unbesteuer.

Von den Steuernpflichtigen befinden sich in der I. Steuerstufe 18 Familien, von denen

3 zu 144 Thlr.

4 „ 96 „

11 „ 48 „

also durchschnittlich zu 74 Thlr. 15 Sgr. besteuert sind.

In der II. Steuerstufe befinden sich 152 Familien von denen

43 zu 24 Thlr.

32 „ 18 „

77 „ 12 „

also durchschnittlich zu 16 Thlr. 19 Sgr. besteuert sind.

In der III. Steuerstufe befinden sich 880 Familien resp. einzelne Personen, von denen

146 zu 8 Thlr.

250 „ 6 „

484 „ 4 „

also durchschnittlich zu 5 Thlr. 3 Sgr. besteuert sind.

In der IV. Steuerstufe befinden sich 10,177 Steuerpflichtige, von denen die 1. Klasse mit 659 Personen mit 3 Thaler,

die 2. „ „ 2162 „ „ 2 „

die 3. „ „ 7356 „ „ 15 Sgr.

besteuert sind.

Unter diesen 10177 Steuerpflichtigen sind 7905 einzeln steuernde Personen und also 2272 Haushaltungen.

Der ganze jährliche Steuerbetrag ist 17,922 Thl.

Hierzu steuern die 3 ersten Steuerstufen . 7943 Thaler,

die erste Klasse der 4. Steuerstufe . 1977 „

und die beiden letzten Klassen derselben Steuerstufe 8002 „

---

Summa . 17922 Thaler.

## I. Jährliche Beiträge der Arbeiter.

Um nun zuerst die jährlichen Beiträge der arbeitenden Klassen zu bestimmen, so haben wir wohl die in den beiden letzten Klassen der 4ten Steuerstufe befindlichen Familien und einzelne steuerpflichtige Personen hierherzuzählen. In Bezug auf die Contribuenten der 1ten Klasse dieser Steuerstufe, welche mit 3 Thaler besteuert sind, glaubten wir mehr Grund zu haben, diese zu den wohlhabenden zu rechnen, als dieselben zu jener Zahl der arbeitenden

Klasse zu zählen, welche einer Unterstützung vorzüglich bedarf. In Hinsicht auf die Einnahme und Ausgabe einer Arbeiter-Versorgungskasse macht die Hinzuziehung dieser Klasse zu den Arbeitern oder Wohlhabenden, keine große Differenz und könnte im zweifelhaften Falle den Theilhabenden dieser Klasse überlassen bleiben.

1. Die in der 2ten Klasse der IVten Steuerstufe aufgeführten 2162, mit 2 Thaler besteuerten Personen, haben ein jährliches Einkommen von durchschnittlich 150 bis 200 Thaler; sie zahlen als monatlichen Beitrag zur Arbeiter-Versorgungskasse 6 Sgr. macht einen jährlichen Beitrag dieser Klasse von 5188 Thlr. 24 Sgr.

2. Die in der 3ten Klasse der IVten Steuerstufe aufgeführten 7356, mit 15 Sgr. besteuerten Personen, mit einem jährlichen Einkommen von 50 Thaler zahlen vom Thaler Einkommen 6 Pfg.; macht einen jährlichen Beitrag dieser Klasse von 6130 Thl. Diesem nach beträgt die Besteuer der arbeitenden Klassen zum Arbeiter-Versorgungs-Institut im Kreise Arnberg jährlich :

11,310 Thlr. 24 Sgr.

## II. Beiträge der Wohlhabenden zum Arbeiter-Versorgungs-Institut.

### A. Extraordinärer Beitrag zur Gründung des Instituts.

Der zur Gründung des Arbeiter-Versorgungs-Instituts von Seiten der Wohlhabenden freiwillig zu spendende Fonds, würde nach dem in einem früheren Abschnitte, bei der Stadt angenommenen Verhältniß, von durchschnittlich  $3\frac{1}{2}$  Thl. von jedem Gliede der wohlhabenden Klassen, für den Kreis auf 1699 Contribuenten 5946 $\frac{1}{2}$  Thlr. betragen.

### B. Jährlicher Beitrag zum Arbeiter-Institute.

Der jährliche Zuschuß von  $\frac{1}{2}\%$  des verhältnißmäßigen Einkommens obiger 1699 Personen würde nach dem früher angegebenen, von der Communalbehörde angenommenen Verhältnisse, für den Kreis betragen :

von der Iten Steuerstufe von 18 Steuerpflichtigen mit dem Einkommen eines Einzelnen von 5000 Thlr. oder in

Summa 90,000 Thlr.

von der IIten Steuerstufe von 152 Steuerpflichtigen mit dem Einkommen jedes Einzelnen von 1500 Thlr. macht in

Summa 228,800 Thlr.

von der IIIten Steuerstufe von 880 Steuerpflichtigen mit einem Einkommen eines Einzelnen von 500 Thlr. macht in

Summa 440,000 Thlr.

von der Iten Klasse der IVten Steuerstufe von 659 Steuerpflichtigen mit dem Einkommen eines Einzelnen von 300 Thlr. macht jährlich in Summa 197,700 Thlr.

Also beträgt das ganze steuerbare Einkommen der genannten Klassen im Kreise 956,500 Thlr. Hiervon  $\frac{1}{3}\%$  als jährlicher regelmäßiger Zuschuß zum Arbeiter-Versorgungs-Institute, würde 3188 Thaler ausmachen.

### C. Jährlicher freiwilliger Beitrag zum Arbeiter-Institute.

Nach dem früher bei der Stadt angenommenen Verhältnisse würden die freiwilligen Gaben dieses Standes einen jährlichen Zuschuß für das Arbeiter-Versorgungs-Institut des Kreises 3000 Thaler betragen.

Ich habe absichtlich diese Verhältniszahlen im genannten Kreise sehr niedrig genommen, damit dieselben auch in andern Kreisen ihre Anwendung finden, in welchen weniger günstige Vermögensumstände obwalten. Ich habe die Zuschüsse einzelner sehr bedeutender Grundbesitzer, deren Einkommen sich auf 10,000 bis 100,000 Thaler beläuft, nicht nach der Wirklichkeit berechnet, wiewohl ich sehr gut wußte, daß einzelne von diesen allein Edelmut und Wohlthätigkeitsfein genug besitzen, um die für diesen Stand angenommenen sämtlichen Beträge freiwillig zu zahlen, und in Zeiten der Noth wirklich gezahlt haben. Ich könnte hier zum Belege Namen nennen, allein ich unterlasse dieses, weil diese Männer Bescheidenheit genug besitzen, um auf derartige öffentliche Anerkennung zu verzichten.

### III. Jährliche Beiträge der Gemeinden zum Arbeiter-Institute.

Die sämtlichen Gemeinden des Kreises haben nach dem bei der Stadt angenommenen Verhältniß in den ersten Jahren der Errichtung der Arbeiter-Institute einen jährlichen Beitrag von 3080 Thl. zum Institute zu leisten, welcher Betrag, nach den von der Gemeinde auf das Institut übertragenen Verpflichtungen steigt.

Diesemnach würden die sämtlichen Einkünfte des Arbeiter-Versorgungs-Instituts für den Kreis Urensberg betragen:

#### I. Extraordinärer freiwilliger Beitrag zur

Gründung des Arbeiter-Fonds:

1) von Seiten der Wohlhabenden	5946 Thl. 15 Sgr.
--------------------------------	-------------------

#### II. Jährliche, laufende Beiträge:

1) An Zinsen aus dem Activ-Kapital, welches zur Gründung des Fonds angelegt wurde	237 Thl. 25 Sgr.
---	------------------

2) regulirter Beitrag der Arbeiter	11318 " 24 "
------------------------------------	--------------

3) jährlicher Beitrag von den wohlhabenden Ständen, $\frac{1}{2}\%$ des steuerbaren Einkommens	3188 " — "
--	------------

4) freiwillige Gaben desselben Standes	3000 " — "
--	------------

5) Zuschuß aus den Gemeinde-Kassen	3080 " — "
------------------------------------	------------

6) Ergänzungs-Zuschuß von Seiten des Staats im Falle des Bedürfnisses.	— " — "
--	---------

Also wäre die Einnahme des ersten Jahres 20824 Thl. 19 Sgr.

Vergleichen wir nun mit dieser jährlichen Einnahme die nach denselben Grundsätzen und Zahlenverhältnissen, wie bei der Stadt, berechnete

#### Ausgabe:

##### 1) Für Kurs- und Arzneikosten:

a. für ärztliche Behandlung	6345 Thl. 10 Sgr.
-----------------------------	-------------------

b. für Arzneikosten	2538 " — "
---------------------	------------

2) für Krankenlöhne	5583 " 19 "
---------------------	-------------

<b>Summe</b>	<b>14466 Thl. 29 Sgr.</b>
--------------	---------------------------

	Transport	14466 Thl. 29 Sgr.
3) für Krankenpflege . . . . .	870	" — "
4) für Erziehungsbeihilfe der Kinder . . . . .	1162	" 20 "
5) An Gnadenlöhnen		
a. für invalide Arbeiter . . . . .	3014	" — "
b. für Wittwen . . . . .	888	" — "
c. für Waisen . . . . .	970	" — "
Summa der Ausgabe		21371 Thl. 19 Sgr.

Es würde also nach der obigen Zusammenstellung die Ausgabe um 557 Thlr. höher sein, als die Einnahme. Bei dieser geringen Differenz dürften wir nun wohl annehmen, daß die als nothwendig und wünschenswerth erachteten Unterstützungen gedeckt werden. Wir haben bereits oben, wo von der Erziehungsbeihilfe die Rede war, angegeben, wodurch dieses Defizit gedeckt werden könne.

Es würden sich aber auch vielleicht bei der neuen Organisation des Staats verschiedene Fonds ermitteln lassen, aus welchen nicht allein dieses, sondern auch noch ein anderes Defizit gedeckt werden könnte. So würden gewiß die in verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung bestehenden Diätenfonds eine herrliche Reserve für derartige Ausgaben bilden; indem es wohl unwahrscheinlich sein möchte, daß dieser Fonds nach seiner ursprünglichen Bestimmung und in dem ausgedehnten Grade, seine fernere Verwendung finde.

Nehmen wir aber auch den Fall an, daß die in der vorstehenden Uebersicht gewonnenen Zahlen in Hinsicht der Einnahme zu hoch und in Hinsicht der Ausgabe zu niedrig gewählt seien, so daß die Ausgabe die Einnahme überstiege: so wäre dieses freilich ein Hinderniß, das Institut gleich bei seinem Beginne in seiner vollen Kraft und Ausdehnung ins Leben treten zu lassen, aber es wäre wahrlich noch kein Grund vorhanden, um auch das ganze Project aufzugeben. Würden die Fonds auch nur dazu hinreichen, um den dringendsten Bedürfnissen in den Tagen der Noth abzuhelfen, so wäre dieses schon ein Ziel, welches wohl lohnte, das Werk zu beginnen; die nach Deckung dieser, überschüssigen Fonds würden capitalisirt, und die Zinsen so lange zum Kapital geschla-

gen, bis aus diesen, in Verbindung mit den später höher eintretenden Beiträgen der Gemeinden und vielleicht einigen anderweitigen Zuschüssen, auch die wünschenswerthen Unterstützungen aus denselben geleistet werden könnten.

Man würde mir vielleicht einwenden, daß sich der Arbeiter wohl nicht sogleich bereitwillig erklären werde, seine Zuschüsse zu der Arbeiter-Kasse zu leisten, und ihn zu denselben zu zwingen, sei eine Maafregel, welche seine persönliche Freiheit beschränke. Ich will auch dieses zugeben, wiewohl es wenig wahrscheinlich ist, daß dieser Fall bei einigermaßen wohlüberlegter Auseinandersetzung des Zwecks und der vortheilhaften Folgen für die Zukunft, bei dem Arbeiter eintreten werde. Aber gesetzt auch, dieses wäre der Fall, so würde man dennoch nach einiger Zeit zum Ziele gelangen, indem die Widerspenstigen sich bald von der Wohlthat bei ihren willfährigen Mitarbeitern überzeugen würden und ihren Zutritt erklärten. Falls also der Staat keine gesetzlich bindenden Bestimmungen für den Arbeiter geben wollte oder könnte; so stelle man die Sache als einen rein freiwilligen Verein hin. Sammele zuerst die zur Gründung des Vereins gespendeten Beiträge der wohlhabenden Klassen, gebe diese als ein für die Arbeiter bestimmtes Vermögen hin, an dem sie sich unter den gegebenen Bedingungen theilnehmen können. Ich glaube nicht, daß sich mancher Arbeiter lange besinnen werde, sich an dem für ihn und für sein Wohl bestimmten Vermögen zu theilnehmen. Sollten sich auch wirklich bei der ersten Bildung und Gründung derartiger Institute einige Schwierigkeiten ergeben, und nicht alsogleich beim Beginne der vollkommene Erfolg und die ausgedehnteste Wirksamkeit zu erwarten sein, so wäre und bliebe es immerhin sehr traurig, wenn aus solchen Gründen ein als zweckmäßig, gut und wohlthätig erkanntes Werk unterbliebe. —

Ich sage nochmals: nur Muth und ans Werk. „Audacem fortuna juvat“ ist ein alter Satz, und wird sich auch in diesem Falle bewähren.

Ich würde nun nach denselben Verhältnissen und Zahlen die Einrichtung von Arbeiter-Instituten in den einzelnen Regierungsbezirken und Provinzen durchführen können, wenn mir die dazu nöthigen Steuerverhältnisse und anderweitigen Hülfsmittel vorlägen und bekannt wären. Dieses ist aber nicht der Fall. Es wird



aber auch dessen nicht bedürfen und könnte vielleicht als eine unnöthige Anhäufung und ermüdende Wiederholung von Zahlen erscheinen; indem ich die Vereinigung und Centralisation der einzelnen Arbeiter-Distrikte und Institute in jedem Kreise für begrenzt und geschlossen erachte, und die weitere Ausdehnung dieser Kreis- Arbeiter-Vereine über größere Verwaltungsbezirke und Provinzen nur als einen ferneren Geschäftszweig deren Verwaltung hinstelle.

## VIII.

### Verwaltung und innere Einrichtung der Arbeiter-Versorgungs-Institute im Allgemeinen.

Der Staat übernimmt aus den in einem früheren Abschnitte angegebenen Gründen die Garantie des Gesamt-Instituts zur Versorgung der Arbeiter; er ruft dasselbe ins Leben und hat, da es eine Staats-Einrichtung ist, die oberste Leitung des Ganzen und die Aufsicht über jedes einzelne Institut. Ein Recht, welches dem Staate weder abgestritten werden kann, noch soll. Die Einrangierung dieses Instituts unter die betreffenden Ministerien und die Befugnisse und Geschäftsführung dieser unter sich, ist Sache des Staats und kann an den betreffenden Orten erledigt werden.

Dieser Verkehr zwischen den höheren Verwaltungsbehörden und von diesen bis zu den Kreis- und einzelnen Vereinen ergibt sich von selbst auf dem Wege der Verwaltung, dieser Verkehr ist und muß sein einfach und rasch, ohne hemmende und unnöthige Zwischenstufen.

Die einzelnen Arbeiter-Distrikte eines Kreises bilden ein Kreis-Institut und von hieraus geschieht durch die vorhandenen Kreisbeamten die Verwaltung und Leitung; durch diese geschieht die Anordnung und Einsammlung der Vereins-Zuschüsse, sowie

auch die Anweisung und Zahlung zu den einzelnen Bedürfnissen und Ausgaben.

Die Staats-Kassen eines Kreises übernehmen das Incasso, wie die Verausgabung, unter Garantie den einzelnen Vereinen gegenüber, ohne daß hierdurch, namentlich vorläufig, dem Arbeiter-Vereine Kosten entstünden.

Die einzelnen Vereine eines Kreises bilden für sich ein Ganzes und haben gleiche Berechtigung und Ansprüche an die in einem Kreise aufgebrachten Fonds, ohne Rücksicht auf die höhern oder geringeren Beiträge, welche zu demselben geleistet sind, aber mit Berücksichtigung des Bedürfnisses. —

Jeder einzelne Verein hat seinen besondern Vorstand, welcher aus drei Mitgliedern besteht, welche von dem Vereine nach Stimmenzahl aus seiner Mitte gewählt sind. Diese drei Mitglieder des Arbeiter-Instituts müssen die Majorennität erlangt, einen moralisch guten Wandel geführt, und sich hierdurch, wie durch ihre Umsicht und Kenntnisse das besondere Vertrauen ihrer Mitarbeiter erworben haben. Da diese Männer aus dem Vertrauen des Volkes, ihrer Mitarbeiter hervorgegangen sind, auch des besondern Vertrauens derselben bedürfen, so wäre es wohl nicht unpassend, ihnen auch nach derjenigen Eigenschaft den Namen zu geben, welche die vorwiegende bei ihrem Amte war und sein wird; sie mögen deshalb „Vertrauens-Männer“ heißen; sollte aber der alte Name „Älteste“ oder der in der neuern Zeit gebräuchlichere „Vorsteher“ besser gefallen, so wäre hiergegen nichts einzuwenden. Ich glaube, daß diese Maßregel, des von den Arbeitern selbstgewählten Vorstandes, für die Interessen des Vereins sehr förderlich sein wird. Der Mensch ist nun einmal heut zu Tage argwöhnisch gegen alle ihm, sei es durch Gewalt, oder durch den nach altem Brauch, oder bisher üblichen und gewöhnlichen Geschäftsgang vorge setzte Leitung öffentlicher und Privat-Angelegenheiten. Er gewinnt Vertrauen, wenn er durch eigene Wahl sich an der Verwaltung theiligt hat, und so Gelegenheit findet, sich von der Verwaltung selbst, von dem Stande und der Lage des der Verwaltung anvertrauten Gegenstandes Einsicht und Ueberzeugung zu verschaffen.

Das Amt eines Vertrauens-Manns oder Vereins-Vorstehers ist ein Ehrenamt und wird nicht besoldet. Bei gutem Stande der

Kasse können außergewöhnliche Bemühungen, auch außergewöhnlich belohnt werden. Bare Auslagen werden zurückerstattet.

Erkrankt ein Arbeiter, so hat er bei dem ihm zunächst wohnenden Vertrauensmann hiervon Anzeige zu machen, erhält von diesem ein Zeugniß, daß er Mitglied des Arbeiter-Vereins sei, seine Beiträge zur Vereins-Kasse gezahlt habe und also zur freien Cur berechtigt sei.

Auf Grund dieses sogenannten „Kranken-Scheins“ welcher dem Districts-Arzte eingehändigt ist, wird der Arbeiter in ärztliche Behandlung genommen; der Tag der begonnenen Cur, sowie die Zeit der Arbeitsunfähigkeit auf demselben bemerkt und nach beendigter Krankheit dem Arbeiter zurückgegeben, worauf er seine Krankheitslöhne bei der Vereins-Kasse in Empfang nehmen kann.

Bei eintretender Arbeitsunfähigkeit wendet sich der Arbeiter an den ihm zunächstwohnenden Vereins-Vorsteher, erhält von diesem, den, mit den betreffenden Bemerkungen versehenen Antrag zur Ueberreichung und Untersuchung an den Arzt. Das eintretende Verfahren bei Todesfällen, Witwen-Pensionen, Erziehungs-Beihilfe ergibt sich leicht und kann hier keinen Raum finden, da es sich hier ja nicht von einer Einrichtung und den betreffenden Statuten eines bereits bestehenden einzelnen Vereins, sondern nur von einem noch zu errichtenden Institute handelt. Ich wollte nur im Allgemeinen die Verwaltung und den inneren Verkehr einer derartigen Institution andeuten und die Betheiligung an derselben von Seiten der Arbeiter selbst hervorheben.

Was übrigens diesen Punkt der Verwaltung noch anbelangt, so liegt es außerhalb der Grenzen der Ausführbarkeit, dieses Princip der Wahlfreiheit und eigenen Verwaltung weiter auszudehnen, als über die, mit den theilhaftigen Mitgliedern eines Vereins, in unmittelbarer Verbindung stehende Geschäftsführung. Die weitere Verwaltung und obere Leitung kann und darf nur dem Staate überlassen bleiben. Was schon aus dem Verhältniß der übernommenen Garantie hervorgeht.

Es entsteht nun hierbei eine weitere Frage, in wiefern kann dieses freie Wahlrecht bei der Verwaltung, auf den Districts-Arzt ausgedehnt werden? Der bei einem Arbeiter-Versorgungs-Verein, dero für einen solchen District angestellte Arzt, würde offenbar eine

für den Arbeiter sehr wichtige Stelle bekleiden; die wichtigsten Folgen für das Leben und das Interesse des Arbeiters hängen unstreitig und fast allein von dessen Handlung und Entscheidung ab. Also auch der Arzt bedarf in Bezug auf seine Anordnungen, auf seine Behandlung, des Vertrauens der Arbeiter, und deshalb könnte es auch wohl rathsam erscheinen, diese bei der Wahl eines Arztes zu betheiligen. Indessen würde es jedenfalls zweckmäßig sein, diese Wahlfreiheit nicht zu weit auszudehnen, weil sonst hierdurch verschiedenen nachtheiligen Folgen der Weg gebahnt, Intriguen, Mißtrauen und Zwiespalt Thür und Thor geöffnet wäre. Den einzelnen Arbeiter-Vereinen mag die Befugniß zugestanden werden, ihre Wünsche über die Besetzung einer Distrikts-Arztstelle auszusprechen, und auch die Wahl unter mehreren Ärzten freistehen, falls jene es verlangen, und von diesen mehrere vorhanden sind. So lange aber in einem Kreise noch Ärzte sind, welche sich zur Uebernahme einer Stelle als Distriktsarzt bereit erklärt haben, verdienen diese bei der Besetzung unbedingt den Vorzug. Das Vereinigen mehrerer solcher Stellen in der Person eines Arztes, kann nur in solchen Fällen geschehen, wo die Zahl der Ärzte in einem Kreise nicht ausreicht, sämtliche Stellen durch dieselben zu besetzen. Eine Cumulation derartiger Aemter kann nur zum Nachtheile der Institute ausgeführt werden. Eine Thatsache, die man schon längst hätte einsehen können, und vielleicht auch eingesehen hat; aber dessenungeachtet schien bisher der Grundsatz zu gelten „*quis habet, illi dabitur.*“

Die Art und Weise der Einzahlung der Beiträge zu der Arbeiter-Versorgungs-Kasse, geschieht ganz nach Art der in manchen Gegenden bereits bestehenden Communalsteuer-Erhebung; die Repartition der Beiträge, durch Ein- und Abschätzung des Einkommens. In einem jeden Monate werden die desfalligen Beisteuern von den betreffenden Contribuenten erhoben, und zwar durch die in dem Bezirke befindliche Steuerbehörde und durch diese an die Kreis-Arbeiter-Vereinskasse eingesandt, insofern diese Fonds nicht zur augenblicklichen Deckung von Ausgaben in diesem Arbeiter-Distrikte erforderlich sind. Etwaige Ueberschüsse eines Distrikts werden also jedenfalls zur Kreis-Arbeiterkasse eingesandt, um ent-

weder in einem andern Bezirke desselben Kreises ein etwa vorhandenes Defizit zu decken, oder um dieselben jinsbar unterzubringen. Wir haben bereits bemerkt, daß es dem Staate überlassen bleibt, für diesen Geschäftszweig und dessen Remuneration zu sorgen; Das Arbitr-Institut kann derartige besondere Beamte nicht anstellen und besolden. Ein solches Geschäft wäre aber auch jedenfalls, ohne besonders großen Aufwand von Zeit und Arbeit, mit den übrigen Steuererhebungen zu vereinen.

Die Einschätzung der Arbeiter nach ihrem jährlichen Verdienst geschieht durch eine im Arbeiter-Distrikt hierzu erwählte Commission von Sachkennern. Eine Einschätzung, die bei dem Arbeiter weniger schwierig sein wird, wie bei dem Wohlhabenden und Reichen.

## IX.

### Die Arbeiter-Versorgungs-Institute in ihrer Beziehung zur Medizinal-Reform.

In den gegenwärtigen ernsten und schweren Tagen, wo die Schicksale der Völker in der Wagschale liegen, und wo wir noch nicht wissen, wie die Würfel fallen, sollten, so ist unsere unmaßgebliche Meinung, Standes-Interessen nur dann zur Sprache kommen, wenn dieselben mit den großen Tagesfragen verbunden und in enger Beziehung stehen. Die tägliche Erfahrung lehrt zwar, daß uns in dieser Hinsicht Viele gegenüber stehen, welche hierüber ganz anders denken. Dies ist aber nun einmal unsere Meinung. Wir würden aus diesem Grunde auch gewiß jetzt diese Sache nicht zur Sprache bringen, wenn sie nicht unmittelbar mit der Reform des Staats und der Arbeiterfrage in engster Verbindung stände. Diese Besprechung eines Gegenstandes, welcher die Interessen des

ärztlichen Standes berührt, soll sich aber auch wesentlich von den heutigen Tages so vielfach gepflogenen Verhandlungen anderer Stände, oder vielmehr Klassen, darin unterscheiden, daß sie vom Staate, nicht wie jene, Opfer verlangt zu einer Zeit, wo derselbe selbst gedrückt ist, sich beengt fühlt und kaum im Stande ist, die dringendsten Forderungen des Volkes zu befriedigen. Ich finde es in der That nicht besonders zartfühlend, einen Bedrängten mit Privatforderungen, ohne die größte Noth, zu belästigen. Indem wir uns also vor derartigen Ungebührlichkeiten verwahren, wird man, so hoffen wir, das Nachfolgende entschuldigen.

Das Bedürfniß einer Reform der Medizinal-Versaffung ist in den letzten Jahren immer mahrender und stärker hervorgetreten, und seit dem Erscheinen der in Folge Auftrags des Ministers des Cultus abgefaßten Schrift des Geheimen-Medizinal-Raths Schmidt „die Reform der Medizinal-Versaffung Preußens,“ so vielfach und von so verschiedenen Seiten ausgesprochen, daß es vielleicht nicht mehr der Mühe lohnt, diesen Gegenstand öffentlich zu besprechen, und daß es schwer hält, etwas Neues hierüber zu sagen. Ich werde deshalb auf das Allgemeine der Medizinal-Reform nicht eingehen und nur über die Veränderungen reden, welche in der Medizinal-Versaffung eintreten, falls die Arbeiter-Versorgungs-Institute ins Leben gerufen würden.

Man hat in neuerer Zeit vielfach darüber gestritten, ob es wünschenswerth und zweckmäßig wäre, den Arzt zu besolden. — Schmidt spricht sich in seiner VI. Denkschrift für das Beamten-System unter den Aerzten aus, und hiermit wäre Besoldung verbunden. Der Ausschuß des Vereins von Aerzten im Regierungsbezirk Düsseldorf sagt dagegen in seinem Berichte vom verfloßenen Jahre S. 4. „wir sind weit entfernt, eine Besoldung der Aerzte für wünschenswerth zu halten, und möchten an ihrer bisherigen freien Stellung nicht rütteln. Nur innerhalb dieser Freiheit wünschen wir den nöthigen Schutz, damit durch vielfaches Verkennen und den bösen Willen eines Theils des Publikums unsere äußere Lage nicht unhaltbar werde.“

Ich muß gestehen, daß ich mit diesem Grundsatz nicht übereinstimmen, und die Besoldung der Aerzte keineswegs so verwerflich finden kann. Es ist ein alter Satz „der Arbeiter ist seines Loh-

nes werth," und auch der ärztliche Stand hat seine Ansprüche an denselben. Auch der Arzt soll für seine Mühe belohnt werden. Ist es nun eine edlere Belohnung für den Arzt, wenn er dieselbe durch eine fixe Besoldung, oder durch eine in den meisten Fällen unausführbare Tare erhält, zu deren Erlangung er in vielen Fällen die gerichtlichen Exekutionen nachsuchen muß? Dies möchte ich bezweifeln. Ich glaube auch nicht, daß es der Auctorität, dem Vertrauen des ärztlichen Standes irgend einen Abbruch thun würde, wenn seine Existenz durch ein fixes Gehalt gesichert da stände. Ich sage „seine Existenz gesichert“, und lege darauf einen doppelten Nachdruck. Ich glaube nämlich, daß es unbedingt erforderlich ist, daß, um den ärztlichen Stand aus seiner gegenwärtigen, durch Noth, Intriguen, Charlatanerie, ja mitunter durch Gemeinheiten herabgewürdigten Lage zu heben, derselbe seine Existenz gesichert sehe. Er hat dann in jenem Falle nicht nothwendig, sich auf Kosten seiner Collegen Kundschaft zu verschaffen, indem er bei alten Jungfern und leichtgläubigen schwachhaften Frauen, denen er besondere Aufmerksamkeiten erzeigt, die Verdienste seiner Collegen herabzusetzen und sein eigenes Ich zu erheben sucht; es wird bei ihm alsdann nicht mehr bedürfen, seine Handlungen, seine zarten Aufmerksamkeiten gegen Jung und Alt nach dem rückwirkenden Erfolge auf seine Praxis zu berechnen; er braucht dann wohl nicht mehr die Preise herabzusetzen, und mit der Pflicht und deren Ausfluß, gleich einer Waare, Handel zu treiben; er hat auch nicht mehr nothwendig, sich in den Bauerknäulen umherzutreiben, um sich, wie der Bauer sagt, „gemein zu machen“ und Praxis zu verschaffen. Der Bauer hat nämlich ganz andere Begriffe von „gemein,“ und glaubt einem solchen Arzte ein ganz besonderes Compliment zu machen, wenn er von ihm sagt: „er sei ein ganz gemeiner Mann.“ Das Wort „gemein“ läßt aber in diesen Fällen auch noch eine andere, weit richtigere Bedeutung zu. Bei derartigen Erlebnissen, wie sie leider vielfach vorgekommen sind und noch vorkommen, wandeln einen zuweilen ganz eigenthümliche Gefühle an, man erröthet für andere und hätte mitunter Ursache, sich seines Standes zu schämen, wenn man nicht Lebensphilosophie genug besäße, sich selbst demonstriren zu können, daß Gemeinheiten einzelner Standesgenossen nicht dem Stande, sondern nur

diesen zur Last fallen. So demonstrirt sich aber ein großer Theil der Staatsbürger die Sache nicht, sondern sie rechnen die Sünden einzelner Standesglieder dem Stande selbst an, und sind geneigt, diese auf jedes einzelne, auch das ehrenhafteste Glied des Standes zu übertragen. Freilich eine schlechte, und für Viele sehr unangenehme Ideen-Association, die aber sehr viel dazu beigetragen hat, den öffentlichen Credit und das Ansehen des ärztlichen Standes zu untergraben.

Ich glaube nun, daß ein großer Theil dieser Mißgriffe unter den Aerzten, deren unsicheren äußern finanziellen Stellung seinen Ursprung verdankt und daß bei einer Sicherstellung der Existenz durch Besoldung und die mit dieser in Verbindung stehende Abgrenzung seines Wirkungskreises über gewisse Stände, derartige unpassende und unedle Handlungen, wenn nicht vollkommen gehoben, doch zu den großen Seltenheiten reduziert werden.

Ich habe nun noch einen zweiten Grund, warum ich auf die Worte „Sicherstellung der Existenz“ einen besondern Nachdruck lege. Ich beabsichtige nämlich keineswegs, den Arzt allein auf dieses Fixum anzuweisen, und ihn als reinen Beamten in seiner Handlungsweise zu beschränken. Abgesehen davon, daß es äußerst schwierig und bei den jetzigen Verhältnissen kaum möglich wäre, die Leistungen eines Arztes nach Verdienst zu belohnen, ohne vom Staate Opfer zu verlangen, welche derselbe zu bringen, gegenwärtig nicht im Stande ist; so ist auch noch ein anderer moralischer Grund, welcher diesem entgegenträte. Auch die Aerzte sind und bleiben Menschen und der Begriff von Pflicht beruht, wie heut zu Tage so Vieles, auf der breitesten Grundlage, und kann nach individuellen Verhältnissen und Ansichten in seiner Auslegung beschränkt und erweitert werden. Deshalb möchte es wohl für das Publikum und die Kranken rathsam sein, daß der Arzt nicht allein auf ein Fixum angewiesen würde, sondern, daß demselben auch noch ein anderer Lohn zur Bestreitung seiner Bedürfnisse, und zwar in Form der bereits bestehenden, aber nochmals revidirten und modifizirten Taxe in Aussicht gestellt werde, welche als relativer Lohn seiner Bemühungen und Verdienste und als zweite Triebfeder seines Eifers, wo es derselben bedürfen sollte, vorhanden wäre. Bei einer großen Anzahl von Aerzten würde es vielleicht dieses



Sporns nicht bedürfen; aber bei derartigen Allgemeinbestimmungen muß die Gesamtheit und jeder Einzelne ins Auge gefaßt werden. Aus diesem Grunde möge deshalb neben der Fixirung auch die Taxe bestehen bleiben, welche beide Gratifikationen ich übrigens keineswegs als Belohnung für dieselbe Bemühung in Anspruch nehme, sondern jeder von beiden den Kreis anweise, in welchem diese oder jene zur Anwendung komme. Auf welche Weise dieses geschehen kann, werde ich in dem Nachfolgenden auseinander zu setzen suchen.

Schmidt\*) macht in seiner VI. Denkschrift „über das Medicinal-Beamten-System,“ den Vorschlag: „die zerrissene Armen-Krankenpflege in angemessene Verbände zu versammeln und diesen einen Districts-Arzt vorzusetzen. Dieser Districts-Arzt soll sein „ein verkleinerter Physikus und zwar mit vorwiegendem Typus eines Communal-Beamten.“ Dieser Vorschlag hat vielfachen Widerspruch gefunden, namentlich von den Vereinen und einzelnen Aerzten des Rheinlandes, aber auch seine Vertheidiger, und das mit Recht. Dieser Ausspruch des Reformators hat aber auch von beiden Seiten, sowohl von den Vertheidigern, wie auch von den Widersachern seine falschen Ausleger gefunden, welche ersteren eine Anlockung, ein Versprechen von größeren Aemtern und Würden, die andern aber einen heimlichen Hinterhalt von Aufsicht, Subordination, Zwang, Fesseln und Gott weiß von was noch Allem, hinter demselben erblickten. Der Verfasser jener Denkschrift legt aber zuviel Biederkeit, Rechtsinn und Verstand an den Tag, als daß man mit Recht derartige Besorgnisse hegen könne. Es war gewiß nicht die Absicht jenes Verfassers, dem Arzte seine freie Stellung zu rauben, vielmehr ihn noch freier zu stellen, indem er denselben auch noch von Sorgen um seine Existenz befreien wollte. Auch dieses ist meine Absicht, und meine unumstößlich feste Ansicht, daß der Arzt nur dann entschieden, kräftig und mit Vertrauen handeln kann, wenn er in jeder Beziehung, weder durch innere noch äußere Verhältnisse beengt und gedrückt, — frei dasteht.

---

\*) J. G. Schmidt, „die Reform der Medicinal-Verfassung Preußens.“ S. 201 ff.

In den vorhergehenden Abschnitten habe ich den Vorschlag gemacht, im Staate Arbeiter-Versorgungs-Institute zu gründen, und um den Mitgliedern solcher Vereine freie Cur zu sichern, Aerzte bei denselben gegen eine angemessene Remuneration anzustellen. Der Arzt übernimmt einem solchen Vereine gegenüber die Verpflichtung, die Kranken desselben nach bestem Wissen und Gewissen zu behandeln. Eine Verpflichtung, welche er ohnehin schon durch seine früheren der Fakultät und dem Staate abgegebenen Eide, übernommen hat. Der Arzt übernimmt also in diesem Falle keine neue Verpflichtungen, er wiederholt vielmehr nur seine früher gegebenen Versprechungen für konkrete Fälle.

Es ist aber auch ferner keineswegs meine Absicht, irgend die Freiheit eines Arztes zu beschränken; denn ich verlange nicht von demselben die ausdrückliche Verpflichtung zur Uebernahme der ärztlichen Behandlung eines Arbeiter-Versorgungs-Districts. Ich stelle es vielmehr ganz in seinen freien Willen, sich zur Uebernahme einer derartigen Stelle bereit zu erklären, oder nicht. Wählt er das erstere, so soll er hierfür auf eine Art und Weise besoldet werden, daß dadurch seine Existenz gesichert ist, zieht er das zweite vor, so bleibt ihm dieses völlig unbenommen und er steht, wie gegenwärtig jeder praktische Arzt, in Bezug auf seine Mühen und Leistungen auf die Taxe angewiesen, welche aber auch dem bei einem Arbeiter-District angestellten Arzte, als relativer Lohn für alle seine Bemühungen, welche er den nicht zum Arbeiter-Vereine gehörigen Personen leistet, vorbehalten bleibt.

Dieser besoldete Arzt, den wir nach Schmidts\*) Vorschlage „Districts-Arzt“ nennen wollen, denn auf den Namen legen wir wenig Gewicht, und geben uns deshalb keine Mühe, irgend einen schönklingenderen zu suchen, dieser Districts-Arzt steht dem in einem bestimmten District bestehenden Arbeiter-Versorgungs-Vereine als Arzt vor, ohne jedoch hierdurch in ein anderes Verhältniß zum Staate zu treten, als wie er bisher stand; er ist als solcher weder ganzer noch verkleinerter Physikus, noch Physikats-Gehülfe, noch irgend Staatsbeamter, er steht nur in einem contractlichen

---

\*) J. H. Schmidt a. a. O. S. 208.

Verhältniß zu dem Arbeiter-Versorgungs-Vereine. Dieses Verhältniß, in welches der Arzt zu dem Arbeiter-Institute getreten, soll für denselben nicht auf bestimmte Zeitdauer bindend sein; glaubt derselbe, daß sich seine Verhältnisse an einem andern Orte, in einer schöneren Gegend und unter angenehmeren Verhältnissen besser gestalten, so bleibt es ihm völlig unbenommen, nach vorheriger Kündigung, deren Frist jedoch für immer bestimmt sein müßte, das Verhältniß, in welchem er bisher zu jenem Arbeiter-Institute stand, aufzuheben. Der Arzt behält also die freie Wahl seines Wohnsitzes, und ist nicht für immer, oder so lange es den Behörden beliebt, an jenen District gebunden, in welchem er die ärztliche Behandlung der Mitglieder des Arbeiter-Vereins übernommen hat. Auf der andern Seite aber ist er berechtigt, als Arzt eines einmal übernommenen Districts, so lange zu fungiren, als ihm keine derartige Vergehen und Fehler zu Schulden kommen, welche ihn durch Urtheil und Recht seiner Stelle entsetzen können. Diese Bedingung scheint mir aus dem Grunde besonders nothwendig zu sein, damit Intriguen von Seiten der Vereine und vielleicht auch der Aerzte vorgebeugt werde. Wir würden ohne diese Bedingung gewiß dieselben, den Stand entwürdigenden Mißstände, wie auch gegenwärtig, zu beklagen haben. Denn da unmöglich die eine Districts-Arzt-Stelle, gerade so gut, wie die andere, schon wegen örtlicher und klimatischer Verhältnisse, sein würde; so könnte es auf die Dauer kaum ausbleiben, daß die besseren Districts-Arzt-Stellen vermöge der bedeutenderen Concurrnz, auch ohne eingetretene Vacanz, auf dem Wege der Picitation an den wenigstfordernden Arzt verdungen würden, einen Weg, den ja sogar die höheren Verwaltungsbehörden, bei der Besetzung von ärztlichen Stellen nicht verschmähet haben und der gewiß bei einem Arbeiter-Institut seine Nachahmung finden würde.

Ich habe gesagt, der Arzt habe Ansprüche auf die Belohnung seiner Mühen und Arbeiten und auf Sicherstellung seiner Existenz, und wenn man glaubt, daß die bisherigen Besoldungen eines Armen-Arztcs, eines Districts-Arztcs in der Rheinprovinz, diesen gerechten Ansprüchen genügt habe, so irrt man sich gar sehr. Denn, abgesehen davon, daß nur weinge Aerzte solche Stellen bekleiden, so sind diese Besoldungen in den meisten, ich könnte sagen allen Fällen

so unverhältnißmäßig gering, daß sie in Bezug auf die vielen Arbeiten, Mühen und Auslagen, wahrhaft jüdische Gebote und Remunerationen zu nennen wären, wenn man gegenwärtig sich dieses Ausdrucks noch bedienen dürfte. Eine Bürgermeisterei, ein Amt von 3000 bis 4000 Seelen, zahlt dem Arzte für Behandlung der Armen 30 bis 40 und wenn es hoch kommt 60 bis 80 Thaler. In einer gewissen Regierungshauptstadt A. — um nur eine Probe zu geben, — einer Stadt von mehr als 4000 Einwohner, mit einem Communal-Vermögen von circa 250,000 bis 300,000 Thlr., hat man den für ärztliche Behandlung der Armen bestimmten Preis — Besoldung, oder Remuneration kann man unmöglich sagen — auf einem der Vergantung oder Licitation sehr ähnlichen Wege, bis auf 25 Thaler jährlich herabgesetzt. Ist das, so frage ich, eine Belohnung für einen Arzt von dem so wichtige und schwere Dienste für das Wohl der leidenden Menschheit verlangt werden? Ich sage Nein und tausendmal Nein! —

Man werfe mir nicht etwa ein, daß den Gemeinden die Mittel zu einer anständigen Remuneration für den Armen-Arzt fehlen; finden sich doch solche zu andern Communal-Zwecken, welche aber in Ansehung auf Recht und Pflicht mit diesem Zwecke in keinen Vergleich zu setzen sind. —

Auf eine zweite Frage, warum der Arzt für einen so geringen Preis die Behandlung der Armen übernehme, — ist bereits in dem Vorhergehenden geantwortet, wer diese Antwort aber noch nicht gefunden hat, findet sie in dürren Worten: Barmherzigkeit gegen die Armen und Nothleidenden fordert den einen auf, Noth und Concurrenz zwingen den andern. Dieses muß anders werden und wir hoffen zu Gott, es wird's bald.

Bisher also fand der Arzt keine Sicherstellung seiner Existenz, denn eine Existenz die auf 30 bis 50 Thalern basirt, steht auf sehr schwachen und unsichern Füßen. Es müssen also andere Mittel und Wege hervorgerufen werden, wenn dieser Zweck erreicht werden soll. Ich glaube in der Errichtung der Arbeiter-Versorgungs-Institute ein Mittel gefunden zu haben, welches zur Erlangung dieses Zweckes führen könnte, falls der Staat es ernstlich will und die zur Erreichung nöthigen Maßregeln anordnet.

Wir haben in einem früheren Abschnitte (VI.) die Besoldung

eines Arztes, welcher einem Arbeiter-Districte vorsteht, auf 500 Thlr. angegeben, einen Betrag, welcher wohl hinreichen kann, bei mäßigen Ansprüchen das Leben zu fristen und unter günstigen Verhältnissen anständig zu leben, welcher aber auch einigermaßen als Lohn für seine Mühen und Anstrengungen, welche ein derartiges Amt mit sich bringt, gelten kann. Ich sage einigermaßen und glaube nicht, daß einer der Aerzte, welcher mit den Verhältnissen vertraut ist, diese Forderung als zu hoch gestellt verwerfen sollte, hoffe aber auch ferner nicht, daß einer der Aerzte, diesen Betrag als zu geringe angreifen werde. Diese Aerzte, welche also denken, bedürfen keiner Reform, ihnen gelten diese Vorschläge nicht, denn sie haben wahrscheinlich die Fleischlöpfe Aegyptens gefunden, nach denen die große Mehrzahl vergebens suchen wird; jenen Aerzten aber sollen sie gelten, welche die Unwahrheit des ehemals vielleicht richtigen Satzes „Galenus dat opes“ leider erkannt haben; jenen sollen sie gelten, welche für ihre der leidenden Menschheit geleisteten Dienste bei dem edlen und erhebenden Bewußtsein der Pflichterfüllung nichts weiter, als eine ehrenhafte Subsistenz für sich und die Ihrigen verlangen. — Sollten aber auf der andern Seite einige Nicht-Aerzte sein, welche glauben können, daß das Interesse der Aerzte auf Kosten der Gemeinden und der einzelnen Besteuernden zu sehr wahrgenommen sei, so geben wir jenen zu bedenken, daß durch diese Maßregel das Einkommen der Aerzte, auf welches sie relativ durch die Taxe angewiesen sind, auch sehr geschmälert ist, und daß von dieser vielleicht noch eben so viel übrig bleibt, daß der Arzt etwas für die dürren Jahre des Alters und seine Nachkommen erübrigen kann. Ich mag nicht auf die Besoldungen und Belohnungen, theils wissenschaftlich, theils in den Bureaus und Kanzleien, jedenfalls mit geringeren Kosten ausgebildeter, im öffentlichen Dienste stehender Staatsbürger, seien es Beamte oder andere Staatsdiener — hinweisen; ich bitte übrigens jene Herrn, nur einen prüfenden und vergleichenden Blick auf die verschiedenartigen Anstrengungen und die mit diesen verbundenen Verfahren, sowie andererseits auf die hierfür angesetzten Belohnungen unter diesen verschiedenen Klassen und den Aerzten zu werfen. Ich mag einen derartigen Vergleich zwischen den Aerzten und den in Amt und Sold stehenden Klassen nicht anstellen, wenigstens

nicht hierhersehen; denn die Sache könnte hierdurch einen vielleicht für manche unangenehmen und gehässigen Anstrich bekommen, den sie nicht haben soll. Nur dieses eine wollte ich mir erlauben zu bemerken, daß der zu Anfange dieser Blätter aufgestellte Maßstab, auch in Bezug auf den Stand und die Lage der Aerzte seine Anwendung finden muß, bei dessen Anwendung sich wohl herausstellen wird, auf welcher Seite sich das „zu viel und zu wenig“ findet, und bitte deshalb namentlich die Leiter des Staatshaushalts, diesen Maßstab auch hier in Anwendung zu bringen.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch nur an eine Thatsache erinnern, weil sie vielleicht weniger allgemein bekannt ist. Ich habe früher gesagt, der Verbrauch des Lebens, oder die Lebensdauer, stehe mit dem Verbräuche der Kräfte in genauem Verhältnisse. Dieser Satz ist physiologisch richtig und nach den Ergebnissen der Erfahrung unumstößlich wahr. (Casper\*) sagt ferner in dieser Beziehung: „Es ist anerkannt, daß das Maaß der Sterblichkeit, in einer gegebenen Bevölkerungsmasse das Maaß ihres irdischen „Glückes bezeichnet.“ Derselbe hat die Wahrheit dieses Satzes durch die genauesten Beobachtungen und Zahlenverhältnisse bewiesen.\*\*) Nun aber zeigen die Sterbelisten, daß unter allen Ständen die Aerzte am frühesten sterben. Und so kann man wohl nach jenem Satze und nach diesem Resultate auf das Maaß der irdischen Belohnungen schließen, welche dem Stande der Aerzte für seine Mühen zu Theil werden. Glaubt man vielleicht, daß ansteckende Krankheiten, denen die Aerzte durch ihren Beruf ausgesetzt sind, den frühen Tod allein herbeiführen? — Nein, dieses ist nicht die alleinige Ursache, sondern diese liegt hauptsächlich und abgesehen von jener, in dem bedeutenden Verbräuche der körperlichen und geistigen Kräfte, wie er in keinem andern Stande vorkommt. Ein großer Theil dieser geistigen Kräfte des Arztes könnte im Interesse des Publikums bewahrt werden, wenn man ihn von den

---

\*) Dr. Joh. Ludw. Casper. Denkwürdigkeiten zur medizinischen Statistik und Staatsarzneykunde. Berlin 1846. S. 196.

\*\*) Derselbe, Beiträge 2c. Band II. über die Lebensdauer.

mitunter schweren Sorgen um eigene und der Seinigen Existenz und deren trübe Zukunft befreien wollte. Nach der Reformschrift besteht das Leben eines Arztes in einem „langen Studium, „mit schweren Prüfungen, täglicher Hingebung „und Aufopferung des Körpers und Geistes und „einer nie aufhörenden Lebensgefahr;“ um dieses traurige Bild zu vollenden, setze man nur noch hinzu: früher Tod mit Hinterlassung einer Witwe und mehrerer Kinder, ohne Vermögen, ohne Stütze und ohne irgend eine Hilfe von Seiten des Staates beschließen dessen Dasein.

Bei einem Vergleiche des ärztlichen Standes mit den übrigen Ständen im Staate wird sich das Resultat herausstellen, daß es keinen Stand gibt, wo gefahrvolle Arbeiten und Mühseligkeiten in solchem Mißverhältniß zum Lohne stehen, als bei den Ärzten, und daß es kein Stand, nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der leidenden Menschheit, mehr verdient, für seine großen Aufopferungen belohnt zu werden.

Genügt also die für einen Arzt von einem Arbeiter-Versorgungs-Distrikte in Anspruch genommene Besoldung, um das Leben zu fristen; so entspricht dieselbe nicht dem zuletzt genannten Requisite, der Obforge für die schwachen Tage des Alters und die Nachkommen, und deshalb muß ihm eine zweite Quelle des Erwerbs offen bleiben, und diese kann nur in einer Taxe bestehen, welche er bei allen jenen Krankheitsfällen zu fordern berechtigt ist, welche außerhalb des Arbeiter-Versorgungsvereins zu seiner Behandlung kommen. Der Arzt bleibt also in dieser Beziehung, den nichtarbeitenden Klassen von Staatsbürgern gegenüber, ganz in seinen früheren Verhältnissen, er bezieht das der Taxe angemessene Honorar für seine Dienste, welche er jenen Kranken leistet. Diesen wohlhabenden Klassen gegenüber, bleibt der Arzt ganz in seiner früheren Stellung, und übernimmt keine neuen Verpflichtungen, sowie diese auch umgekehrt nicht gegen den Arzt. Anders ist das Verhältniß eines Arbeiter-Versorgungs-Vereins zu jenem Arzte, welcher dem Distrikte vorsteht; die Vereins-Mitglieder sind in Krankheitsfällen auf jenen Arzt angewiesen, falls sie auf freie Cur

Anspruch machen wollen. Der Wohlhabende, welcher nicht zu einem solchen Vereine gehört, behält in Bezug auf Arzt und Apotheke freie Wahl.

Es war vorhin von der Armen-Praxis und der spärlichen Remuneration die Rede, welche dem Arzte für seine desfallsigen schweren Mühewaltungen geboten wird. Man könnte nun vielleicht glauben, daß der Arzt auch stillschweigend die Behandlung der Armen-Kranken in einem Arbeiter-Distrikte unentgeltlich übernehme. So würde gewiß mancher Gemeinde-Vorstand denken, ich denke aber anders und bin nicht ganz deren Meinung. Das Arbeiter-Versorgungs-Institut und das Armen-Institut haben vorläufig nichts weiter mit einander gemein, als daß sie beide Wohlthätigkeits-Institute sind, — aber für verschiedene Klassen von Staatsbürgern. Aus diesem Grunde muß denn auch die ärztliche Behandlung, welche für die Armen verlangt wird, auf einen andern Fonds angewiesen werden. Anders wird sich die Sache verhalten, wenn die Armen, seien es Wittwen, Waisen, Invaliden, aus dem Arbeiter-Institute hervorgegangen sind. —

Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß man in der Regel die Begriffe „arm“ und „Gemeinde“ mit einander verbindet und häufig verwechselt. Diese Verwechselung findet nicht allein bei den Vorständen der Gemeinden, sondern auch bei den hohen und höchsten Behörden Statt. Da heißt es denn in Bezug auf Armenpflege, mit der Hinweisung auf die jenseitige und „im Innern zu suchende und reichlich zu findende Belohnung“: „daß die Aerzte sich mehr aus Menschenliebe, als aus Gewinnsucht der Behandlung der kranken Armen zu unterziehen und sich mit einer möglichst geringen Entschädigung für ihre Bemühungen zu begnügen haben.“ Würden diese Behörden statt an die Aerzte, an die Gemeinden derartige Anforderungen, jedoch im entgegengesetzten Sinne ergehen lassen, so wären die Forderungen richtiger. Der Arzt hat sicher keine größere Verpflichtung gegen die Armen einer Gemeinde, als die Gemeinde selbst, und deshalb ist es im höchsten Grade unbillig, wenn man vom Arzte, der schon so manches „um Gottes willen“ thut und thun muß, noch verlangt, daß er allein auch noch den größten Theil der ersten Pflicht der Gemeinde übernehme. Soll hier der Grundsatz „Einer für Alle“



einseltig gelten? Der Arzt verlangt vom Armen nichts, wird ihm lieber noch, wenn er kann, zu seinem kümmerlichen Brode zutheilen, als dasselbe noch verkürzen. Aber die Armen einer Gemeinde und die Gemeinde selbst, sind zwei; diese letzte hat mit der Verpflichtung der Obsorge für die Armen, auch für angemessene Remuneration für die ärztliche Behandlung der Armen zu sorgen, und diese Verpflichtung nicht für einen wahrhaften Sündenlohn von sich abzuschütteln und dem Arzte aufzubürden, für einen Lohn, der die Würde und das Ansehen des Standes verletzt. —

Diese Verpflichtung der unentgeltlichen Behandlung der Armen einer Gemeinde soll dem Districts-Arzte also nicht aufgebürdet werden. Wir hegen vielmehr zu einem Districts-Arzte das Vertrauen, daß er derartige Anerbietungen und Zumuthungen mit Entschiedenheit zurückweisen werde, falls die betreffenden Behörden nicht endlich selbst ehrenvollere Maximen gelten lassen und in Anwendung bringen. Hoffentlich ist die Zeit bald vorüber, in welcher die Errichtung zweckmäßiger Institutionen allein aus dem Grunde unterblieb weil deren Einführung mit einigen Schwierigkeiten verbunden war, in welcher aus demselben Grunde schlechte Einrichtungen von einem Jahre zum andern durchgeschleppt wurden. Ich kann mir so recht lebhaft denken, wie man eine derartige wunde Stelle, denn eine solche ist die Armen- und Armenkrankenpflege, zuerst leise zudeckte, dann aber später um dieselbe herumging, sie aber nicht anrührte und öffnete, aus Furcht sie könne riechen und ein fauligtes oder fressendes Geschwür aus derselben entstanden sein. Doch wir leben der Hoffnung, daß auch: „Einst wird kommen der Tag.“ —

Wir unterscheiden also den Districts-Arzt von dem Armen-Arzte. Soll der Districts-Arzt die Behandlung der Armen in seinem Districte übernehmen, so wird er hierfür besonders honoriert. Eine Forderung, die übrigens auch im Interesse eines Arbeiter-Instituts gerechtfertigt ist; denn es ist nothwendig, beide Institute nicht mit einander zu verwechseln. „Die Aemter und Zünfte müssen so rein sein, als wenn sie von Tauben gelesen,“ ist ein aus den Zeiten der Gilden herstammendes Sprüchwort, welches hier wohl seine Anwendung und Berücksichtigung verdiente.

Um nun einigermaßen die Stellung der Aerzte in einem

Kreise in Bezug auf die Arbeiter-Versorgungs-Institute übersehen zu können, will ich beispielsweise den Kreis Arnberg wählen, dessen Beizüher zu einem Arbeiter-Versorgungs-Institute im vorhergehenden Abschnitte angegeben ist.

Dieser Kreis leidet eben keinen Mangel an Aerzten. Es sind auf 32500 Einwohner 10 Aerzte und 2 Wundärzte erster Klasse. Die Arbeiter-Distrikte würden also demnach, je einer 2700 Einwohner umfassen, wenn jedem derselben einer der vorhandenen Aerzte vorstehen sollte. Uebrigens soll keinesweges die vorhandene Anzahl der Aerzte den Maßstab bei der Abtheilung der einzelnen Distrikte in einem Kreise abgeben. Die Arbeiter-Distrikte werden nach den in einem früheren Abschnitte gegebenen Bestimmungen und Verhältnissen unwandelbar festgesetzt und abgegrenzt, und die Zahl der Aerzte mag sich nach diesen Distrikten, die Zahl dieser aber nicht nach jenen richten. Wir würden auf diese Weise, ohne daß es hierzu weiterer gesetzlicher Bestimmungen bedürfte, thatsächlich und in der Wirklichkeit eine, in einem gewissen Grade nöthige Beschränkung der Aerzte, und eine theilweise Abgrenzung deren Wirksamkeit, und zwar ohne irgend eine Beeinträchtigung des freien, unumschränkten Handelns erhalten. — In dem genannten Kreise würde also der Distriktsarzt für die ärztliche Behandlung eines Arbeiter-Instituts von durchschnittlich 831 Arbeitern, ein jährliches Honorar von 500 Thalern erhalten. Auf jeden Arzt bleiben von 1709 wohlhabenden und bemittelten Familien, 142 übrig, bei denen er auf die Taxe angewiesen ist. Außerdem sind im Kreise 2462 unbesteuerte Einwohner resp. Familien, und von diesen kommen wiederum 205 auf jeden Arzt, für deren Behandlung er auf den Gemeindefonds angewiesen und von diesem als Armenarzt besoldet würde. Sowohl zu diesem Zwecke, wie auch in mancher andern Beziehung, wäre es wünschenswert, daß die Gemeinden nicht, wie bisher, aus einem oder einigen kleinen Orten beständen, sondern, daß sie mit den Arbeiter-Distrikten harmonirten. Schmidt hat diesen Gedanken in seiner V. Denkschrift bereits ausgesprochen, und wir halten dessen Realisirung auf die angegebene Weise für leicht möglich und ausführbar.

Der praktische Arzt würde so als Distriktsarzt eine Stellung erhalten, welche frei genug ist, um seinem Wirken und Handeln in

der Praxis keine hemmenden Schranken anzulegen. Mit dieser freien Stellung in Bezug auf seine Thätigkeit, würde er aber auch gleichzeitig eine von Sorgen befreite Existenz gewinnen. Derjenige Arzt, welcher es vorziehen würde, sich in ein solches Kontraktverhältniß mit irgend einem Arbeiter-Distrikt nicht einzulassen, wäre hierzu keineswegs verpflichtet, zumal es bei der jetzigen Stellung und Menge der Aerzte eine hinreichende Anzahl geben würde, welche sich zur Uebernahme der Distriktsarzt-Stellen gern bereit erklärten.

Es würde nun noch die Frage entstehen: in welchem Verhältniß steht der Distriktsarzt zum Königl. Medizinal-Beamten, dem Kreisphysikus, und in wiefern erleidet die Stellung des Letztern eine Aenderung?

Es wird wohl, so lange der Staat die Verpflichtung zur Ob Sorge für die Gesundheit seiner Unterthanen behält, auch Aerzte geben müssen, welche vom Staate beauftragt und verpflichtet sind, über die von demselben angeordneten sanitäts-polizeilichen Maßregeln, sowie auch über die in das Gebiet der praktischen Staatsarzneiwissenschaft einschlagenden Fälle, zu wachen und zu urtheilen. Hiermit wird also wohl ein Medizinal-Beamten-System fortbestehen, vom Kreis-Physikus bis zum projektirten Medizinal-Minister, welcher bis heran, in dem Dreigespann vor dem Wagen des Kultusministers, die Wildbahn passirte.

Der Kreisphysikus hatte bisher eine doppelte Stellung, er war Beamter und praktischer Arzt. Diese beiden Persönlichkeiten eines Kreisphysikus standen nun in dem Verhältniß zu einander, daß der Beamte bei dem praktischen Arzte zu Tische saß, und wenn zufällig der Haushalt des Arztes nicht wohl beschaffen, dessen Tisch schlecht besetzt war, was vielfach der Fall gewesen sein soll, und noch ist, so mußte der Medizinal-Beamte mit hungern. Das ist und war nun freilich ein Verhältniß, das leicht zwischen den beiden Persönlichkeiten in einem Kreisphysikus zu Zerwürfnissen führen konnte. Um dieses zu vermeiden, wäre es wohl rathsam, den Arzt wenigstens besser zu stellen, damit der Kreis-Medizinal-Beamte fernerhin keine Ursache habe, über schlechte Verpflegung zu klagen; denn für den Kreis-Medizinal-Beamten als solchen, sind vorläufig die Aussichten auf eigenen Heerd sehr trübe und es ist wohl sehr

wahrscheinlich, daß er noch einige Zeit die Gassfreundschaft des praktischen Arztes werde in Anspruch nehmen müssen.

Ich möchte deshalb den Vorschlag machen, dem Kreisphysikus sein ganzes Gehalt von 200 Thalern mit allen bisherigen Gerechtsamen und Verpflichtungen zu belassen, ihm aber auch gleichzeitig die ärztliche Behandlung in dem Kreis-Krankenhaus, so wie eines in der Kreisstadt befindlichen Districts zu übertragen. Auf diese Weise erhielt der Kreisphysikus, mit Inbegriff des nun in seine Persönlichkeit mit über- oder aufgegangenen Districts-Arztes ein fixes Gehalt von 700 bis 800 Thlr.

Dem Kreis-Physikus ging bisher in seiner einsamen Hoheit ein Trabant als zweiter Medizinal-Beamte in der Form eines Kreiswundarztes zur Seite. Ein Planeten-System im Kleinen. — Schmidt\*) hat das Mißverhältniß in diesem Systeme geschildert, dessen Unhaltbarkeit dargehan und ein baldiges Erlöschen desselben vorhergesagt. Bei Errichtung der Arbeiter-Institute mit Districts-Arzten, dürfen wir also wohl das Institut der Kreis-Wundärzte als erloschen betrachten und weisen den Kreis-Physikus an, sich in allen denjenigen Fällen, wo er der Assistenz oder des Beiraths eines zweiten Arztes bedarf, sich an denjenigen Arzt zu wenden, in dessen Districte dieser fragliche Fall, sei es ein gerichtlicher oder sanitätspolizeilicher vorgekommen war. Zu diesem Behufe hätte also der Staat nicht mehr nothwendig einen besondern Kreis-Chirurg anzustellen und zu besolden. Der Kreis-Physikus wie der Districts-Arzt sind in Bezug auf ihre gerichtlichen und sanitätspolizeilichen Handlungen auf die Taxe angewiesen.

Es ist nun wohl selbstredend, daß die, bei Gründung solcher Arbeiter-Vereine und bei Creirung von Districts-Arzt-Stellen, vorhandenen Kreis-Wundärzte berücksichtigt zu werden verdienen; ich glaube aber wohl, daß dieselben für ihr verlorenes Amt und die mit demselben verbundenen Einkünfte, durch die Stelle eines Districts-Arztes hinreichende Entschädigung finden würden.

Es kann hier nicht der Ort sein, die Verpflichtungen und etwaigen Instructionen für den Districts-Arzt anzugeben, welche derselbe dem Staate und dem Arbeiter-Institute gegenüber übernimmt.

---

\*) J. H. Schmidt l. c. S. 205. 206.

Da dem Staate die Oberaufsicht über die einzelnen Institute zukommt und da er das Gesamt-Institut garantirt; so ist es allerdings nothwendig, daß der Districts-Arzt zu den Staats- und Verwaltungsbehörden in Geschäfts-Verkehr tritt. Dieser Verkehr wird sich aber über die dem Staate nöthige Kenntniß vom gewöhnlichen und außergewöhnlichen Stande der Institute in Hinsicht der Gesundheit beschränken und die desfalligen Bestimmungen können und werden für den Arzt, weder dem Staate noch dem Arbeiter-Institute gegenüber, nicht drückend oder hemmend sein und werden zwischen der freien Stellung des Arztes und seinem neuen Umte ein freundschaftliches und kein Cartell-Verhältniß herbeiführen.

Ich glaube somit über die öffentliche Versorgung der Arbeiter und die zu diesem Zwecke zu errichtenden Institute, so wie über die mit denselben in Folge = Verbindung stehende Medizinal-Reform so viel gesagt zu haben, als nothwendig ist, um einzusehen, daß die Errichtung derselben für den Staat möglich, für das Wohl der Staatsbürger, wie für den Staat selbst förderlich, für die Arbeiter ein Bedürfniß, eine wahre Wohlthat, und für den Stand der Aerzte ein Mittel ist, seine durch die bestehenden Verhältnisse gefährdete Existenz zu sichern.

Indem ich nun hiermit diese Blätter der Oeffentlichkeit übergebe, empfehle ich Allen, welchen das Wohl des Volks und des Staats am Herzen liegt die Beachtung, denjenigen Männern aber, welchen die Leitung der Staatsgeschäfte anvertraut ist, die sorgsame Prüfung der in denselben enthaltenen Vorschläge. Sollte ich auch nur einen einzigen Gedanken hervorgerufen haben, welcher rückwirkend dem Staats- und Volkswohl ersprießlich wäre, so würde ich mich für mein Streben belohnt erachten; wäre aber auch dieses nicht der Fall, dann würde ich wohl aus dem Grunde auf Nachsicht und Entschuldigung hoffen dürfen, daß meine Absicht eine reine, nur das Gute erstrebende war.

[www.books2ebooks.eu](http://www.books2ebooks.eu)